

# SED-Gründung vor 50 Jahren: Fusion und Verwirrung

*Hannes Hohn, Revolutionärer Marxismus 52, November 2019  
(Erstveröffentlichung 1996)*

Vor 50 Jahren, am 21. April 1946, schlossen sich in der sowjetischen Besatzungszone KPD und SPD zur SED zusammen. Die Bewertungen dieses Ereignisses sind konträr genug: eine Seite bejubelt diese Vereinigung als Überwindung der Spaltung der ArbeiterInnenklasse und richtige Konsequenz aus den blutigen Erfahrungen des deutschen Proletariats unter dem Faschismus; die Gegenseite lehnt die SED-Gründung als Zwangsvereinigung unter dem Diktat des Kremls ab. Heute schlagen die Wogen dieser Debatte vor allem in der PDS und der SPD erneut hoch.

## Hinterrund der Vereinigungsdebatte

Es ist kein Zufall, dass die Diskussion um ein Ereignis, das schon 50 Jahre zurückliegt, gerade jetzt wieder sehr intensiv geführt wird. Den Hintergrund der Debatte bildet die derzeitige Krise der SPD und damit in Zusammenhang die Stabilisierung ihrer sozialdemokratischen Konkurrentin PDS. Für beide Seiten geht es darum, die eigene politische Daseinsberechtigung aus der Geschichte abzuleiten.

Die SPD und ihr nahestehende HistorikerInnen gehen zumeist von der These aus, dass die SED-Gründung eine erzwungene Vereinigung

gewesen

sei, die ein wesentlicher Meilenstein zur Etablierung der undemokratischen, totalitären Verhältnisse der DDR war. Die Ablehnung der Vereinigung ist somit v. a. ein Mittel der Abgrenzung von der PDS, der als SED-Nachfolgepartei das Attest „undemokratisch“ ausgestellt wird. Die einzige demokratische Alternative der ArbeiterInnenbewegung sei die SPD, der allein schon aus diesem Grund heute auch die Stimmen der PDS-WählerInnen zustünden. Die Vereinigungskritik suggeriert gleichzeitig auch, dass durch die Vereinigung von 1946 mindestens in der Ostzone eine andere, demokratische Entwicklung verhindert worden wäre.

Der PDS und ihren GeschichtsbewerterInnen geht es um das gerade Gegenteil. Ihr überwiegend positiver Bezug auf den politischen Kern der Vereinigung von KPD und SPD soll das Projekt einer „pluralistischen“ linken Bewegungspartei

vom Typ der PDS historisch legitimieren. Damit werden jene politischen Brücken zur SPD offengehalten, über die man aufeinander zugehen kann, wenn gegen Kohl

ein linkes Regierungsbündnis aus SPD, PDS und GRÜNEN hergestellt werden soll.

Diese Option ist für die PDS zwingend, weil sie ohne bundesweit präsente PartnerInnen nur in Ostdeutschland Bedeutung hätte, während die SPD zwar die Stimmen der PDS braucht, aber nicht die PDS selbst.

Es ist bezeichnend, dass während der Entstehung der PDS aus der SED 1989/90 die Frage der Entstehung der SED fast keine Rolle in der Debatte spielte und flugs zur Tagesordnung, sprich zur Schaffung der PDS, übergegangen wurde. Grund dieser Vorgehensweise war der Versuch, eine Spaltung

(womöglich sogar ein Verschwinden) der Partei zu verhindern, wenn evtl.

festgestellt worden wäre, dass das Projekt SED von Anfang an eine Fehlkonstruktion und den Interessen des Proletariats entgegengesetzt war.

1989/90 gab es immerhin eine starke Strömung in der SED, die für eine Aufspaltung

der SED in KPD und SPD eintrat. Das hätte aber nicht nur einen Streit über die

programmatischen Grundlagen, sondern auch über die Aufteilung der Parteifinzen bedeutet und die Gefahr heraufbeschworen, dass die neue Nomenklatura

der PDS, die aus der zweiten und dritten Reihe des SED-Apparats kam, keine neuen Posten im Gefüge des Parlamentarismus gefunden hätte. Ohne Frage: eine gewisse Masse ist notwendig, um im parlamentarischen Geschäft mitmischen zu können - dem wesentlichen Anliegen der PDS-Führung.

Bezeichnend für die allgemeine Debatte ist auch, dass der eigentliche politische Inhalt der SED, ihre programmatischen Grundlagen, kaum betrachtet werden und die sekundäre Frage, ob die Vereinigung erzwungen war oder nicht, in den Mittelpunkt des Interesses gerückt wird. Dieses Herangehen ist Ausdruck des Unwillens der Führungen von PDS und SPD, die theoretischen Grundlagen und die Methode der eigenen Politik zu hinterfragen.

## Zwangsvorstellungen

Verfolgt man die Medien, so vergeht kaum ein Tag, an dem nicht Fakten und AugenzeugInnen für die These sprechen, die Gründung der SED sei ein

Akt des Zwangs gewesen, der von KPD und Sowjetischer Militäradministration in Deutschland (SMAD) als böses Bubenstück auf Kosten der SPD inszeniert worden sei. Doch die historischen Tatsachen ergeben kein so einseitiges Bild.

In der DDR gelang es der SED, durch gezielte Unterdrückung der Meinungs- und Forschungsfreiheit die Vereinigung von KPD und SPD als bewusste

und freiwillige Vereinigung der großen Mehrheit ihrer Mitglieder hinzustellen.

VereinigungsgegnerInnen wurden als SpalterInnen, SektiererInnen und ReaktionärInnen

verteufelt. Doch nachdem die ideelle Käseglocke der SED zersplittert ist, riecht manches nicht mehr so gut.

Zahlreiche Quellen belegen eindeutig, dass vor allem von Seiten der SMAD in vielfältiger Form Druck auf die SPD ausgeübt worden ist. SPD-Versammlungen

wurden beeinflusst, FunktionärInnen, die gegen eine Fusion waren, abgesetzt, unliebsame Mitglieder mitunter verhaftet und SPD-FührerInnen unter Druck gesetzt.

Ein Beispiel dafür, wie die SMAD Einfluss ausübte, ist ihre Rolle bei der Mitgliederbefragung zur Vereinigung, die von vielen SozialdemokratInnen gefordert wurde: Sie wurde einfach verboten. In den westlichen Zonen von Berlin kam sie aber am 31.3.1946 mit dem Ergebnis zustande, dass nur 12,2 % für eine Vereinigung stimmten. In anderen Regionen dürfte die Stimmung allerdings weniger eindeutig gegen die Vereinigung gerichtet gewesen sein. Darauf deutet auch die Tatsache hin, dass es bereits vor der offiziellen Kampagne spontane Zusammenschlüsse von Basisorganisationen der SPD und der KPD gab. Gerade im

Lager der SPD wird dieses Votum der (West-)Berliner Mitglieder als Beweis für die allgemeine Ablehnung einer Vereinigung mit der KPD in der SPD-Mitgliedschaft

gewertet. Gerade der Druck auf die SPD von Seiten der SMAD hat die ablehnende Haltung mancher/s SozialdemokratIn zur Vereinigung verstärkt. Umgekehrt bedeutet das aber auch, dass ohne diesen Druck die Vorbehalte kleiner und damit der Aspekt der Freiwilligkeit bedeutender gewesen wäre. Insofern war das Vorgehen der SMAD wirkungsvoll, doch nicht sehr geschickt. Auch in der KPD waren deshalb viele Mitglieder und FunktionärInnen mit diesem Vorgehen nicht einverstanden, ohne freilich dagegen anzukämpfen.

Vom Zwang zur Vereinigung zu sprechen, bedeutet aber v. a., auch zu berücksichtigen, dass es schon 1945 und bis zum Untergang der DDR unter

dem politischen Diktat der SMAD und später der SED-Bürokratie nicht möglich war, substantielle politische Kritik zu äußern, Tendenzen oder gar Fraktionen in der SED zu bilden, geschweige denn alternative Organisationen zu gründen. Ohne diese demokratischen Rechte ist es jedoch faktisch unmöglich, legale politisch-organisatorische

Alternativen zur SED zu schaffen. Diese Einsicht hat, wie Quellen belegen, viele SozialdemokratInnen, aber auch KPD-Mitglieder, die der Fusion kritisch

gegenüberstanden, bewogen, der SED beizutreten, weil es keine Alternative gab.

Trotz der geschilderten Umstände ist jedoch der Begriff „Zwangsvereinigung“ ungeeignet, um die Art und Weise der Vereinigung zu kennzeichnen. Zu viele historische Fakten sprechen dagegen:

- Es gab an der Basis zwischen KommunistInnen und SozialdemokratInnen bereits im Mai 1945 spontane Zusammenarbeit in den Antifaausschüssen und in betrieblichen Komitees;
- bereits im Sommer 1945 existierte ein gemeinsamer Arbeitsausschuss von KPD und SPD auf der Ebene der Parteiführungen in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ);
- es existierten bereits vor dem Beginn der offiziellen, von oben eingeleiteten Einheitskampagne Zusammenschlüsse von KPD und SPD auf Ortsebene sowie gemeinsame Versammlungen, Aktivitäten verschiedener Art und öffentliche Kommuniqués zur Notwendigkeit der Vereinigung.

Diese Bereitschaft zur Zusammenarbeit kam auch in der erwähnten Berliner Urabstimmung zum Ausdruck, bei der über 62 % für eine Aktionseinheit mit der KPD votierten. Diese Einheitstendenzen erklären sich wesentlich

aus zwei Umständen: zum einen aus der blutigen Erfahrung des Faschismus, der nur darum sein Terrorregime errichten konnte, weil SozialdemokratInnen und KommunistInnen

keine antifaschistische Einheitsfront gebildet hatten, was wesentlich Schuld der falschen Politik ihrer Führungen war. Zum anderen waren es die anstehenden Aufgaben nach Kriegsende, die die proletarische Mitgliedschaft beider Parteien in der Praxis einander näherbrachten: Beseitigung der Reste des Faschismus, Ingangsetzung des öffentlichen Lebens und der Produktion. Wie im Folgenden gezeigt werden wird, ging es im Kern darum, dass die ArbeiterInnenklasse vor

der Möglichkeit und der Notwendigkeit stand, den Kapitalismus zu beseitigen und die Macht zu übernehmen.

Die Tatsachen weisen klar darauf hin, dass es trotz Nötigung und Zwang seitens der SMAD und der KPD und trotz fehlender Alternativen eine breite Bewegung in KPD und SPD Richtung Einheit in Aktion und Organisation gab.

Bei der Einschätzung der Vereinigung müssen noch weitere Umstände berücksichtigt werden, die gegen die These von der Zwangsvereinigung sprechen. Es ist belegt, dass die Mehrzahl der Gründungsdelegierten und auch der SED-Mitgliedschaft aus der SPD kamen. Obwohl es Formen direkten wie indirekten Drucks auf die SozialdemokratInnen gab, so bestand doch die individuelle Möglichkeit für jedes Mitglied, aus der SPD vor dem Zusammenschluss auszutreten, der SED nicht beizutreten oder sie zu verlassen. Massenhafte Schritte in diese Richtung gab es jedoch nicht. Dass es aber bei vielen SED-Mitgliedern schon bald nach der Vereinigung Differenzen zur weiteren Entwicklung der SED und ihrer Umformung zu einer offen stalinistischen Partei gab, belegen zahlreiche Repressionen gegen Mitglieder und FunktionärInnen.

SPD und KPD erreichten nach Kriegsende sehr schnell wieder alte Mitgliederstärke. Allein die KPD hatte schon im Frühjahr 1946 mit rund 500.000 trotz Naziterror, Emigration, Kriegsoffern und noch in Gefangenschaft Befindlichen mehr Mitglieder als vor 1933. Ähnlich war die Situation in der SPD. Ohne Frage waren diese vielen neuen, parteipolitisch weniger beeinflussten Mitglieder mit weniger Ressentiments gegenüber der anderen Partei beladen als alte Mitglieder und konnten somit leichter für die Einheit motiviert werden. Eine gründliche Debatte der politischen Grundlagen beider Parteien und ihrer Rolle in den Klassenkämpfen der Jahre zuvor fand jedoch nicht statt und war vor allem von den Führungen beider Parteien auch nicht ernsthaft beabsichtigt.

# Die Schaffung der SED

Warum wurde im April 1946 die SED gegründet, obwohl noch ein knappes Jahr zuvor weder SPD noch KPD die Vereinigung beider Parteien unmittelbar als Ziel aufgestellt hatten? Dafür gibt es mehrere Ursachen: Die SMAD fürchtete, dass ihre politische Juniorpartnerin in Deutschland, die KPD, bei den bevorstehenden Wahlen gegenüber der SPD unterliegen würde und damit der direkte Einfluss der UdSSR auf die Entwicklung (Ost-)Deutschlands vermindert würde. Diese Befürchtung war nur berechtigt, da der Einfluss der SPD im Vergleich zur KPD – obwohl letztere von der SMAD stärker gefördert wurde – sich zunehmend stärker bemerkbar machte. Auch die Wahlen in Ungarn und Österreich, bei denen die KPD deutliche Schläppen erlitten hatten, nötigten zu einem organisationspolitischen Schwenk, der nicht auf die Zurückdrängung, sondern auf das Aufsaugen der SPD per Fusion orientiert war. Die Wahlen vom Oktober 1946 in Berlin bestätigten alle Befürchtungen hinsichtlich des Einflusses der SPD: sie erhielt über 48 %, die SED dagegen nur 19,8 % der Stimmen.

Die politische Grundlage der Vereinigung bestand aus zwei wesentlichen Elementen: 1. den demokratischen Illusionen des Proletariats und 2. dem Wandel der KPD seit 1935 von einer zentristischen zu einer reformistischen Partei.

Nach der faschistischen Diktatur waren die demokratischen Illusionen wieder erstarkt. Dabei spielte eine wesentliche Rolle, dass alle Ansätze proletarischer Machtentfaltung von der SMAD in Einklang mit den Führungen von KPD und SPD ignoriert und bewusst sabotiert worden waren. Unter diesen Umständen konnte die Restauration bürgerlich-demokratischer Zustände den

Arbeiterinnen und Arbeitern als Tugend erscheinen. Das Fehlen einer marxistischen Partei mit einem revolutionären Programm war dabei natürlich ein entscheidender Faktor dafür, dass die Bewegung des Proletariats über Ansätze eigener Machtkonstituierung nicht hinaus gelangte und die reformistischen Führungen von KPD und SPD ohne politische Konkurrenz blieben.

Die richtige Einsicht der Mitgliedsbasis, dass die fehlende Einheitsfront vor 1933 Hitlers Sieg ermöglichte, ging nicht mit einer schonungslosen Kritik der Politik von SPD und KPD konform. In gewissem Sinn können wir sagen, dass 1933 vor lauter Prinzipien die Einheit übersehen wurde, während 1946 vor lauter Einheit die Prinzipien vergessen worden waren. Im Grunde

bestand die Vergangenheitsbewältigung nicht nur der KPD, sondern auch die der SPD darin, eine Verbeugung vor der Volksfrontpolitik zu machen. Da die Politik beider Parteien nicht revolutionär, sondern reformistisch - auf die Schaffung bürgerlich-demokratischer Verhältnisse gerichtet war -, gab es kaum prinzipielle programmatische Gegensätze, die einer Parteivereinigung grundsätzlich widersprochen hätten. Die SPD-Politik folgte trotz einiger wichtiger Differenzen z. B. bezüglich ihres Verhältnisses zur SU oder der Stellung zur Demokratie der gleichen Logik wie die KPD und nahm auch in vielen konkreten

Fragen die gleiche Position ein. Hier soll nur die Zustimmung zu den Reparationen oder die passive, ja unterstützende Haltung zur Auflösung der Antifa-Komitees und der spontan entstandenen betrieblichen Strukturen der ArbeiterInnenklasse genannt werden. Die KPD, die nur wenige Jahre zuvor die SPD

„Zwilling des Faschismus“ genannt hatte, war inzwischen selbst zum Zwilling der reformistischen Sozialdemokratie mutiert. Doch die Entstehung der SED kann nicht nur aus innerparteilichen Umständen erklärt werden; sie muss im Kontext der Politik Stalins gesehen werden. Es ist kein Zufall, dass die SED nur in der Ostzone entstand und nicht in den Westzonen. Dem „Büro Dr. Schumacher“, der Machtzentrale der SPD im Westen, gelang es unter Mithilfe der Westalliierten, die Vereinigung zu verhindern. Denn von Beginn an war die SED Machtinstrument

der Politik Moskaus und somit objektiv verlängerter Arm der in der SU herrschenden bürokratischen Kaste. Doch so sehr deren konterrevolutionäre



Strategie dem Imperialismus auch entgegenkam – dort, wo er selbst herrschte, in den deutschen Westzonen, wollte er selbst bestimmen; eine vereinigte Arbeiterpartei von Stalins Gnaden konnte er nicht gebrauchen.

## **Volksfront contra Revolution**

Nachdem die stalinisierte KPD vor 1933 durch ihren ultralinken Zentrismus gemeinsam mit der Kapitulantpolitik der SPD das Zustandekommen einer breiten antifaschistischen Einheitsfront gegen Hitler unmöglich gemacht und kampflos kapituliert hatte, erfolgte nach Hitlers Machtübernahme mit dem VII. Kominternkongress 1935 ein scharfer Schwenk nach rechts. Die dort beschlossene Volksfrontpolitik, die auch nach Kriegsende allgemeine Linie blieb, verpflichtete die stalinistischen Parteien programmatisch und praktisch, strategische Bündnisse und Regierungsallianzen mit Teilen der Bourgeoisie einzugehen und dafür auf die Diktatur des Proletariats zu verzichten. Schätzte man die Sozialdemokratie noch 1933 als „sozialfaschistisch“ ein und weigerte sich beharrlich, den sozialdemokratischen ArbeiterInnen und ihrer Führung eine Einheitsfront vorzuschlagen, so waren 1935, (also nur zwei Jahre später!) plötzlich nicht nur die Sozialdemokratie, sondern sogar rein bürgerliche Parteien Koalitionspartnerinnen geworden. Ein größeres Verwirrspiel ist kaum denkbar!

Der methodische Grundfehler der Volksfrontkonzeption war aber der, dass zwischen Faschismus und Demokratie, zwei Herrschaftsformen ein und desselben Imperialismus, ein qualitativer Unterschied gemacht wurde, der scheinbar ein Bündnis des Proletariats mit einem (demokratischen) Teil der Bourgeoisie notwendig machte. Nach dieser Logik hieß die Alternative nicht mehr Sozialismus oder Kapitalismus, sondern Faschismus oder (bürgerliche) Demokratie. Dieses Konzept blieb auch nach der Niederlage des Faschismus für

die KPD gültig.

Die Gründung der SED und das politische Nachkriegssystem in Ostdeutschland bzw. später der DDR stellen eine Variante dieser Volksfrontkonzeption dar. Einerseits, weil originäre Einheitsfrontorgane der ArbeiterInnenklasse beseitigt worden sind, zum anderen durch den antifaschistisch-demokratischen Block. Dieser Block unter Einschluss bürgerlicher Parteien wie der CDU oder der LDP, deren Gründung von KPD und SMAD unterstützt oder im Fall der NDP, einer Partei für ehem. Wehrmachtsoffiziere und sonstige bürgerliche Kräfte, sogar initiiert wurde, bildete ein pseudoparlamentarisches System auf Basis eines bürgerlich-demokratischen Programms. Auch in der späteren DDR bestand dieser Block weiter als Mittel der Integration kleinbürgerlicher Schichten und der Maskierung der Alleinherrschaft der SED.

## **Stalins Deutschlandpolitik**

Als im Mai 1945, nach 12 blutigen Jahren, das „tausendjährige Reich“ der Nazis zerschlagen war, war die Macht der deutschen Bourgeoisie noch stärker als am Ende des 1. Weltkrieges diskreditiert und erschüttert. Ihre bewaffneten Kräfte waren besiegt, der Staatsapparat befand sich in Zersetzung, die faschistischen Organisationen waren kollabiert, die nationalistisch-chauvinistische Massenbegeisterung für den Faschismus hatte sich längst in Agonie und Entsetzen gewandelt. Die gesamte exekutive Macht lag in den Händen der Besatzungsmächte.

Sofort nach Beendigung der letzten Kämpfe begann aber auch die deutsche ArbeiterInnenklasse, Ohnmacht und Atomisierung der Jahre unter dem Faschismus zu überwinden: die zerschlagenen Organisationen – KPD und SPD,

Gewerkschaften und Betriebsräte sowie linke Gruppierungen - entstanden neu. Kader der SPD und der KPD, viele von ihnen gerade erst aus den KZs und Zuchthäusern

gekommen, spielten dabei eine große Rolle. Kaum waren die letzten Schüsse verhallt, organisierte sich das Proletariat: in den Antifa-Ausschüssen, um die Reste der Nazidiktatur zu beseitigen, in den Betrieben, um die zerstörte Produktion

wieder in Gang zu bringen. Vor allem diese betrieblichen Komitees zeugen davon, dass die deutschen Arbeiterinnen und Arbeiter bereit und in der Lage waren, die Produktion zu kontrollieren und zu organisieren. Betriebskomitees und Antifa-Ausschüsse waren Ansätze zur Bildung von proletarischen Machtorganen - den Räten. In der ArbeiterInnenschaft und weiten Teilen der Bevölkerung bis hinein in bürgerliche Kreise war nach dem totalen Zusammenbruch Hitlerdeutschlands

eine mehr oder weniger bewusste und klare antikapitalistische Stimmung verbreitet. Doch im Unterschied zu 1918 fehlte eine revolutionäre Massenbewegung.

Entgegen der Ideologie der Alliierten, nach der Nachkriegsdeutschland vor der Alternative Faschismus oder Demokratie stand, ging es in Wahrheit darum, den deutschen Kapitalismus in demokratischer Form wiederzuerrichten oder ihn zu stürzen und die Diktatur des Proletariats aufzubauen. Obwohl 1945/46 in Deutschland keine revolutionäre Situation bestand, so gab es doch, wie oben ausgeführt, Ansätze proletarischer Machtorgane.

Doch die Erschütterung der gesellschaftlichen Ordnung, die Brisanz der sozialen Probleme konnten in der Nachkriegsperiode jederzeit die Frage der Macht auf die Tagesordnung stellen. Wie schon 1933 lag der Schlüssel der Entwicklung bei den Arbeiterinnenorganisationen und insbesondere bei der Führung in Moskau.

In Potsdam hatten sich die Alliierten der Antihitlerkoalition endgültig über das Schicksal Deutschlands geeinigt. Nach 12 Jahren Naziherrschaft sollte das neue Deutschland von nun an demokratisch, entmilitarisiert und entnazifiziert sein. Die Kontrolle dieser deutschen Verwandlung oblag den

Besatzungsmächten Sowjetunion, USA, Frankreich und Großbritannien, die jeweils eigene Besatzungszonen kontrollierten. Der alliierte Kontrollrat sollte als oberstes Gremium die Politik der Alliierten koordinieren. Stalin, Truman und Churchill waren sich darin einig, Deutschland als Staat nicht zu zerschlagen, sondern nur soweit zu schwächen, dass er keine den Großmächten gefährliche Rolle mehr spielen konnte. Quasi als Gegenleistung für ihren humanistischen Großmut sollte ein Großteil der materiellen Werte Deutschlands als Reparationen an die Besatzungsmächte fallen.

Die Antihitlerkoalition, ein strategisches Bündnis des degenerierten ArbeiterInnenstaates Sowjetunion mit den „demokratischen“ Imperialismen; die in Jalta, Teheran und Potsdam vorgenommene Aufteilung der Welt in Einflussphären sind Ausdruck des Wunsches der StalinistInnen gewesen, ein strategisches Übereinkommen mit dem Weltimperialismus zu treffen, um somit die Möglichkeit des Aufbaus des „Sozialismus in einem Lande“ sicherzustellen. Abgesehen davon, dass eine sozialistische Gesellschaftsqualität in einem isolierten Land und ohne Ausdehnung der Weltrevolution nicht erreicht werden kann, bedeutete die Politik Stalins auch den Verzicht auf alle Versuche des Proletariats, den Kapitalismus zu stürzen und seine eigene Macht zu errichten. Die günstigen Bedingungen für den revolutionären Kampf um die Macht z. B. in Frankreich oder Italien 1944/45 wurden bewusst nicht ausgenutzt. Der Aufstand des griechischen Proletariats wurde im Stich gelassen, weil Griechenland im britischen Interessensgebiet lag.

Mehr als alle revolutionären Beschwörungen offenbarte die praktische Politik Stalins dessen konterrevolutionäre Rolle, die in ihrer Konzeption auf wesentlichen Elementen des Menschewismus beruht und in scharfem Gegensatz zu Praxis und Programm der Bolschewiki unter Lenin und Trotzki stand.

In Deutschland entwickelte sich die Lage prinzipiell genauso wie in den von der SU besetzten Ländern Osteuropas. Stalins Versuch, auf die Bajonette der Roten Armee gestützt, eine Pufferzone um die SU aus bürgerlich-demokratischen Staaten zu schaffen, auf deren Politik er durch die Besatzungstruppen einerseits und die jeweiligen KPen andererseits direkten Einfluss

nehmen konnte, ging nicht lange gut. Die nichtententeigte Bourgeoisie strebte nach der Wiedererlangung der ganzen Macht und musste mit den Interessen des einheimischen Proletariats, aber auch mit der Moskauer Politik kollidieren. Die bürgerliche Wirtschaft und ihre politischen Subjekte, die Parteien und Staaten der Bourgeoisie, haben ihre Eigendynamik, die sich nicht an Stalins Datscha-Träumereien halten. Dieser Interessenkonflikt spitzte sich noch zu, als Amerika Ende der 1940er Jahre durch das Marshallplanprojekt die europäischen Staaten noch enger an die USA zu binden suchte. Wollte Stalin nicht alles verlieren, was er im Krieg gegen Hitler gewonnen hatte, musste er entgegen seiner ursprünglichen Absicht die Bourgeoisie als Klasse enteignen. Dazu war er auch gezwungen, wenn er nicht eine Konfrontation mit dem Proletariat riskieren wollte, dessen Bedürfnisse ohne konsequente antikapitalistische Maßnahmen nicht befriedigt werden konnten - es sei denn mit dem Zuckerbrot des Marshallplans. Stalin scherte „nach links“ aus. Der Sieg über Hitler entzweite die SiegerInnen, die Antihitlerkoalition zerbrach.

In der Ostzone Deutschlands erfolgte dieser Schwenk erst 1951, als wesentliche Elemente einer Planwirtschaft das Wertgesetz als Grundmechanismus kapitalistischen Wirtschaftens ablösten. Diese antikapitalistischen Umwälzungen erfolgten aber unter Ausschaltung der selbstständigen schöpferischen Rolle des Proletariats auf bürokratische Weise und verbunden mit der Etablierung eines der Form nach bürgerlichen Staatsapparates.

# Die KPD-Politik nach 1945

Auch in Deutschland, besonders in dessen Ostteil, wo die Rote Armee die Macht bereits besaß, wurde diese also nicht dazu genutzt, den Kapitalismus zu beseitigen. Gerade die von den KPD-FührerInnen propagierte „Ausrottung des Faschismus mit allen Wurzeln“ hätte eigentlich bedeutet, dessen kapitalistische Grundlagen abzuschaffen. Doch den FührerInnen der KPD und der KPdSU ging es lediglich darum, den Faschismus zu beseitigen, um demokratische Verhältnisse auf der Basis kapitalistischer Eigentumsformen zu schaffen.

Die in Moskau abgeseignete Politik der Gruppe Ulbricht, der Führung der KPD, lässt keine Fragen über die politischen Absichten Stalins und seiner deutschen Gefolgsleute offen. So heißt es im „Programm der antifaschistisch-demokratischen Ordnung“ der KPD vom Juni 1945, dass „unsere grundlegende Orientierung in der gegenwärtigen Situation die Vollendung der bürgerlich-demokratischen Revolution, die im Jahre 1848 begonnen hatte (ist). Das heißt, die Junker, Fürsten und Großgrundbesitzer sollen enteignet ... werden. Die aktiven Nazis ... müssen von den deutschen Gerichten hart abgeurteilt werden. Die großindustriellen Kriegsverbrecher aber werden von den Gerichten der alliierten Mächte ... ihre Strafe erhalten.“ (1)

Kein Wort über die Enteignung der Bourgeoisie als Klasse.

Kein Wort von der Notwendigkeit, dass die ArbeiterInnenklasse selbst die Macht übernehmen muss. Sogar die SPD gab sich 1945 linker als die KPD und bekannte sich wenigstens abstrakt zum Sozialismus und zu einer „Sozialisierung der Wirtschaft“.

Zwar gibt das Juni-Programm der KPD offen zu, dass „manche

Arbeiter ... sofort den Sozialismus errichten (wollen)“, aber diese Absicht wird als angeblich unmöglich abgelehnt. (2) Die Gründe, warum die ArbeiterInnen

nicht sofort mit dem Aufbau des Sozialismus – sprich der Errichtung der Diktatur des Proletariats – beginnen können, sind bezeichnend für die völlige politische und theoretische Degeneration der offiziellen KP-FührerInnen vom Kaliber Ulbrichts und für uns auch deshalb interessant, weil die in diesem Dokument ausgedrückte Denkweise weitgehend auch der in der SPD entsprach und geradewegs Richtung SED weist.

Das Programm verweist darauf, dass die ArbeiterInnen noch keine einheitliche Partei (von einer revolutionären Partei ist erst gar nicht die Rede) haben. Doch die Oktoberrevolution, auf die sich die StalinistInnen so gern und oft beriefen, ist gerade ein Beweis dafür, dass die Partei der Revolution aus einer Minderheitsposition heraus durch eine richtige Politik die Massen hinter sich zu bringen wusste. Hätte sie gemäß dem Rezept der Ulbrichts gehandelt, hätte sie sich mit den konterrevolutionären Parteien erst vereinigen müssen, ehe die Revolution hätte durchgeführt werden können. Das Ergebnis dieser Politik wäre allerdings gewesen, weder eine revolutionäre Partei noch eine sozialistische Revolution zu haben...

Das KPD-Programm bedauert auch die fehlenden Erfahrungen der Massen in der Leitung von Wirtschaft und Gesellschaft. Das ist sicher richtig. Doch mit diesem Problem ist das Proletariat immer konfrontiert, denn der Kapitalismus, und umso mehr der Faschismus, verhindert ja eben die Machtausübung des Proletariats. Der Inhalt jeder revolutionären Umgestaltung der Gesellschaft besteht aber wesentlich darin, dass das Proletariat beginnt, über die Kontrolle von Produktion zur Übernahme der Macht in der Wirtschaft zu gelangen. Nur so kann sich auch die Emanzipation des Proletariats auf der politischen Bühne vollziehen. Nach dem Ausschluss von der Macht unter den Bedingungen der kapitalistischen Diktatur (ob in demokratischer oder faschistischer

Form) erlernt es in Betriebs- und Streikkomitees, in ArbeiterInnenmilizen und schließlich den ArbeiterInnenräten den Gebrauch der Macht, um sie schließlich

auf der Ebene des gesamten Staates auszuüben. Die oben geschilderten Ansätze von unabhängigen Organisationsstrukturen der deutschen Arbeiterinnen und Arbeiter unmittelbar nach Kriegsende belegen, dass das Proletariat schon selbst spontan über den Rahmen hinausgehen wollte, den ihm die moskautreue KPD vorgab.

Dass das KPD-Programm vom Juni 1945 die mangelnden Voraussetzungen zum Aufbau

des Sozialismus beklagt, ist nur ein allzu löchriger Deckmantel dafür, dass die unabhängigen Organisationsansätze des Proletariats v. a. auf betrieblicher Ebene letztendlich beseitigt wurden, indem man die Betriebe den alten EigentümerInnen beließ, um sie später - unter Ausschluss jeglicher Form von ArbeiterInnendemokratie - auf bürokratische Art zu verstaatlichen.

## **Die SED - eine neue Partei?**

Trotz aller Zwänge ist die SED auch Ergebnis einer massenhaften Tendenz nach Überwindung der Spaltung der ArbeiterInnenbewegung.

Zu Anfang war sie sicher stärker durch Elemente von Demokratie und lebendiger Mitgestaltung der Parteitätigkeit durch die Mitglieder selbst geprägt als die SED der folgenden Jahrzehnte. Die Funktionen der Partei waren paritätisch besetzt, das Programm enthielt Passagen, die nur wenige Jahre später als „ketzerisch“ galten und mit den stalinistischen bürokratischen Stereotypen nicht gut vereinbar waren. Doch deshalb von der frühen SED als einer demokratischen Partei - im Sinne von wirklicher proletarischer Demokratie zu sprechen -, wäre falsch. Dafür fehlten z. B. statuarische Rechte wie das Recht auf Bildung von Fraktionen oder Tendenzen. Allein diese Tatsache verweist darauf, dass aus der Fehlentwicklung der Komintern unter dem Stalinismus keine Schlüsse gezogen worden waren. Auch die Hoffnung der SozialdemokratInnen, durch

die Kraft der Zahl die innerparteiliche Demokratie (oder was man dafür hielt) zu sichern, war mehr als blauäugig. Nur wenige Monate nach dem Gründungsparteitag waren tausende von Mitgliedern und FunktionärInnen, zum



Großteil

ehemalige SozialdemokratInnen, abgelöst, ausgeschlossen, abgeschoben oder verhaftet worden. Wolfgang Leonhard schreibt dazu u. a.: „So sind von den 14 Mitgliedern des Zentralsekretariats, die bei der Vereinigung unter dem Jubel der Delegierten gewählt wurden, 10 Spitzenfunktionäre im Verlauf von wenigen Jahren

ihrer Funktionen beraubt, degradiert, teilweise sogar als ‚Parteifeinde‘ entlarvt und aus der Partei ausgeschlossen worden.“ (3) Die Machtmaschine des Stalinismus hatte schnell und gründlich gearbeitet ...

Schon die Gründung der SED - sie erfolgte, nachdem die unabhängigen Organisationsansätze der Arbeiterinnen und Arbeiter beseitigt worden waren - ist ein Element der Unterdrückung von proletarischer Demokratie.

Die stalinistische Maßregelung, die in der SED sofort nach ihrer Gründung einsetzte, ist nur der Vollzug dieser Politik in der Partei selbst. Oasen können in der Wüste überleben, doch demokratische ArbeiterInnenorganisationen in einer

Umgebung ohne lebendige ArbeiterInnendemokratie nicht.

## **Einheitlich antisozialistisch**

In den „Grundsätze(n) und Ziele(n) der SED“, die auf dem Vereinigungsparteitag beschlossen worden waren, kommt klar heraus, dass es sich

bei der neuen Partei um eine politische Konstruktion handelt, deren Material durchweg aus dem Lager des Reformismus stammt. In ihnen wird deutlich, dass seitens der KPD alles, was an revolutionäre Politik und die Positionen der frühen Komintern unter Lenin und Trotzki erinnerte, vollständig über Bord geworfen worden war. Das ist das programmatische Fundament, auf dem sich SPD

und KPD einigen konnten.

Die Gegenwartsforderungen liegen voll auf der Linie, die übereinstimmend von KPD und SPD nach 1945 verfolgt worden war:

- Beseitigung des Faschismus;
- Herstellung demokratischer Verhältnisse;
- Bodenreform und Überwindung der Überreste des Feudalismus;
- Bewahrung bürgerlicher Eigentums- und Wirtschaftsverhältnisse.

Diese bescheidenen, reformistischen Forderungen wurden in einer Situation aufgestellt, in der die Bourgeoisie am Boden lag und die Arbeiterinnen und Arbeiter, ohne ernsthaften Widerstand fürchten zu müssen, alle Macht hätten übernehmen können. Allein die Tatsache, dass die SMAD eine solche Entwicklung weder wünschte noch propagierte und sie sogar aktiv verhinderte, hätte die SED die Politik Moskaus anprangern und bekämpfen lassen müssen. Doch gerade, damit das nicht passiert, wurde diese Partei schließlich gegründet!

Immerhin enthält dieses Dokument auch Forderungen wie das Koalitions- und Streikrecht, die in der späteren DDR nicht einmal mehr auf dem Papier standen, geschweige denn in der Praxis zu verwirklichen waren.

Der bürgerlich-demokratischen Tagespolitik der „Grundsätze und Ziele“ wird noch ein abstraktes Bekenntnis zum Sozialismus angehängt – typisches Merkmal eines Minimal-Maximal-Programms, wie es für reformistische Parteien durchaus üblich ist. Keine Übergangslösungen, keine Forderungen nach

Schaffung von wirklichen Machtorganen des Proletariats (Räten, ArbeiterInnenmilizen usw.), keine Forderung nach Bewaffnung der ArbeiterInnenklasse oder nach Zerschlagung des bürgerlichen Staats und Enteignung der Bourgeoisie als Klasse. Die Revolution wird von der SED wie folgt definiert: Die SED „erstrebt den demokratischen Weg zum Sozialismus; sie wird aber zu revolutionären Mitteln greifen, wenn die kapitalistische Klasse den Boden der Demokratie verlässt.“  
(4) Die Revolution als Notmaßnahme, nicht als notwendiger und einzig möglicher Akt zum Sturz des Kapitalismus und Schaffung der Diktatur des Proletariats. Wie weit mussten „KommunistInnen“ sich schon theoretisch vom Marxismus entfernt haben, um dem zuzustimmen?!

Schon einmal, als sich 1919 die KPD mit dem linken Flügel der USPD vereinigt hatte, bildeten KommunistInnen und frühere SozialdemokratInnen eine gemeinsame Partei. Doch 1919 war die KPD noch eine revolutionäre Partei und die USPD-Linke bewegte sich auf revolutionäre Positionen zu, um sich auf einem revolutionären sozialistischen Programm mit der KPD zu vereinigen. 1946 bildeten zwei reformistische Parteien eine neue - auf einem reformistischen, bürgerlichen Programm mit sozialistischer Zusatzklausel. Welch Unterschied und welch tragischer Irrtum, über der Notwendigkeit der Einheit ihren politischen Inhalt zu vergessen!

Die SED war weder eine demokratische noch eine revolutionäre Partei. Sie war, wie ihre Gründung, ihre Dokumente, ihre praktische Politik und schließlich ihr unrühmliches Scheitern 1989/90 beweisen, ein Instrument der herrschenden Bürokratie in der Sowjetunion und ihrer StatthalterInnen in (Ost-)Deutschland bzw. der DDR zur politischen Knebelung des Proletariats und der Eindämmung der internationalen proletarischen Revolution. Sozialistisch war an der SED, wie an ihren auf ähnliche Art und unter ähnlichen Bedingungen entstandenen „Bruderparteien“ in Polen oder Ungarn allenfalls der Name. Gründung und Untergang der SED sind

Momente

stalinistischer Politik, ihrer zeitweiligen Konjunktur und ihrer Todeskrise.

Nicht die Nachauflage PDS als entstalinisierte sozialdemokratische SED-Nachfolgepartei, sondern der Aufbau einer revolutionären marxistischen Partei ist die Lehre aus der Geschichte der SED.

## Quellen

(1) Ulbricht, Walter: Die Entwicklung des deutschen volksdemokratischen Staates 1945-1958. Dietz Verlag, Berlin/O. 1958, S. 27

(2) ebenda, S. 28

(3) Leonhard, Wolfgang: Die Revolution entlässt ihre Kinder. Kiepenheuer & Witsch, Köln 1990, S. 545

(4) KPD: 1945-1968, Dokumente. Edition Marxistische Blätter, Neuss 1989, S. 201

---

# Vom Regen in die Traufe

## Proletarische Frauen - vom DDR-Stalinismus

# zum BRD-Kapitalismus

*Ute Mann, Revolutionärer Marxismus 52, November 2019 (Erstveröffentlichung 1998)*

Die Einbeziehung der Frauen in die gesellschaftliche Produktion als Garantie für die ökonomische Unabhängigkeit und politische Selbstständigkeit galt als der wichtigste Schritt auf dem Weg zur Gleichberechtigung. Frauen waren als Arbeitskräfte eine wichtige Ressource der Planwirtschaft v. a. nach dem Krieg, als Arbeitskräfte knapp waren und massenhafte Abwanderungen durch das Verlassen der DDR Richtung Westen die Lage weiter erschwerten. Bis in die 1960er Jahre waren Frauen beinahe vollständig in die Arbeitswelt integriert. (1)

## Integration der Frauen in den Produktionsprozess

Das niedrigere Produktivitätsniveau in der DDR (wie in allen stalinistischen Staaten) machte immer einen hohen Einsatz menschlicher Arbeitskräfte notwendig. Doch von den Industriegesellschaften der Nachkriegszeit war die DDR das einzige Land, das kontinuierlich Bevölkerungsverluste erlitt. Zwischen 1948 und 1989 schrumpfte die Bevölkerung um 2,7 Millionen auf 16,4 Millionen. Frauen waren auf formalrechtlicher und politischer Ebene gleichgestellt und stellten einen großen Teil der Arbeitskraft. Das Motiv des DDR-Stalinismus, Erleichterungen für Frauen einzuführen, war der wirtschaftliche Aufbau, der Aufbau des „Sozialismus“ in einem halben Land.

Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs trat die KPD zunächst für den Aufbau eines „neuen demokratischen Deutschlands“ auf kapitalistischer Grundlage ein. Die diesem Ziel entsprechende Volksfrontkonzeption spiegelte sich auch in der Frauenpolitik wider. Nachdem bereits 1945 die Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD) die eigenständigen ArbeiterInnenkomitees liquidiert und durch Volksfrontorgane ersetzt hatte, sollten nun auch die nach Kriegsende entstandenen antifaschistischen Frauenausschüsse in solche umgewandelt werden. Ziel war es, „Frauen aller Klassen auf breitester Basis“ zu umfassen, um sie für die Aufbauarbeit für ein „demokratisches Deutschland“ zu gewinnen.

Anfang 1947 gab es in der sowjetischen Besatzungszone 7.451 Frauenausschüsse, die ca. 250.000 Frauen umfaßten. Um diese Ausschüsse besser kontrollieren zu können, wurden sie per SMAD-Befehl aufgelöst und mit den Organisationen des Demokratischen Frauenbunds Deutschlands (DFD), der am 8. März 1947 gegründet wurde, zusammengeschlossen. Der DFD gab sich programmatisch überparteilich, war aber dennoch eine Frontorganisation der SED, die 1946 aus der Fusion von KPD und SPD hervorgegangen war.

Das DFD-Programm hob hervor, dass „zum ersten Male die sozialistischen Frauen mit den Frauen aus den bürgerlichen Parteien und den parteilosen Frauen den Grundstein zu einer einheitlichen demokratischen Frauenbewegung legten“. Mit dieser programmatischen Erklärung verzichtete der DFD auf eine konsequente Interessenvertretung der Arbeiterinnen, um die Klassenzusammenarbeit mit den bürgerlichen Parteien nicht zu gefährden. Ein Ergebnis dieser Politik war, dass die spezifischen Interessen von Proletarierinnen - immerhin die Mehrzahl aller Frauen - politisch nicht artikuliert wurden und viele substantielle Fragen der Stellung der arbeitenden Frauen in Produktion und Gesellschaft weder diskutiert noch gelöst werden konnten.

Auf dem 2. Parteitag der SED im September 1947 wurde eine Resolution zur Frauenfrage verabschiedet, die zwar einige Verbesserungen für Frauen enthielt (Öffnung und Zugang zu allen für Frauen geeigneten Berufen; Ausbau von Einrichtungen, die der Erwerbstätigen die Sorge um den Haushalt und die Familie erleichtern); wesentliche Voraussetzungen für die Emanzipation der Frau wurden jedoch nicht geschaffen. Die Zuständigkeit der Frauen für die Reproduktionsarbeit innerhalb der Familie wurde gar nicht erst in Frage gestellt. Die umfassende Einbeziehung der Frauen in den Produktionsprozess war ebenso wenig das Ziel dieser Resolution wie die Vergesellschaftung der Hausarbeit als einer Grundvoraussetzung für die Frauenbefreiung.

Der Arbeitskräftemangel in der Nachkriegswirtschaft machte es aber notwendig, Frauen in großem Umfang für den Wiederaufbau und die Produktion heranzuziehen. Per SMAD-Befehl wurde daher das Prinzip der gleichen Entlohnung eingeführt. Außerdem sollte die Berufsnomenklatur überarbeitet werden. Beides stieß auf den Widerstand der männlichen Arbeiterschaft und deren Gewerkschaftsvertretungen. Statt die proletarischen Frauen zur Durchsetzung ihrer Interessen zu mobilisieren, wurden auf bürokratischem Wege Frauenkommissionen eingesetzt, welche die Durchführung der Beschlüsse kontrollieren sollten. Dieses rein administrative Vorgehen der StalinistInnen war aber kaum dazu geeignet, die historisch überkommene Benachteiligung der Frau in der Gesellschaft zu überwinden.

## **Bürokratismus statt Frauenbefreiung**

Dazu hätte es einer breiten politischen Debatte in ArbeiterInnenbewegung und Gesellschaft bedurft, die sich schonungslos mit gesellschaftlichen Strukturen, Traditionen und Praktiken auseinandersetzt, die Frauen an einer gleichberechtigten Teilhabe am gesellschaftlichen Leben

hindern. Diese (für Männer und Frauen) schmerzhafteste Debatte wurde jedoch auf unterstem Niveau ausgetragen. Nicht die Frauen selbst artikulierten ihre Bedürfnisse in organisierter Form, sondern der bürokratische Apparat bestimmte und legte fest. Wichtige Grundformen von Frauenunterdrückung – die Familie und die im privaten Rahmen erledigte Hausarbeit – standen nicht zur Disposition. So wurden auf dem Altar einiger Verbesserungen für Frauen die historischen Grundvoraussetzungen der Befreiung der Frau geopfert.

Die Schwangerschaftsunterbrechung wurde aufgrund medizinischer, ethischer und sozialer Indikation wegen der nach Kriegsende herrschenden materiellen Not und dem enormen Bedarf an weiblichen Arbeitskräften zunächst erlaubt. Doch schon 1950 wurde das Verbot wieder eingeführt. Änderungen des Ehegesetzes entfernten v. a. die nationalsozialistischen Bestimmungen. Dieses Hin und her gerade in der Abtreibungsfrage verweist sehr deutlich darauf, dass die stalinistische Frauenpolitik nicht an einer Strategie der Frauenbefreiung, sondern an konjunkturellen Erfordernissen der Entwicklung und an der Rücksicht auf bürgerliche Vorstellungen und Traditionen orientiert war.

Das traditionelle dreigliedrige Schulsystem wurde durch die achtklassige Pflichtschule für alle ersetzt. Bereits im Frühjahr 1946 wurde in den Ländern der SBZ das „Gesetz zur Demokratisierung der deutschen Schule“ verabschiedet. 1959 wurde die zehnjährige Allgemeinbildende Polytechnische Oberschule zur Pflichtschule. Die Erweiterte Oberschule mit den Klassen 11 und 12 führte zum Abitur. (2)

## **Traditionelle Rollenverteilung**

Die Einheitsschule kann man als einen



ersten Schritt begrüßen, um die bildungspolitische Benachteiligung für Frauen aufzuheben. Auch im Bereich der höheren Bildung (Abitur, Hochschulstudium) gelang es, die Benachteiligung von Mädchen und Frauen im Wesentlichen zu überwinden. Allerdings blieb die Rollenverteilung – Männer eher technisch/praktisch, Frauen eher „humanistisch“ – weitgehend erhalten. 1948 löste der FDGB die gewerkschaftlichen Frauenkommissionen auf. 1949 beschloss die SED die Auflösung der Betriebsorganisationen des DFD, deren Haupttätigkeitsfeld nunmehr der kommunale Bereich sein sollte. Bis Ende der achtziger Jahre des vorigen Jahrhunderts hatte der DFD knapp 1,5 Millionen Mitglieder. Nur 30 % von ihnen waren jünger als 53 Jahre. Der Verband richtete in Bezirks- und Kreisstädten insgesamt 210 „Beratungszentren für Haushalt und Familie“ ein. Seit 1967 unterhielt der DFD Frauenakademien für politische Schulung sowie für Veranstaltungen mit kultureller und hauswirtschaftlicher Thematik, was die staatstragende Rolle und Aufrechterhaltung der frauenfeindlichen Ideologie durch den DFD deutlich macht.

Statt Instrument der Überwindung der Benachteiligung der Frau war der DFD vielmehr ein organisatorischer Rahmen für das „Ausleben“ der traditionellen Rolle der Frauen.

Die Illusion, ein geeintes, neutrales

Deutschland zu schaffen, wurde durch die unterschiedliche Praxis in den Besatzungszonen zerstört. Während der Osten den Großteil der Reparationen an die UdSSR leisten musste, griff im Westen 1948 die Hilfe des Marshallplans. Frauen stellten die einzige verfügbare Arbeitskraftreserve dar. Daher sollten ihnen gesetzliche Maßnahmen den Eintritt in das Erwerbsleben erleichtern. Mitte der 1950er Jahre stagnierte der weibliche Beschäftigungsstand, was zum Ausbau von Kinderbetreuungseinrichtungen und des Dienstleistungssektors führte. Wichtige gesetzliche Maßnahmen dieser Zeit waren die verfassungsmäßige Verankerung der Gleichberechtigung der Geschlechter, des Prinzips der Lohngleichheit und die Aufhebung der Benachteiligung unehelicher Kinder und deren Eltern. Gleichzeitig jedoch wurden Ehe und Familie weiterhin als Grundlage des Gemeinschaftslebens angesehen und unter den Schutz des Staates gestellt.

Die Einbeziehung der Frauen in die produktive Arbeit stieß jedoch auf den Widerstand der Männer. Viele Betriebe weigerten sich, Frauen entsprechend ihrer Qualifikation oder überhaupt einzustellen. Die zunehmende Kritik der Frauen daran zwang die SED, deren Organisation auf betrieblicher Ebene zu unterstützen, um die Männer, v. a. die Gewerkschaftsfunktionäre, unter Druck zu setzen. 1952 empfahl das Politbüro der SED, die Wahl von Frauenausschüssen überall dort, wo eine größere Anzahl Frauen arbeitet, zu unterstützen. Bis Ende 1961 entstanden so ca. 20.000 Frauenausschüsse mit ca. 140.000 Mitarbeiterinnen, von denen drei Viertel parteilos waren. Obwohl die Gewerkschaften zur Zusammenarbeit mit den Ausschüssen verpflichtet waren, kam es dennoch immer wieder zu Konflikten, so dass letztere Mitte der 1960er Jahre von der SED gegen ihren Willen den Betriebsgewerkschaftsleitungen unterstellt wurden.

## **Degenerierter ArbeiterInnenstaat**

Die Probleme der gleichberechtigten Integration von Frauen in den Produktionsprozess sind allerdings nicht nur einer verfehlten Frauenpolitik der SED oder männlichen Ressentiments geschuldet. Vielmehr drücken sie ein allgemeines Problem aller degenerierten ArbeiterInnenstaaten aus. Es zeigte sich immer wieder, dass selbst positive Maßnahmen zur Verbesserung der Lage der Frauen, die es ohne Zweifel gab, im Widerspruch zu den starren, bürokratischen Verhältnissen der Gesellschaft insgesamt standen. Solange z. B. die Kindererziehung fast ausschließlich in der Zuständigkeit der Frauen lag - und dieser Umstand wird ja gerade durch die Aufrechterhaltung der tradierten Familienstrukturen konserviert -, waren nach wie vor nahezu ausschließlich Frauen für die Betreuung kranker Kinder zu Hause zuständig, was zu mehr Ausfällen an Arbeitsstunden führte. Unter diesen Umständen war es klar, dass BetriebsmanagerInnen lieber Männer als Frauen beschäftigten. Was dieses und viele andere Beispiele zeigen, ist die prinzipielle Unmöglichkeit, selbst Teilverbesserungen langfristig

durchzusetzen, wenn die grundlegenden, strategischen Aufgaben nicht gelöst werden.

Die „Zentralverwaltung sowjetischen Typs“

wurde in mehreren Etappen in der DDR eingeführt. Von 1952 bis 1985 sank der Anteil des Privateigentums auf 4,6 %. Bis auf 6 % wurde die Agrarfläche in LPGen eingebracht. Der Anteil der Selbstständigen an der Gesamtzahl

der Erwerbstätigen (1955 noch 20 %) sank bis 1988 auf 2 %. 1986 gab es 224 Industriekombinate, in denen die Volkseigenen Betriebe (VEB) zusammengeschlossen waren. In den Kombinatzen wurde auch ein Großteil der Forschungspolitik, der Freizeit- und Feriengestaltung, der sozialen Sicherheit u. v. m. bestimmt.

## Qualifizierung

Bis Ende der 1950er Jahre war die

Wirtschaft von der starken Abwanderung v. a. qualifizierter Arbeitskräfte belastet (ca. 3 Millionen flüchteten aus der DDR), die erst durch den Mauerbau gestoppt wurde. Nun ging es nicht mehr zuerst um die quantitative Einbeziehung von Frauen in den Produktionsprozess, sondern um den Ausgleich des erhöhten Bedarfs an qualifizierten Arbeitskräften. Dies führte zur Aufstellung von Frauenförderungsplänen, zum Ausbau von Kinderbetreuungseinrichtungen und der

Ausdehnung von Dienstleistungen. Der DFD unterhielt seit 1967 Frauenakademien

für politische Schulung und Veranstaltungen mit kultureller und

hauswirtschaftlicher Thematik. In Bezirks- und Kreisstädten richtete der DFD 210 „Beratungszentren für Haushalt und Familie“ ein. Dennoch wurde der DFD aufgrund seiner Funktion als Transmissionsriemen der herrschenden Kaste in das weibliche Proletariat hinein nie zur Organisation, der sich die Frauen zur Artikulierung ihrer Interessen bedient hätten.

Im Rahmen der Bildungsoffensive wurde von der Staatsführung eine Reihe von Frauenförderungsmaßnahmen beschlossen wie Frauensonderstudium oder verstärkte Qualifizierung von Frauen für technische Berufe. Frauen konnten sich nun für ihre berufliche Aus- und Weiterbildung freistellen lassen. Das Arbeitskollektiv musste jedoch den Produktionsausfall ausgleichen. Da auch in der DDR-Ökonomie die Entwicklung des Konsumgütersektors vernachlässigt wurde, vergrößerten Schlangestehen und der Mangel an effektiven Haushaltsgeräten die Arbeitslast der Frauen. Auch die Einführung eines monatlichen Hausarbeitstages, für den berufstätige Frauen von der Arbeit freigestellt waren, war eine widersprüchliche Maßnahme: einerseits galt die gesellschaftliche Anerkennung von Hausarbeit als notwendig und wurde in diesem Fall sogar bezahlt, andererseits wurde diese Tätigkeit wieder traditionell der Frau zugeordnet, was ihre Rolle als Aschenputtel nurmehr verfestigte und offiziell sanktionierte.

Hier soll auch auf ein grundsätzliches Problem der Gleichberechtigung der Frau in der DDR hingewiesen werden: die Doppelbelastung durch Beruf einerseits und Familie, Haushalt andererseits. Die Unterentwicklung des Dienstleistungssektors, der mangelhafte Grad der Vergesellschaftung der Hausarbeit und ein mangelhaftes Angebot an Gütern des täglichen Bedarfs brachten es mit sich, dass die Bewältigung des Alltagslebens sehr mühsam und aufwändig war. Dieser Aufwand wurde zum großen Teil von Frauen und nicht von Männern bewältigt. Die Gleichberechtigung stellte sich so in der Praxis oft einfach als Doppelbelastung der Frauen dar. Die relativ gute Kinderbetreuung konnte die Frauen zwar entlasten, jedoch das Problem der Überbelastung natürlich nicht lösen. Allgemein wurde in den Jahrzehnten des Stalinismus deutlich, dass eine grundsätzliche Änderung der Stellung der Frau in der Gesellschaft nicht möglich ist, ohne dass das allgemeine Niveau der Produktivität hoch ist, dadurch die Arbeitszeit deutlich verkürzt und somit auch die tradierte Arbeitsteiligkeit (die nicht nur eine zwischen Man und Frau ist) überwunden werden kann. Wie sollen Frauen am gesellschaftlichen und politischen Leben aktiv teilhaben, wenn die gesamte Zeit für Arbeit, Einkäufe etc. benötigt wird?

# Reaktionäre Familienpolitik

Neben den Qualifizierungskampagnen traten verstärkt reaktionäre, familienpolitische Maßnahmen in den Vordergrund, z. B. wurde aufgrund steigender Scheidungsziffern die Eheauflösung erschwert. Trotzdem war eine Ehescheidung sowohl juristisch als auch finanziell im Vergleich zu den Regelungen der BRD einfacher. Ideologisch wurde diese „Wende“ 1965 mit dem Inkrafttreten des Familiengesetzes, das die Familie als „kleinste Zelle der sozialistischen Gesellschaft“ definierte, untermauert. Die Familie war auch im Stalinismus eine Einheit der sozialen Kontrolle und Disziplin. (3)

Nach dem Mauerbau verzeichnete die DDR dennoch die niedrigste Geburtenrate der Welt. Auch die familienpolitischen Maßnahmen konnten nicht zur Konstanz der Bevölkerungszahl beitragen. Im Westen

gleich seit Ende der 1960er Jahre die hohen Geburtenraten der GastarbeiterInnen die Bevölkerungszahl aus. In der DDR war der Ausländeranteil mit ca. 1 % sehr gering, außerdem dehnte sich die Familienpolitik (wie auch die sonstige Rechtsprechung) nicht auf die ausländischen EinwohnerInnen aus. Vietnamesinnen z. B. wurden bei Eintreten der Schwangerschaft in ihr Heimatland zurückgeschickt. Trotz der Bildungsoffensive konzentrierten sich die Hauptbereiche für Frauen im mittleren administrativen Bereich, in sozialhelferischen Tätigkeiten oder in schwerer, monotoner Fabrikarbeit, z. B. am Fließband. Gesellschaftlicher Aufstieg hing außerdem ganz wesentlich von der Loyalität gegenüber der herrschenden Kaste und ihren Institutionen ab. Die Verbesserung der Karrieremöglichkeiten wirkte sich aber stärker auf Frauen der Bürokratschicht aus, während Männer weiterhin das Management besetzten.

Die von Mädchen und Jungen bevorzugten Ausbildungsbereiche unterschieden sich in der DDR kaum von denen der Jugendlichen

in der BRD. Hier wie dort, damals wie heute konzentrierte sich die Mehrheit der Auszubildenden auf wenige Berufe. Trotz aller Betonung der Gleichheit für ArbeiterInnen, Bauern/Bäuerinnen und Intelligenz, trotz aller Behauptungen, die Chancengleichheit für ArbeiterInnenkinder zu erhöhen und v. a. ArbeiterInnen- und Bauern-/Bäuerinnenkinder studieren lassen zu wollen, war auch in der DDR die Ausbildungschance von Akademikerkindern höher als von Kindern mit Eltern, die eine acht- bis zehnjährige Schulzeit absolviert hatten. Andererseits gab es eine Reihe von Maßnahmen, um der traditionellen Benachteiligung von Nichtakademikerkindern positiv entgegenzuwirken. So waren der Anteil und v. a. die realen Chancen für ArbeiterInnenkinder zu studieren besser als in der BRD.

Die stalinistische Methode zur Produktionssteigerung war nicht eine Verstärkung der Technologie-Investition, sondern meist eine rein quantitative Ausdehnung der Produktion. Durch die bürokratische Unterdrückung und Gängelung des Proletariats wurden nicht nur der Anreiz sondern auch fast alle strukturellen Möglichkeiten für die Planung und Verbesserung der Produktion beschnitten. Daher mussten die Anzahl der Arbeitskräfte erhöht und auch Frauen in Industrie und Landwirtschaft eingesetzt werden. Gleichzeitig erforderte das aber auch, für eine ausreichende Anzahl von Arbeitskräften in der Zukunft zu sorgen, was durch die Geburtenförderung erreicht werden sollte.

## **Beruf und Familie**

Seit Mitte der 1960er Jahre führten sinkende Geburtenraten und steigende Scheidungsquoten zu einer frauenpolitischen Kurskorrektur: Frauenpolitik wurde in Familien- und Mütterpolitik umgewandelt. Die Drei-Kind-Familie wurde propagiert, um die einfache Reproduktion zu gewährleisten. Das 1950 wieder eingeführte Abtreibungsverbot

hatte die Zahl illegaler Abtreibungen in die Höhe schnellen lassen, was 1972 dazu führte, dass die Schwangerschaftsunterbrechung gesetzlich freigegeben wurde (4) - übrigens das einzige Gesetz, bei dem die Volkskammer keine Einstimmigkeit erzielen konnte! Sozialpolitische Maßnahmen wie Ehekredite, staatliche Geburtenhilfe, Erhöhung des Schwangerschafts- und Wochenurlaubs, Arbeitszeitverkürzungen für berufstätige Mütter auf 40 Stunden bei vollem Lohnausgleich und Babyjahr flankierten diesen Wandel.

Solche Maßnahmen trugen zwar begrenzt fortschrittlichen Charakter, verfestigten aber auf der anderen Seite auch die Rolle der Frau in der Familie. Männer konnten diese Rechtsansprüche nicht gleichberechtigt wahrnehmen, was die Zuständigkeit der Frauen für den familiären Bereich untermauerte und ihre Unterdrückung festigte. Hinsichtlich der zahlenmäßigen Integration der Frauen in die Erwerbsarbeit und der damit verbundenen ökonomischen Unabhängigkeit trug die Frauenpolitik der DDR durchaus emanzipatorische Züge, die zu einem „Gleichstellungsvorsprung der DDR gegenüber der BRD“ führte. Ende der 1980er Jahre waren rund 90 % aller Frauen berufstätig, davon hatten 87 % eine abgeschlossene Berufsausbildung. Kinderbetreuungseinrichtungen deckten 95 % des Bedarfs ab. (5) Allerdings war diese Gleichberechtigung nicht von den Frauen erkämpft. Sie war „für Frauen gemacht“ und reproduzierte den Traditionalismus im Geschlechterverhältnis. Frauenarbeit hieß auch quasi „wesenhafte“ Zuständigkeit für Kinder, Familie und Hausarbeit. Sexismus in der Erziehung und strenge Arbeitsteilung waren die Norm. Mädchen wurden gedrängt, sozialhelferische und wenig qualifizierte Berufe zu ergreifen. Nur einigen wenigen Vorzeige-Arbeiterinnen wurden Möglichkeiten gegeben, in männerdominierte Bereiche vorzudringen.

## **Polarisierung**

Die Familienpolitik begünstigte soziale Polarisierungen zwischen den Geschlechtern wie gravierende Einkommensunterschiede, Differenzen hinsichtlich beruflicher Entwicklungsverläufe wie auch unterschiedliche Zeitressourcen von Männern und Frauen. Ein Drittel der Frauen war teilzeitbeschäftigt. Die Entlohnung in typischen Frauenberufen lag im Durchschnitt ein Drittel unter jener der Männer, was den Vorteil der ökonomischen Unabhängigkeit vom Mann wieder schmälerte. Die Trennung vom Mann bedeutete auch im Stalinismus einen Verlust an Lebensstandard. Auch in der DDR besetzten Frauen die unteren Ränge der betrieblichen Hierarchie und jene gesellschaftlichen Arbeitsfelder, die neben einem geringeren Durchschnittseinkommen auch einen niedrigeren Status besaßen, während Männer weiterhin das politische Leben in Partei, Betrieben und Gewerkschaften dominierten.

Die Notwendigkeit, Beruf und Mutterschaft miteinander zu vereinbaren, führte dazu, dass Frauen häufiger als Männer in Berufe wechselten, die unterhalb ihrer Qualifikation lagen, oder dass sie Qualifizierungsmöglichkeiten nur beschränkt wahrnehmen konnten und beruflich nicht so flexibel waren. Auch bildungspolitische Beschränkungen und betriebliche Rekrutierungsstrategien trugen zur Aufrechterhaltung von geschlechtsspezifischen Branchenaufteilungen bei. Trotz existierender Frauenförderungspläne ermöglichten sie den Betrieben, die bürokratische Entscheidung über die Vergabe von Ausbildungsplätzen, den Anteil weiblicher Lehrlinge gering zu halten. Nach der familienpolitischen Wende stiegen die Scheidungsquoten, was nur scheinbar ein Widerspruch ist und eine gewisse Rebellion der Frauen ausdrückt. Erstens hatte die Frauenpolitik die Frauen verändert, die Männer aber kaum. Zweitens blieben die Frauen dennoch in traditionellen Geschlechterstrukturen und Stereotypen gefangen. Steigende Scheidungsquoten gingen mit hohen Wiederverheiratungsraten einher. (6) Der Anteil der nichtehelichen Lebensgemeinschaften betrug dagegen im Osten wie im Westen ca. 8 %.

80 % der Mitte der 1980er Jahre



befragten Jugendlichen hatten in der Schule die Erfahrung gemacht, dass man nicht sagen durfte, was man dachte, ohne Nachteile befürchten zu müssen. Formalismus und Routine bestimmten den Schulalltag. Der „vormundschaftliche“ Staat verlängerte sich auf diese Weise in die Schule hinein und verwies die SchülerInnen auf die Position der Unmündigen, Abhängigen, Geleiteten. Die Familie war für viele eine vertraute Alternative, eine Art Gegenstruktur. Männer waren trotz der Berufstätigkeit der Frau immer noch die Hauptverdiener. Auch die Arbeitsteilung in der Familie erfolgte nach geschlechtsspezifischem Muster und prägte die Wertorientierungen Heranwachsender. Bis heute hat die Familie für die Ostdeutschen einen hohen Stellenwert, dabei haben die Auffassungen über geschlechtsspezifische Zuständigkeiten überdauert. (7)

## Widersprüche

Die Errungenschaften der DDR in Bezug auf die Gleichberechtigung der Frauen waren vielfältig, unzureichend und widersprüchlich. Dem hohen Grad der Einbeziehung von Frauen ins Berufsleben (v. a. auch im Bereich der Industrie im Vergleich zum Westen), ihrer größeren ökonomischen Unabhängigkeit und damit zusammenhängend ihrem größeren Selbstbewusstsein standen auf der anderen Seite eine enorme Doppelbelastung im Alltag und eine nach wie vor überproportional starke Einbindung in Familie und Haushalt und das Fehlen eigenständiger Organisations- und Artikulationsmöglichkeiten in Politik und Gesellschaft gegenüber. Die sozialen Errungenschaften der DDR – die Planung der Wirtschaft, die Abschaffung des Privateigentums und die weitgehende Überwindung der Klassendifferenzierung – waren eine Basis, die nicht nur positiv für die Durchsetzung der Gleichberechtigung der Frau, sondern historisch gesehen sogar eine unverzichtbare Bedingung für die Erreichung dieses Zieles ist.

Doch die Herrschaft der bürokratischen Kaste der StalinistInnen verhinderte eine wirkliche Emanzipation der Frau doppelt: zum einen durch eine Frauenpolitik, die die vom Marxismus postulierte

Ziele und Bedingungen ihrer Befreiung ignorierte und sie stattdessen den bornierten Bedürfnissen der Reproduktion ihres starren Gesellschaftsgefüges opferte; zum anderen, indem die Bürokratie die Weiterentwicklung der Gesellschaft Richtung Sozialismus blockierte und das Proletariat als deren Akteur fesselte. Das Beispiel von 40 Jahren DDR zeigt die historische Möglichkeit der Frauenbefreiung im Sozialismus wie auch die Unmöglichkeit, dieses Ziel mit den Mitteln des Stalinismus zu erreichen.

## **Kapitalistische Restauration**

Aufgrund der Wiedervereinigung mit der imperialistischen BRD hat der Restaurationsprozess im Osten Deutschlands eine gewisse Sonderstellung in der Restauration Osteuropas.

Trotz fast vollständiger Integration der Frauen in das Erwerbssystem der DDR war die geschlechtsspezifische Aufteilung der Erwerbsarbeit kaum in Frage gestellt, in manchen Bereichen eher noch verschärft worden. Relativ stabil blieben auch die für weibliche Erwerbsarbeit typischen Merkmale wie niedrigere Bezahlung typischer Frauenberufe; geringere Aufstiegschancen; schlechtere Bedingungen, höhere Qualifikationen auch tatsächlich anzuwenden. Für die Frauen der DDR wirkte Westdeutschland attraktiv durch die vermeintlichen demokratischen und individuellen Freiheiten, durch seinen Reichtum, das Konsumgüterangebot, die moderne Kleidung und durch gewisse sexuelle Freiheiten der Frauen des Westens.

Diese Attraktivität ging schnell verloren, als Marktpreise für Wohnen, Nahrung, Kinderbetreuung usw. bezahlt werden mussten. Die Einkommen im Osten stagnieren, während für Sozialversicherungspflichtige die Beitragsbemessungsobergrenzen weiter angepasst und die Beitragssätze zur gesetzlichen Krankenversicherung

angehoben

wurden. Für die Frauen Ostdeutschlands, die keine Alternative zum Hausfrauendasein

haben, wurde die Abhängigkeit vom Einkommen des Mannes zur Kette, die sie an die Familie schmiedete. Merkmale feminisierter Armut schlugen nun auch voll auf den Osten Deutschlands durch. Hauptgruppen sind wie im Westen alleinerziehende

Mütter, arbeitslose Frauen und Frauen (Witwen) ohne eigene Versichertenrente. Dazu kommt, dass bei Frauen aller Altersgruppen Einkommensarmut häufiger auftritt als bei Männern. Auch schon während der Wende gab es Aktionen von Frauen für das Weiterbestehen der Kindereinrichtungen und der fortschrittlicheren Abtreibungsgesetze. Frauen waren auch aktiv im Kampf gegen den Stalinismus.

Mit wachsendem Selbstbewusstsein der

reaktionären Kräfte ließen die Mobilisierungen der Frauen jedoch nach. Das lag u. a. auch daran, dass es in den Organisationen der ArbeiterInnenbewegung in der DDR (SED, FDGB) keine eigenständigen Organisations- und Artikulationsmöglichkeiten für Frauen gab und in der Wendezeit dieses Problem kaum gesehen wurde bzw. der Kampf darum durch die Gründung alternativer Organisationen wie dem Unabhängigen Frauenverband (UFV) ersetzt wurde.

Mit dem Umschlagen der Revolution in die

Konterrevolution änderten sich auch die Themen und die Organisationen der Frauen. Obwohl sie in Gestalt des UFV 1989 am „Runden Tisch“ teilnahmen, wurden

im Zuge der Restauration ihre Interessen von allen Parteien übergeben.

Der FDGB, dem vor der Wende fast alle

Werktätigen angehörten, löste sich am 30. September 1990 formal auf, nachdem er

auf seinem letzten Kongreß die Satzung so geändert hatte, dass sich der Organisationsbereich des DGB nun auch auf die fünf neuen Länder und Ost-Berlin erstreckte. Es gab nur Einzelübertritte vom FDGB in den DGB, die

Organisationsstrukturen in den neuen Bundesländern wurden faktisch neu aufgebaut.

Die Übernahme von FunktionärInnen des FDGB in den DGB war selten.

Im ersten Jahr der Einigung konnte der DGB im Osten zunächst einen höheren Organisationsgrad verbuchen als im Westen, aber

bedingt durch Arbeitslosigkeit und die Umstrukturierung der Wirtschaft ging er wieder zurück. Ende 1992 hatte der DGB 11 Millionen Mitglieder, davon 7,9 Millionen in den alten und 3,1 Millionen in den neuen Bundesländern. Der Anteil der weiblichen Mitglieder betrug in der Gruppe der ArbeiterInnen 32 %, in der Gruppe der Angestellten 56,4 % und bei den BeamtInnen 22,3 %.

## Gewerkschaften

Zum Absinken des gewerkschaftlichen

Organisationsgrades hat die Politik der Gewerkschaftsführung selbst in einem nicht unerheblichen Maße beigetragen. Das deutsche Kapital zehrt noch heute, fast ein Jahrzehnt nach der Wende, von der Bereitwilligkeit der Gewerkschaftsführung, das Proletariat im Kampf gegen die sozialen Auswirkungen

der Restauration zurückzuhalten und die Spaltung in ost- und westdeutsche ArbeiterInnenklasse zu zementieren. Noch immer erhalten die ArbeiterInnen im Osten einen geringeren Lohn als im Westen. Wie wenig die von der Gewerkschaftsführung für den Osten favorisierten Abwiegelungsmodelle wie „Beschäftigungsgesellschaften“, ABM u. ä., die v. a. dazu dienten, den Anschein vorübergehender Strukturanpassungsmaßnahmen aufrechtzuerhalten,

geeignet sind, einen „gesamtgesellschaftlichen Ausgleich der sozialen Härten“ der Restauration zu erreichen, wird nun, nachdem der kurze Nach-Wende-Boom vorbei ist und die Krise auf Gesamtdeutschland durchschlägt, immer offensichtlicher.

Der seit Juni 1990 festzustellende überproportionale Anteil von Frauen an den Arbeitslosen ist ein klares Indiz dafür, dass der Umbau des Wirtschaftssystems in der Ex-DDR keineswegs geschlechtsneutral verläuft. (8) Der im April 1991 erstmalig in den neuen Ländern durchgeführte Mikrozensus zeigte, dass die Erwerbsquote der Frauen von ca. 90 % auf 73 % gesunken war. Zwischen 1990 und 1992 wurden 2/3 der ostdeutschen Industrie zerstört. 1992 waren nur noch 750.000 in Industrie und Handel vollbeschäftigt. Das entsprach etwa einem Viertel des Beschäftigungsstandes von 1990. Die landwirtschaftliche Produktion sank bis Mitte 1992 auf die Hälfte. 1989 hatte die ostdeutsche Wirtschaft 9,6 Mio. Beschäftigte. 1992 waren 4 Mio. davon arbeitslos, in Kurzarbeit oder (als PendlerInnen, PensionistInnen, Hausfrauen u. ä.) vom Arbeitsmarkt verschwunden. (9)

## **Arbeitslosigkeit**

Dabei erwies sich zunächst nicht so sehr das Entlassungsrisiko als geschlechtsspezifisch. Vielmehr sind die Chancen, ein neues Beschäftigungsverhältnis einzugehen, für Frauen geringer. 1995 betrug die „stille Reserve“, die keine Chance zu einem Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt hat, 2,3 Millionen. Immer größer werdende Zahlen an Langzeitarbeitslosen und die sinkende Bezugsdauer von Arbeitslosengeld führen dazu, dass die Zahl jener, die gleich an die Sozialbehörden verwiesen werden, wächst. So gab es 1995 300.000 Beschäftigte, die auf Sozialhilfe angewiesen und 2,5 Mio. Arbeitslose (Ostdeutschland), die wegen der niedrigen Lohnersatzleistungen teilweise zusätzlich auf Sozialhilfe angewiesen waren.

Die strukturellen Veränderungen des Erwerbssystems sind gekennzeichnet durch einen nachhaltigen Branchenumbau. Grundtendenz ist dabei die Verminderung des Frauenanteils innerhalb der verschiedenen Wirtschaftsbereiche. Diese Tendenz setzt sich unabhängig durch, ob es sich um eine Branche im Aufschwung, eine niedergehende oder

stagnierende

handelt, oder ob es sich um eher männer- oder frauentypische Erwerbsfelder handelt:

- In der DDR frauentypische Branchen werden zu Mischbranchen (Handel, Banken, Versicherungen u. a. Dienstleistungen). Unter den Bedingungen eines veränderten Arbeitsmarktes reflektieren Männer verstärkt auf diese Bereiche. In den privatisierten Ex-Treuhandfirmen des Dienstleistungsbereiches ist bis 1992 der Frauenanteil von 71 % auf 53 % zurückgegangen. Außerdem stagnieren die primären Dienstleistungen und die einfachen Bürotätigkeiten, während die qualifizierten sekundären Dienstleistungsbereiche ausgeweitet werden.

- Mischbranchen werden zu männerdominierten Branchen (übriges verarbeitendes Gewerbe, Landwirtschaft, Verkehr, Bahn, Post).
- Traditionell schon zu DDR-Zeiten männertypische Branchen schließen sich weiter gegen Frauenerwerbsarbeit ab (Bergbau, Energiegewinnung, Bauwirtschaft, Metall-/Elektroindustrie). (10)

Geschlechtsspezifisch differenzierte

Entwicklungsverläufe sind auch hinsichtlich der beruflichen Stellung zu beobachten. Bereits im Frühjahr 1991 waren kaum noch Frauen in Leitungspositionen beschäftigt. Bei hochqualifizierten Führungs- und Berufspositionen beträgt der Frauenanteil deutlich unter einem Zehntel. (Nur bei einigen akademischen Berufen sind die Frauen in der Überzahl: Lehrerinnen 55 %, Schulleitung jedoch nur 20 %, Ärztinnen und Apothekerinnen 46 %). (11) Damit haben sich auch die Einkommensunterschiede zwischen Frauen und Männern weiter verstärkt. Während 1991 von den männlichen Erwerbstätigen 7 % ein Nettoeinkommen von mehr als 5.000 Mark monatlich hatten, waren es bei den Frauen nur 0,8 %.

Frauen sind auch häufiger als Männer von Kurzarbeit betroffen, da sie häufiger in Kleinbetrieben ohne Zuschusszahlungen tätig sind und sich auf Verwaltungs- und Dienstleistungsberufe konzentrieren, die auch in kurzarbeitenden Betrieben von Entlassungen betroffen sind.

Einzelne Berufsgruppen sind überproportional von Frauen besetzt: Tierpflege, Textilverarbeitung, Warenkaufleute, Bürofachkräfte, ärztliche Pflege- und Hilfsberufe, Sozialpflegeberufe, Reinigungsdienste. (12) Weniger als 36 Stunden wöchentlich arbeiten 3,4 % der Männer und 32,6 % der Frauen. 1991 betrug der Anteil der Frauen bei den Selbstständigen 25,7 %, bei den mithelfenden Familienangehörigen 84 %, bei den BeamtInnen 22,3 %, bei den Angestellten 56,2 % und bei den ArbeiterInnen 29,8 %.

## **Erwerbsneigung**

Die Erwerbsneigung ostdeutscher Frauen ist wie die Orientierung auf die prinzipielle Vereinbarkeit von Beruf und Familie nahezu ungebrochen. Für 1991 seien folgende Vergleichszahlen für erwerbstätige Frauen mit Kindern genannt: Von 100 Frauen der Altersgruppe der 25-29-Jährigen arbeiteten in den neuen Bundesländern 81, in den alten Bundesländern 50; von der Altersgruppe der 30-34-Jährigen arbeiteten in den neuen Bundesländern 84 und in den alten 54. Eine möglichst kontinuierliche Erwerbstätigkeit der Frauen gehört nicht nur zu den kulturellen Erfahrungen der Frauen, sondern auch der Männer.

Ostdeutsche Männer halten es zu 93 % für selbstverständlich, dass ihre Partnerin erwerbstätig ist, wenn keine Kinder im Haushalt leben (75 % der westdeutschen Männer). Ist ein Kleinkind zu versorgen, so sind 54 % der ostdeutschen Männer für eine Teilzeitbeschäftigung der Frau (21 % der westdeutschen Männer). Unter

diesen Bedingungen plädieren 78 % der westdeutschen Männer für einen Ausstieg aus dem Beruf (ostdeutsche 37 %). (13) Für die Mehrzahl der ostdeutschen Frauen vollzieht sich der Ausstieg aus der Erwerbsarbeit nicht als familienbedingte Unterbrechung, sondern als unfreiwilliger Verlust des Arbeitsplatzes.

## **Warteschleife**

Dementsprechend zeigen sie durchaus Mobilität und Flexibilität, wenn es darum geht, sich auf neue Arbeitszusammenhänge einzulassen: Qualifizierung, ABM-Maßnahmen und Projektbeschäftigung werden als Mittel gesehen, um sich im Erwerbssystem zu halten. 2 Mio. insgesamt „entlasteten“ 1995 den Arbeitsmarkt durch solche „arbeitsmarktpolitischen Instrumente“. 500.000 hatte der öffentlich geförderte „zweite Arbeitsmarkt“ (ABS, ABM, §249 AFG) zur gleichen Zeit aufgesogen. Die Beschäftigung von Frauen nimmt auch auf dem „dritten Arbeitsmarkt“ zu, der durch die Legalisierung der Beschäftigung von Arbeitslosen oder SozialhilfeempfängerInnen außerhalb des Tarifsystems entsteht und ständig wächst. Gleichzeitig nimmt die „geringfügige Beschäftigung“ (nicht versicherungspflichtige Teilzeitarbeit unter 20 Stunden) zu. 1995 waren in der gesamten BRD 2,5 Mio. „geringfügig beschäftigt“.

Im Zuge härter werdender Verteilungskämpfe werden sich die geschlechtsspezifischen Differenzierungslinien wie die zwischen den einzelnen Frauengruppen auch entlang solcher Merkmale wie Mutterschaft oder kinderlos, alleinerziehend oder mit Partner, Kinderanzahl usw. vertiefen. Die ausschließliche Zuständigkeit für Haushalt und Kinder schränkt die räumliche und zeitliche Mobilität der Frauen ein. Die weitere Schließung von Kinderbetreuungseinrichtungen und die Verkürzung der Öffnungszeiten unter dem Vorwand der „geburtenschwachen Jahrgänge“ führen zu weiterer



## Benachteiligung von Frauen auf dem Arbeitsmarkt.

Frauen, insbesondere Ostfrauen, zählen schon heute zu den „Unterversorgungsrisikogruppen“ genauso wie kinderreiche Haushalte in Ost und West. Das materielle Lebensniveau sinkt eindeutig mit steigender Kinderzahl. Sinkende Geburtenraten (14) wie rückläufige Eheschließungs- (15) und Scheidungsquoten (16) zeigen, dass auch im Osten die Risiken der Individualisierung durch eine veränderte Lebensplanung minimiert werden sollen. (17) Vor allem Alleinerziehende (18) – überwiegend Frauen; der Anteil der alleinerziehenden Männer betrug 1991 in Deutschland 14 % – sind in den neuen Bundesländern von den Umstellungen auf dem Arbeitsmarkt betroffen.

Gründe dafür sind v. a. der Wegfall des Kinderbetreuungsnetzes, die zeitlichen und räumlichen Grenzen für Umschulungsmöglichkeiten oder die durch die Überbelastung bedingte erhebliche Reduktion von sozialen Kontakten.

Nur 3 % der ostdeutschen Frauen können sich ein Leben als „Hausfrau“ vorstellen. 2/3 der Frauen würde auch arbeiten, wenn sie das Geld nicht bräuchten. Aber inzwischen sind es fast 46 %, die eine Unterbrechung der Erwerbsarbeit für die Kinderbetreuung ins Auge fassen (Dreiphasenmodell). (19) Arbeitslosigkeit und Mangel an bezahlbaren wie an Kinderbetreuungseinrichtungen überhaupt zwingen die Frauen oft, zu Hause zu bleiben. Gleichzeitig sind immer mehr Beschäftigte zu schlecht bezahlter Arbeit gezwungen. (20)

## **Ungleichheit**

Obwohl sich im Westen Deutschlands die Quoten der Chancengleichheit durch verbesserte höhere Schulbildung bei Jungen und Mädchen angeglichen haben, wobei die Mädchen in vielen Positionen sogar eine deutliche Überlegenheit zeigen, so ist die Schlechterstellung von Frauen

in der späteren Arbeits- und Berufswelt eindeutig dokumentierbar.

Entgegen den Behauptungen der durch die Wende endlich erreichten „Freiheit“ erweist sich die deutsche Nachwende-Realität als wenig segensreich für Frauen. Unter dem Druck des mit der Restauration wiedereingeführten Mehrwertgesetzes als Grundprinzip des Wirtschaftens sind eine ganze Reihe von sozialpolitischen Errungenschaften der DDR entweder beseitigt, eingeschränkt oder kaum noch erschwinglich geworden. Weniger oder kaum noch erschwingliche Kinderbetreuung stellt Frauen stärker als in der DDR vor die Alternative Beruf oder Kinder.

Wachsender Leistungsdruck in den Arbeitsverhältnissen erschwert eine Berufstätigkeit für Frauen (v. a. mit Kindern) zusätzlich. Trotz gewisser Verbesserungen und Erleichterungen im Alltagsleben ist die traditionelle Rolle der Frau innerhalb von Familie und Haushalt weiter ungebrochen und teilweise sogar verstärkt worden. Dazu trägt auch das über die Medien massiv verbreitete tradierte Frauenbild bei.

Vor allem aber ist die Stellung der Frauen innerhalb der ArbeiterInnenbewegung und im Klassenkampf keine bessere als zu Zeiten der DDR. Gerade eine solch eigenständige und aktive Beteiligung von Frauen im Klassenkampf ist aber die entscheidende Bedingung für die Überwindung der Benachteiligung und Unterdrückung von Frauen in der Gesellschaft. Der DFD bildete in der Volkskammer eine eigene Fraktion, der zuletzt 35 Frauen angehörten und deren hauptamtliche Funktionärinnen – überwiegend SED-Mitglieder – die Aufgabe hatten, die Politik der Partei im DFD durchzusetzen.

Mit dem Entstehen der Oppositionsbewegung der DDR Ende der siebziger und in den achtziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts entstanden auch reine Frauengruppen um ökologische oder

friedenssichernde Fragen wie z. B. die Initiative „Frauen für den Frieden“, die sich aus Protest gegen das 1982 verabschiedete neue Wehrdienstgesetz gegründet hatte, dem zufolge im Verteidigungsfall auch Frauen eingezogen werden sollten. Diese Frauengruppen, die zusammen etwa 300 Mitglieder zählten, trafen sich unter dem Dach der evangelischen Kirche.

Noch 1948 hatte die SMAD die Gründung der Evangelischen Kirche Deutschlands in Eisenach als „kirchliche Vorwegnahme der staatlichen Wiedervereinigung“ begrüßt. Die katholischen Bistümer Fulda, Osnabrück, Paderborn und Würzburg ragten in das DDR-Territorium, was zusammen mit der Gründung der EKD und den alle zwei Jahre im Wechsel stattfindenden Katholikentagen und evangelischen Kirchentagen eine gesamtdeutsche Klammer bildete. Obwohl die SED bestrebt war, den Einfluss der Kirchen zurückzudrängen, und zuletzt der Anteil der Kirchenzugehörigkeit deutlich unter 30 % (in den Industriezentren unter 10 %) gesunken war, ließ sich die stalinistische Partei von der „Weltöffentlichkeit“, die sie an das „welthistorische Erbe“ gemahnte, und im Interesse der „friedlichen Koexistenz“ zu einem kirchenpolitischen Zickzackkurs verleiten.

Die Kirche stellte den DDR-Oppositionellen die Kommunikationshilfe zur Verfügung, mit der sie Kontakt mit Gleichgesinnten außerhalb der DDR unterhalten konnten. Die DDR-Oppositionellen, auch die Frauengruppen, waren stark von westlichen Ideologien wie Pazifismus und Feminismus beeinflusst und konnten sich nicht aus der Kleinbürgerlichkeit der Bürgerbewegung lösen. Ihre Forderungen umfassten Quotenregelungen auf allen Parteiebenen, für alle Funktionen und Mandate, spezielle Frauengremien im Staatsapparat, in Parteien und Gewerkschaften sowie flexible, familienorientierte Arbeitszeiten. Diese Forderungen übernahmen während der Wende - mal stärker, mal weniger betont - alle Parteien, so auch die DDR-CDU, die mit 46 % den stärksten Frauenanteil hatte.

## Am „Runden Tisch“

Unter dem Slogan „Ohne Frauen ist kein Staat zu machen“ konstituierte sich im Dezember 1989 der UFV als Dachverband von damals 20 Gruppierungen. Er ging mit der Grünen Partei eine Listenverbindung für die Volkskammerwahl ein, die er jedoch wieder löste, weil sich für ihn durch seine Listenplatzierung keine Parlamentssitze ergaben. Im Februar 1990 gehörten dem Verband bereits 34 Frauengruppen an. Sie gaben sich ein Statut und ein Programm und öffneten sich 1992 auch für westdeutsche Mitglieder.

Die Tatsache, dass Mitglieder der Berliner Basisgruppen ohne Wissen der Provinzgruppen Vorsitz und Sprecherfunktion in der Organisation übernahmen, zeigt, dass sich Strukturen und Befugnisse trotz aller Betonung der „Basisdemokratie“ ohne wirkliche demokratische Legitimation durchsetzten. Die Berliner Gruppen entschieden auch über die Teilnahme und personelle Vertretung am „Runden Tisch“. Der UFV hatte im Kabinett der klassenkollaborationistischen Modrow-Regierung einen Ministerrang inne. (21)

Der Verband sah sich als eine eigenständige politische Interessengemeinschaft von Frauen und als Bestandteil der weltweiten Frauenbewegung, die „für die Abschaffung unterdrückender Herrschafts- und Denkstrukturen kämpft, die eine gewaltlose, demokratische, ökologisch stabile, sozial gerechte und multikulturelle Welt schaffen will“. Grundsätzliche Fragen wurden allerdings schon bald von akuten existentiellen Problemen überlagert. Die Frauengruppen setzten sich nun vorrangig für den Erhalt des sozialen Besitzstandes ein.

Soziale Sicherung der individuellen Existenz und Wohlfahrt, die sich in erster Linie über Erwerbsarbeit herstellt,

wurde in den letzten Jahrzehnten für Frauen immer wichtiger und hat heute schon fast den traditionellen Ausgleich der Lastenverteilung über die lebenslange Versorgung abgelöst - auch weil die Verlässlichkeit dieses Arrangements abnimmt.

Für die BRD - wie für andere imperialistische Länder auch - gab es in den letzten Jahrzehnten einen Rückgang der Schwerindustrie und der Fabrikarbeit bei einer gleichzeitigen Ausweitung der Leichtindustrie und des Dienstleistungssektors. (22) Auffällige Merkmale dieser Entwicklung der Produktionsstruktur sind der Rückgang der Beschäftigten in Land- und Forstwirtschaft, der Rückgang der Selbstständigen und mithelfenden Familienangehörigen, der Anstieg der unselbstständig Beschäftigten auf fast neun Zehntel aller Erwerbstätigen und der enorme Anstieg der Beschäftigten im Dienstleistungssektor.

## **Modernisierungstheorie**

Dieser Prozess, der dem Anstieg von Frauenarbeit zugrunde liegt, wird in der feministischen Debatte mit „Modernisierung der kapitalistischen Gesellschaft“ bezeichnet und jetzt einfach auf die Ex-DDR übertragen. D. h., der Restorationsprozess wird mit nachholender „Modernisierung“ gleichgesetzt, bei dessen Abschluss sich die Lage der Frauen auf das westliche Niveau eingeepegelt haben wird.

Inhalt der „Modernisierungstheorie“ ist, dass in allen sich industrialisierenden Ländern Urbanisierung, Alphabetisierung, politische Teilhabe, Differenzierung und Autonomie, soziale und geographische Mobilität ansteigen und die traditionelle und lokale Orientierung notwendigerweise einer nationalen und schließlich kosmopolitischen

weichen müsse. Auf die kapitalistische Wiedervereinigung bezogen heißt das: Die Mehrheit der BürgerInnen der DDR habe das Gesellschaftssystem der BRD mit Konkurrenz, Marktwirtschaft, Konsum, Mobilitätsmöglichkeit und Wohlfahrtsstaat als eines ohne Alternative anerkannt. Eindeutige „Modernisierungsrückstände“ habe es bei der Ausbildung von sozialen Bewegungen und Pluralismus, von Partizipation und einer Differenzierung der Lebensformen und Lebensstile gegeben und diese würden jetzt nachgeholt.

Diese auf reinem Empirismus aufgebaute Theorie lässt die Grundlagen, auf denen ein Gesellschaftssystem aufgebaut ist, den Boden, auf dem Urbanisierung, Alphabetisierung, Mobilität oder politische Teilhabe gedeihen und vergehen können, völlig außer Acht. Soziale Bewegungen und Pluralismus erscheinen so als „Errungenschaften“ der in der „Modernisierung“ am weitesten fortgeschrittenen Staaten und nicht als Ausdruck der Widersprüchlichkeiten des jeweiligen Gesellschaftssystems.

So übersieht der Feminismus eine der bedeutendsten Veränderungen in der Gesellschaft der Ex-DDR – ihre Differenzierung in Klassen aufgrund der Änderung der Eigentumsverhältnisse. Auch die Frauen gehören nunmehr unterschiedlichen Klassen an. Ihre verschiedenen objektiven Interessen sind mit einheitlich geschlechtsspezifischer Politik nicht mehr vereinbar.

## **Denunziation**

Zwar schlossen sich die FeministInnen nicht im vollen Ausmaß der bürgerlichen Meinungsmache an, die alle Errungenschaften der Arbeiterinnen und Arbeiter in der Ex-DDR als „stalinistische Misswirtschaft“ denunzierte, aber sie erklärten, dass der „Gleichstellungsvorsprung“ für die Frauen der EX-DDR ihnen geschenkt worden

sei

und sie jetzt, wo es die „freigiebige“ Hand der Bürokratie nicht mehr gäbe, um ihre Rechte genauso kämpfen müssten wie die Frauen im Westen.

Im Westen hatte allerdings der Feminismus wesentlichen Anteil daran, den Kampf der Frauen von dem des Proletariats zu trennen und ihn auf diese Weise in die Irre zu führen. Auch in der Frage der Wiedervereinigung ging der Feminismus von einer für alle Frauen geltenden Ausgangslage aus. Auf der Ost-West-Frauenkonferenz 1990 hatten die westlichen FeministInnen nur ihre ewige Litanei über das überall gleiche Patriarchat parat und enthielten sich jeder geistigen Anstrengung über die Aufgaben, vor denen sich die Frauen in der Ex-DDR angesichts der bevorstehenden Einengung ihres Lebens durch die Restauration gestellt sahen.

So ignorierte der Feminismus die grundlegende Aufgabe für das deutsche Proletariat, die Restauration auf dem Gebiet der ehemaligen DDR zu verhindern und die politische Revolution zu einer sozialen im Westen auszuweiten. Für ihn gab es die Frage der Errichtung einer Klassengesellschaft nicht. Die Aufgabe sollte vielmehr heißen, positive Errungenschaften der Frauen im Osten auch auf den Westen zu übertragen.

## **Feministische Ignoranz**

Zu den positiven Errungenschaften zählte für die FeministInnen an vorderster Stelle die Fristenregelung für den Schwangerschaftsabbruch, aber schon nicht mehr unbedingt der Bestand an betrieblichen Kinderbetreuungseinrichtungen. So kam von den FeministInnen bezeichnenderweise keinerlei Unterstützung für den zehnwöchigen Kitastreik im Frühjahr 1990 im Westen Berlins. Andererseits ist es dem Feminismus strukturell auch schwer möglich, selbst effektive Kampfschritte zu setzen, da der Feminismus sich ja eben gerade als „unabhängig“ von der ArbeiterInnenbewegung

sieht und aus diesem Grunde auch nichts dazu unternimmt, in den ArbeiterInnenorganisationen selbst dafür zu kämpfen, „Frauenthemen“ zu einem integralen Bestandteil der Politik dieser Organisationen zu machen. Unterstützung kam vor allem aus dem Ostteil der Stadt, wo es gleichzeitig Aktionen von Frauen gegen die Schließung von betriebseigenen Kinderbetreuungseinrichtungen gab.

Der Feminismus besteht auf der unabhängigen Organisierung von Frauen, um die Gleichheit mit den Männern in der Gesellschaft durchzusetzen. Er sieht den Kampf der Frauen als abgetrennt und unabhängig vom Klassenkampf, statt sich dafür einzusetzen, dass der Kampf gegen Frauenunterdrückung ein Teil des Kampfes der gesamten ArbeiterInnenklasse wird.

Mit dem Argument, dass die Interessen der Frauen sich nicht nur von den Männern unterschieden, sondern ihnen sogar entgegengesetzt seien, lehnt er eine gemeinsame Organisierung mit den Männern ab und plädiert für den Zusammenschluss der Frauen aller Klassen. Diese Position schwächt die ArbeiterInnenbewegung.

Radikale FeministInnen geißeln die Unfähigkeit der bürokratischen Gesellschaften und meinen, das Leid der Frauen dort habe gezeigt, dass der Sozialismus keine Garantie für die Frauenbefreiung sei. Tatsächlich war die Vergesellschaftung der Hausarbeit in der DDR völlig ungenügend (wie übrigens, wenn auch in anderer Weise auch im Kapitalismus), die Doppelbelastung durch Beruf und Haushalt war groß. Viele Errungenschaften waren auf einem so schlechten Niveau, so dass kurz nach der Wende viele Frauen froh waren, zu Hause bleiben zu können, um sich um die Familie zu kümmern. Solange sie in der schlecht organisierten, häufig monotonen und mühseligen Betriebsarbeit steckten, schien ihnen das attraktiv. Der radikale Feminismus übersieht aber, dass diese Gesellschaften nie sozialistisch waren, sondern eine Bürokratie die der ArbeiterInnenklasse zustehende Macht an sich gerissen hatte.



Der „demokratische“ Kapitalismus wurde von der Opposition (auch von den Frauengruppen), von westlichen Medien und PolitikerInnen und sogar von den StalinistInnen selbst als Ausweg aus der Krise der Planung gepriesen. Inzwischen haben auch die Frauen in der Ex-DDR gemerkt, dass ihnen der Kapitalismus keine Perspektive bietet.

Der „sozialistische Feminismus“, wenngleich weniger separatistisch, teilt dennoch die Idee, dass die Strukturen der Frauenunterdrückung getrennt von anderen Ausbeutungs- und Unterdrückungsverhältnissen existieren. Diese Idee des eigenständigen Patriarchats lässt ihn ebenfalls zu der Aussage kommen, dass Frauen sich „autonom“ organisieren sollten.

## **Kleinbürgerlich**

Die „sozialistischen Feministinnen“ betreiben in Wirklichkeit eine Politik, die den Interessen kleinbürgerlicher Frauen entgegenkommt (z. B. deren Aufstieg in Führungspositionen). Dabei bedienen sie sich durchaus systemkonformer Methoden, die sie sonst als typisch für das patriarchalische Machtgefüge anprangern, wie z. B. im Fall der gestürzten hessischen Umweltministerin Margarethe Nimsch, die es als ihre feministische Pflicht ansah, eine Parteifreundin zu begünstigen, oder der Hamburger Sozialsenatorin, die familienorientiert genug war, einer Institution, der ihr Mann als Geschäftsführer diente, einen satten Auftrag zuzuschancen.

Sozialistische FeministInnen stehen häufig im Dienst der reformistischen Parteien, die zwar verbal für die Emanzipation eintreten, konkret jedoch häufig Sozialabbau vorantreiben, der zu Lasten der Frauen geht (z. B. Privatisierung von Betrieben, öffentlichem Dienst und Sozialfürsorge).

Den „sozialistischen Feminismus“

interessieren die Sorgen und Probleme der Mehrheit der proletarischen Frauen in Wirklichkeit nicht. Die Begeisterung über den virtuellen Feminismus von Gleichstellungsbeauftragten, Frauenministerien und Quotenregelungen verleugnet

die Realität, die für die Mehrheit der Frauen, trotz größerer Einbeziehung in Produktion und gesellschaftliche Funktionen weiterhin in Unterdrückung, Schlechterstellung, Abhängigkeit vom Mann und Zuständigkeit für die Familie besteht.

Die Frauenarbeitsgemeinschaft LISA der PDS

fasst „Analyse“ und „Programm“ in zwei Sätze: „Frauen dürfen nicht länger zur Anpassung an männliche Wert- und Lebensvorstellungen gezwungen sein. Frauendiskriminierung zu beseitigen, setzt nicht nur rechtliche Gleichstellung voraus, sondern erfordert Umdenken in allen Lebensbereichen.“ (23)

Das erklärte Ziel der PDS heißt

„demokratischer Sozialismus“ und soll aus Marktwirtschaft mit parlamentarischer Demokratie und ganz viel sozialer Gerechtigkeit bestehen. Da passt es schlecht, dass es eben die Marktwirtschaft, das kapitalistische System ist, das aus der Frauenunterdrückung

genügend Vorteile zieht, um sie ständig weiter zu reproduzieren. Nicht der Kapitalismus, sondern angeblich männliche Wert- und Lebensvorstellungen zwingen

Frauen, zu niedrigeren Löhnen zu arbeiten, zwingen sie, zu gebären, zwingen sie in ungeschützte und Teilzeitarbeitsverhältnisse usw. Warum sollten Männer dann umdenken und warum hat die PDS - deren Frauenanteil unter dem der Männer liegt

- die von LISA aufgestellten, durchaus begrüßenswerten Forderungen wie ersatzlose Streichung des §218 StGB oder gleichen Lohn für gleiche Arbeit überhaupt übernommen?

# Reformismus

Vom Stalinismus, der die ArbeiterInnenklasse im Namen einer „friedlichen Koexistenz mit dem Kapitalismus“ niederhielt, ist die PDS zu einem sozialdemokratischen Reformismus konvertiert, der keine Klassen mehr kennt, sondern nur noch individuelle „Wert- und Lebensvorstellungen“, die je nach Interpretationsbedarf in von den gesellschaftlichen Verhältnissen abgekoppelte Gegensätze gestellt werden: „konservativ und reformerisch“, „rechts und links“, „männlich und weiblich“.

Natürlich ziehen auch die Männer der ArbeiterInnenklasse handfeste Vorteile aus der Frauenunterdrückung: Sie erhalten im allgemeinen bessere Löhne und haben meist bessere Arbeitsbedingungen als die Frauen. Zusätzlicher Nutzen erwächst ihnen daraus, dass die Frauen den Großteil der Hausarbeit oft zusätzlich zur Lohnarbeit machen. Die Familienstruktur verfestigt diese Situation, die sexistische Ideologie der männlichen Dominanz in ihr bringt die Männer dazu, ein Verhalten anzunehmen, das die Frauen direkt unterdrückt.

Aber die Vorteile, die Männer der ArbeiterInnenklasse aus der Frauenunterdrückung ziehen, sind in historischem Ausmaß so gering, dass die Nachteile, die sich aus der Frauenunterdrückung ergeben, unvergleichlich schwerer wiegen. Flexibilisierte Arbeitszeiten, schlechtere Arbeitsbedingungen und geringere Löhne der Frauen üben auf jene der Männer einen ständigen Druck aus. Im Verbund mit der sexistischen Ideologie wird eine Spaltung innerhalb der Klasse aufrechterhalten, die ihre kollektive Kraft schwächt. Das Proletariat insgesamt hat ein historisches Interesse am Sturz des Kapitalismus, um der Frauenunterdrückung die gesellschaftliche Grundlage zu entziehen. Die Männer der ArbeiterInnenklasse sind daher die strategischen Verbündeten der Frauen im Kampf gegen das kapitalistische System.

# Verschleierung

Diese Tatsache zu verschleiern, sind alle feministischen Richtungen, erst recht der bürgerliche Feminismus in Gestalt des Deutschen Frauenrates, bemüht. Der Deutsche Frauenrat (DF) ging 1969 aus dem „Informationsdienst für Frauenfragen“ hervor, in dem sich 1951 nach dem Zweiten Weltkrieg neu oder wieder gebildete Frauenverbände zusammengeschlossen hatten. Er versteht sich in der Traditionslinie des Bundes Deutscher Frauenvereine und „will Veränderungen ausschließlich auf den üblichen Wegen des herrschenden Gesellschaftssystems erreichen“. Dazu muß sich der DF als „überparteiliche und -konfessionelle Dachorganisation“ „am Konsens seiner Mitglieder orientieren“.

Die Vielfalt der Mitglieder spiegelt sich im Vorstand, in dem die Bundesfrauenvertretung des Deutschen BeamtInnenbundes, der Deutsche ÄrztInnenbund, der Deutsche JuristInnenbund, die Evangelische Frauenarbeit, der Katholische Deutsche Frauenbund, der Deutsche Sportbund, der JournalistInnenbund, der Deutsche Landfrauenverband und – der DGB vertreten sind. Die Monatszeitschrift des DF „Informationen für die Frau“ wird vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend finanziert. In allen 16 Bundesländern gibt es Landesfrauenräte, die eng mit dem Deutschen Frauenrat zusammenarbeiten.

Dass die Existenz dieser Organisation kaum bekannt ist, obwohl sie nach eigenen Aussagen elf Millionen Frauen einschließlich Mehrfachmitgliedschaften vertritt, zeigt, wie wenig die Belange der proletarischen Frauen und damit die tatsächlichen Probleme, vor denen der Kampf für die Frauenemanzipation gestellt ist, in diesem Gremium zum Zuge

kommen. Zur Erinnerung an die Gründung des BDF vor 100 Jahren organisierte der Deutsche Frauenrat am 5. März 1994 eine Kundgebung in Bonn gegen die „fortwährende Benachteiligung der weiblichen Bevölkerung“. Nur drei Tage später, am Internationalen Frauentag des gleichen Jahres, hatte der DF zur Benachteiligung von Frauen nicht mehr viel zu sagen.

Diese Organisation existiert trotz aller gleichstellungspolitischen Phrasen nur, um die Interessen und den Kampf der Frauen der Aufrechterhaltung des bürgerlichen Systems unterzuordnen. Die Organisationen der proletarischen Frauen haben darin nichts verloren.

## Endnoten

(1) „Beteiligung am Erwerbsleben“, Quelle: Statistisches Bundesamt.

(2) Mit einer Abiturientenquote von 13 % lag die DDR deutlich unter jener der BRD mit ca. 35 % pro Altersjahrgang.

(3) Lesart nach „Kleines politisches Wörterbuch“: „...In der sozialistischen Gesellschaft entwickelt sich die Familie auf der Grundlage des gleichen sozialen Verhältnisses ihrer Mitglieder zum sozialistischen Eigentum und der vollen Gleichberechtigung von Mann und Frau immer mehr zu einer stabilen Lebensgemeinschaft, in der die Fähigkeiten und Eigenschaften Unterstützung finden, die das Verhalten der Menschen als sozialistische Persönlichkeit bestimmen. Insbesondere für die Charakterbildung der Kinder, ihre Erziehung zu gesunden, lebensfrohen, allseitig gebildeten Menschen und bewussten StaatsbürgerInnen haben harmonische Familienbeziehungen

eine große Bedeutung. Weil die Stabilität der Familie außerordentlich wichtig für die Weiterentwicklung der ganzen Gesellschaft ist, garantiert die Verfassung der DDR u. a. jedem/r BürgerIn das Recht auf Achtung, Schutz und Förderung seiner/ihrer Ehe und Familie...“

(4) In der BRD wurde 1974 der Schwangerschaftsabbruch unter bestimmten Voraussetzungen legalisiert.

(5) Quelle: „Initial 4“: Artikel „Deutschlands Frauen nach der Wende“ von Hildegard Maria Nickel.

(6) In den alten Bundesländern waren von den 23,4 Millionen Haushalten 1991 9,4 Millionen, d. h. ca. 40 % Familienhaushalte, davon 51 % Familienhaushalte mit einem Kind und 37,8 % mit zwei Kindern. In den neuen Ländern und Ost-Berlin sind die Zahlen ganz ähnlich: 50,9 % Familienhaushalte mit einem Kind, 40,8 % mit zwei Kindern.

(7) Quelle: „Initial4“: Artikel „Deutschlands Frauen nach der Wende“ von Hildegard Maria Nickel.

(8) „Erwerbstätige nach Wirtschaftsbereichen in Deutschland, April 1991“, in: Bernd Schäfer: „Gesellschaftlicher Wandel in Deutschland“, S.185.

(9) 1,2 Millionen waren als arbeitslos registriert. Der größere Teil war in „arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen“ untergebracht bzw. verschwand durch Kurzarbeit, Frühpensionierung u. ä. aus der Statistik.

(10) Quelle: „Initial 4“: Artikel von Hildegard Maria Nickel: „Deutschlands Frauen nach der Wende“.

(11) „Frauenanteile in Spitzenpositionen verschiedener Institutionen, aus Bernd Schäfer: „Gesellschaftlicher Wandel in Deutschland“, S. 247.

(12) „Typische“ Frauenberufe sind v. a. HauswirtschaftsgehilfInnen und -verwalterInnen (97,1 %), SprechstundenhelferInnen (99,6 %), KindergärtnerInnen und -pflegerInnen (98,6 %), Krankenschwestern und -pfleger (83,6 %) und VerkäuferInnen (80,2 %) – alle Zahlen 1984 für die alten Bundesländer. (Quelle: Bernd Schäfer: „Gesellschaftlicher Wandel in Deutschland“).

(13) Quelle: „Initial 4“: Artikel von Hildegard Maria Nickel: „Deutschlands Frauen nach der Wende“.

(14) Gegenüber 1990 gab es 1991 einen Geburtenrückgang um 39,6 %. Dieses drastische Geburtentief verringerte sich 1992 nochmals um 18,1 %. (Quelle: Bernd Schäfer: „Gesellschaftlicher Wandel in Deutschland“).

(15) Der Rückgang der Eheschließungen gegenüber 1990 betrug 1991 50,4 % und sank 1992 gegenüber 1991 auf 4,5 %. (Quelle: Bernd Schäfer: „Gesellschaftlicher Wandel in Deutschland“).

(16) Der Rückgang der Ehescheidungen betrug von 1990 auf 1991 72 %. (Quelle: Bernd Schäfer: „Gesellschaftlicher Wandel in Deutschland“).

(17) Tabelle „Ehescheidungen in der BRD/DDR bzw. alten und neuen Bundesländern“, in: Bernd Schäfer: „Gesellschaftlicher Wandel in Deutschland“, S. 127.

(18) 1991 betrug der Prozentanteil nichtehelicher Geburten in Deutschland 15 % mit einem sehr hohen Anteil von 40 % in den neuen Bundesländern. (Quelle: Bernd Schäfer: „Gesellschaftlicher Wandel in Deutschland“).

(19) Quelle: „Initial 4“: Artikel von Hildegard Maria Nickel: „Deutschlands Frauen nach der Wende“.

(20) Wenn man als Schwellenwert für Armut zugrunde legt, dass weniger als 50 % des durchschnittlichen Haushaltsnettoeinkommens verfügbar sind, so mussten 1992 6,5 % aller westdeutschen Haushalte und 12,7 % aller ostdeutschen Haushalte als arm bezeichnet werden. (Quelle: Bernd Schäfer: „Gesellschaftlicher Wandel in Deutschland“).

(21) Der einzige größere Erfolg des UFV war, maßgeblich daran mitgewirkt zu haben, dass für eine Übergangszeit auf dem Gebiet der Ex-DDR die im Vergleich zum Westen fortschrittlichere Fristenregelung zum Schwangerschaftsabbruch weiterbestand. Dies spiegelt sich bis 1992 auch in den Zahlen wider: In den alten Ländern wurden 75.000 Schwangerschaften legal abgebrochen, davon fast 90 % aus „schwerer Notlage“, in den neuen Ländern (mit etwa einem Viertel der Bevölkerung) wurden 44.000 Schwangerschaften abgebrochen.

(22) „Anteile der Produktionssektoren an der Gesamtzahl der Erwerbstätigen in Deutschland seit 1950 in %“ und Tabelle „Beiträge der Wirtschaftsbereiche zum Bruttoinlandsprodukt im früheren Bundesgebiet in %“ (Quelle: Bernd Schäfer: „Gesellschaftlicher Wandel in



Deutschland“, S.183 f.). - In der DDR betrug 1990 der Anteil des primären Sektors 8,2 %, des sekundären 44,8 % und des tertiären 47 %, wobei die völlig andere Struktur des tertiären Sektors zu berücksichtigen ist. Der Dienstleistungssektor war vernachlässigt, da er als nicht-produktiv galt und dementsprechend in der Bilanzierung des gesellschaftlichen Gesamtprodukts nicht auftauchte.

(23) „Feminismus und PDS“, Internetseite der Frauenarbeitsgemeinschaft LISA in der PDS.

---

# Debatte: War die DDR ein Unrechtsstaat?

*Rex Rotmann, Revolutionärer Marxismus 52, November 2019  
(Erstveröffentlichung 2009)*

Obwohl 1989 untergegangen, ist die DDR immer noch lebendig. In schöner Regelmäßigkeit, oft aus Anlass von Jahrestagen oder wenn es darum geht, die PDS bzw. DIE LINKE zu attackieren, ist sie Gegenstand von Skandalen oder mehr oder weniger seriösen Diskussionen. Meist ist es das Thema „Stasi“, welches wie ein Damoklesschwert über jeder Darstellung der DDR oder der Beschäftigung mit bestimmten Aspekten dieses Staates schwebt. Bisweilen ist die Beschäftigung mit dem Erbe der DDR auch seriöser, z. B. wenn es um das Bildungs- oder das Gesundheitswesen des ersten deutschen ArbeiterInnenstaates geht, an denen man dann manchmal positive Seiten entdeckt. Mitunter geht es einfach nur um Ostalgie.

In jüngster Zeit war das Jubiläum von 60 Jahren (west-)deutschem Grundgesetz einigen Leuten wieder einmal Anlass, eine grundsätzliche „Charakterisierung“ der DDR vorzunehmen. Das Jubiläum des Mauerfalls vor 20 Jahren sowie die aktuelle Krise, welche Probleme wie die Verstaatlichung aufwarf oder ganz und gar den Kapitalismus in Frage stellte, rückten die DDR erneut ins Zentrum der Aufmerksamkeit.

Dass über die Demokratie-Frage erneut oder immer noch so heftig diskutiert wird (oder zumindest die bürgerlichen Medien darüber berichten), hat nicht etwa neue Erkenntnisse zur Ursache, sondern den einfachen Umstand, dass die Demokratie der heutigen Bundesrepublik ins Gerede gekommen ist. Die Wahlbeteiligung sinkt, die „Volks“parteien schwächeln, viele demokratische Grundrechte wurden und werden unterhöhlt: das Asylrecht, das Streikrecht, der Datenschutz usw. usf. Gründe genug also für die ApologetInnen der bürgerlichen Demokratie, eifrig einen monströsen „Unrechtsstaat DDR“ zu konstruieren, damit vor dessen finsterem Hintergrund die Bundesrepublik, deren demokratischer Lack immer mehr abblättert, umso heller leuchtet.

Im Mittelpunkt steht die Frage, ob die DDR ein „Unrechtsstaat“ war. Dabei geht es natürlich nicht etwa darum zu betonen, dass es in der DDR an wichtigen demokratischen Rechten (z. B. Versammlungsfreiheit, Organisationsfreiheit, Streikrecht usw. ) mangelte. Das ist allgemein bekannt und wird höchstens noch von den allerdümmsten StalinistInnen bestritten.

Es geht in der Debatte vielmehr darum zu zeigen, dass die DDR im Vergleich zur BRD grundsätzlich undemokratischer war. Die Frage der Demokratie, des „Rechtsstaats“ wird dabei zur zentralen, ja in gewissem Sinn zur einzigen Frage, um die es bei der Einschätzung der DDR geht.

Allein schon daran wird die idealistische Methode der Betrachtung deutlich. Nicht etwa die Frage nach den materiellen, ökonomischen Verhältnissen, auf denen sich rechtliche, politische u. a. Systeme gründen, ist von Interesse, sondern die „Demokratie an sich“. Dass jedes Recht wie auch jede

Politik letztlich den (ökonomischen) Interessen einer Klasse dient, bleibt dabei ausgespart. Doch immerhin setzt z. B. das Eigentumsrecht auch ein handfestes Eigentum voraus, ohne das ein Gesetz einfach nur eine Fata Morgana wäre.

Diese „Aussparung“ hat freilich Gründe. Einmal lenkt man von der wesentlichen Frage des Eigentums an Produktionsmitteln ab, zum anderen stellt man so die „Demokratie“ auch gleich als Wert an sich, als Struktur dar, die sich scheinbar nur aus abstrakten Ideen ableiten würde. Doch schon Marx postulierte, dass das Recht nie höher stehen könne, als die materielle Basis, auf dem es sich erhebt.

## **Demokratie konkret**

Ein Beispiel. Dass es in der DDR nur wenige hundert RechtsanwältInnen gab, wird von einigen KommentatorInnen so interpretiert, dass ein wichtiges Rechtsinstrument fast ganz fehlte. Tatsächlich gibt es auch in Ostdeutschland inzwischen tausende, ja vielleicht zehntausende RechtsanwältInnen. Doch ob es deren in der DDR nun zu wenige gab oder nicht - die entscheidende Frage ist eine ganz andere: Warum musste es so wenige geben? Die Antwort darauf ist relativ leicht, wenn man bedenkt, dass es wesentliche Dinge, die eine/n Anwalt/Anwältin erfordern, nicht gab: erstens konkurrierende PrivateigentümerInnen, die miteinander um ihr Eigentum oder deren Verwertung streiten; zweitens einen Markt, der nach Verwertungskriterien funktioniert. So waren Grund und Boden Volkseigentum oder - soweit privat - gab es klare Regelungen, so dass niemand wie im Kapitalismus als MaklerIn mit Immobilien Profit machen konnte. Dieses Fehlen so wesentlicher Merkmale des Kapitalismus ist - ganz nebenbei - auch ein klares Indiz dafür, dass die DDR kein Staatskapitalismus war.

Nach der „Wende“ konnten die

DDR-BürgerInnen mit der Wiedereinführung des Kapitalismus ganz hautnah erleben,  
wie diese auch mit einer alles und alle erfassenden „Verrechtlichung“ einherging; jede Sache war plötzlich hoch kompliziert. So, wie die Konkurrenz, wie „die Wirtschaft“, sich anarchisch hinter dem Rücken der AkteurInnen durchsetzt, genauso spreizt sich die Demokratie vor unseren Augen.

Der „Rechtsstaat“ Bundesrepublik zeichnet sich u. a. dadurch aus, dass er ein riesiges Gestrüpp von Regelungen, Gesetzen, Institutionen kennt, um das Phänomen der Arbeitslosigkeit zu regeln (Hartz IV-EmpfängerInnen würden eher sagen: um Arbeitslose zu schikanieren). Soviel Juristerei gab es in der DDR dazu nicht. Da gab es tatsächlich einen echten Mangel - an Lohnarbeitslosigkeit.

Nur der Vollständigkeit halber sei noch darauf hingewiesen, dass die Juristerei komplett unproduktive Arbeit darstellt. Eine Gesellschaft, die sich davon eine Menge sparen kann - nicht, weil sie sie willkürlich abschafft, sondern weil diese nicht mehr nötig ist -, ist dann insofern eine produktivere. Dass die DDR in einigen Bereichen dazu fähig war, zeigt, dass sie tatsächlich - trotz all ihrer riesigen stalinistischen Verkümmernungen, ihrer bürokratischen Wucherungen und ihrer nationalbornierten Kleinbürgerlichkeit - im Ansatz auch eine Gesellschaft des Übergangs zu einer neuen Ordnung verkörperte. Diese Dimension des „Nicht mehr Brauchens“ steckt schon in Marx' Postulat, dass der Staat im Kommunismus abgestorben sein wird.

## **Welche Demokratie?**

Ein Zweck der Unrechtsstaats-Debatte ist (ob gewollt oder ungewollt) eine doppelte Verschleierung. Zum einen wird der wahre Charakter der Demokratie im Westen vertuscht. Sie erscheint nicht als ein spezifisches Instrument der Herrschaft der Bourgeoisie (neben anderen,

z. B. der Militärdiktatur oder des Faschismus), um deren Herrschaft zu verhüllen. Auch die formelle Form dieser Demokratie wird nicht betrachtet, geschweige denn kritisiert. So sind Gewählte weder jederzeit kontrollierbar noch abwählbar. Das Gros des Staatsapparates ist nicht wählbar (Armee, Polizei, BeamtInnen, RichterInnen usw.). Entscheidende Fragen der Gesellschaft wie die Wirtschaft, das Privateigentum usw. stehen überhaupt nicht zur Wahl.

Doch auch die Demokratie der DDR wird verschleiert, nämlich insofern, als sie als typisch für den Sozialismus/Kommunismus dargestellt und deren Geschichte, die eben auch und vor allem eine Geschichte der Verhinderung, ja Zerstörung alternativer Formen von Demokratie durch den Stalinismus war, ausgeblendet wird.

Im Grunde hat schon Walter Ulbricht die Demokratie gut beschrieben, als er einmal sagte: „Wir müssen alles in der Hand haben und es trotzdem demokratisch aussehen lassen.“ Ulbricht meinte damit die DDR, aber es würde auch auf die BRD perfekt passen. Wenn man die DDR-Demokratie auf eine kurze Formel bringen wollte, könnte man sagen, dass sie zwei Seiten hatte.

Eine war die fast lückenlose Machtmaschine aus Stasi, Polizei, Bürokratie und Partei. Trotzki bemerkte einmal durchaus zutreffend, dass der stalinistische Staat in seiner Form (nicht in seiner Funktion!) dem faschistischen sehr ähnlich ist. Die andere Seite bestand aus dem Torso einer bürgerlichen Demokratie mit Parteien, Wahlen usw. Es ist bezeichnend, dass der Stalinismus fast jede Form von direkter Massendemokratie, von Räten, Fabrikkomitees usw. verbot oder zerschlug, jedoch keinen Aufwand scheute, seine aberwitzige Karikatur von bürgerlicher Demokratie aufzupolieren.

## **ArbeiterInnendemokratie**

Doch auch auf dem Boden der ehemaligen DDR gab es Ansätze einer anderen Demokratie. Als nach 1945 die Nazis geflohen oder verhaftet waren, nahmen die ArbeiterInnen es selbst in die Hand, die Betriebe wieder aufzubauen und in Gang zu setzen. Das war ArbeiterInnenselbstverwaltung.

Doch es fehlte eine politische Führung, die diese Ansätze zu einem System von geplanter Produktion unter ArbeiterInnenkontrolle hätte weiterentwickeln können

oder wollen. So war es der sowjetischen Militäradministration (SMAD) möglich, die Betriebe der realen Verfügungsgewalt der ArbeiterInnen wieder zu entwinden,

indem sie sie zu sowjetischem Eigentum erklärte, womit diese dann der Moskauer Bürokratie unterstanden. Das war der erste, besondere Schritt Richtung bürokratische Planwirtschaft, bei der die ArbeiterInnenklasse viel zu arbeiten, aber wenig zu sagen hatte.

Auch wenn die KommentatorInnen alljährlich des ArbeiterInnenaufstands in der DDR im Juni 1953 gedenken, wird fein säuberlich ausgespart, dass es damals eben nicht nur um bürgerliche „Demokratie“ ging, sondern viele Losungen und Forderungen dezidiert die direkte

Machtausübung der ArbeiterInnenklasse forderten und diese sich nicht nur auf die politische Ebene bezogen wie die bürgerliche Demokratie, sondern auch und gerade soziale Fragen und die Wirtschaft selbst betrafen.

Wenn die Urteile der Bürgerlichen über die DDR meist nur fade sind, so erweist sich die Verteidigung der DDR durch viele Linke - und nicht nur StalinistInnen! - nur als peinlich. Diese Linken glauben ernsthaft, sie täten etwas Gutes, wenn sie zu beweisen suchen, dass die DDR kein „Unrechtsstaat“, sondern durchaus demokratisch - und zwar im Sinne von bürgerlich-demokratisch war.

Peinlich ist an diesen Verteidigungsreden dabei weniger, dass es natürlich auch in der DDR in vielen Bereichen nicht ganz

so wenig Rechtsstaat gab, wie es in den Medien oft hingestellt wird. Peinlich ist vielmehr, dass diesen Linken offenbar gar nicht in den Sinn kommt, dass zu einer nichtkapitalistischen Gesellschaft ein bürgerlicher Überbau nicht besonders gut passt.

Nein, diese Liberos/Liberas des Stalinismus verteidigen die DDR, weil sie keine Vorstellung davon haben, welche Staatsstruktur, welche Art von Demokratie der ArbeiterInnenstaat zu seinem Gedeihen braucht. Sie glauben offenbar tatsächlich, dass solche bizarren demokratischen Staffagen wie die Volkskammer, die Wahlen, die Nationale Front, die vom Schnürboden des demokratischen Theaters DDR heruntergelassen worden waren, verteidigungswert seien.

Diese linken „RechtsstaatlerInnen“ sind es aber auch, die dann in Diskussionen, in Bündnissen und in realen Konflikten im Klassenkampf jede Forderung nach ArbeiterInnenkontrolle, nach direkter Wahl- und Abwählbarkeit von Streikkomitees usw. ablehnen. Dort, wo ArbeiterInnendemokratie anfängt, hört bei diesen Leuten das Denken auf.

Wenn es einen zentralen Widerspruch in der DDR gab, dann jenen, dass die bürgerliche Form des Staatsapparates völlig unvereinbar war mit den Entwicklungsbedürfnissen einer nichtkapitalistischen Gesellschaft. Die Bourgeoisie in der DDR war enteignet, doch an deren Stelle als bestimmendes Subjekt der Gesellschaft trat nicht die ArbeiterInnenklasse, sondern eine bürokratische Kaste. Sie musste durch eine politische Revolution der ArbeiterInnenklasse gestürzt werden. Das gelang - trotz mehrerer Versuche in den Ostblockstaaten - leider nicht.

Wenn MarxistInnen die DDR verteidigen, dann verteidigen sie deren soziale Errungenschaften - nicht die stalinistische Bürokratie, die das Land geknebelt, die den Weg der internationalen Revolution verlassen und die Straße zum Kommunismus blockiert hat. Die Bürokratie und

ihre

beschränkten reaktionären Ideen sind historisch gescheitert - verschwunden sind sie noch nicht. Sie fristen in der DKP oder der MLPD weiter ein kümmerliches Dasein; jene, die einst die zweite und dritte Reihe der SED-Bürokratie stellten, dominieren heute die Linkspartei. Sie haben sich etabliert, eine neue Welt etablieren sie nicht mehr.

## **Systemalternative**

Die Weltwirtschaftskrise hat viele Menschen dazu animiert, den Kapitalismus als alternativlose Normalität in Frage zu stellen. Die zaghaften Erwägungen der Regierung, marode Betriebe eventuell zu verstaatlichen, haben andererseits aber auch Konservative dazu gebracht, Zeter und Mordio ob dieser drohenden „Einführung des Sozialismus“ zu schreien.

Die schweren Turbulenzen der Weltwirtschaft, ja die Gefahr des Zusammenbruchs des ganzen Ladens haben die Frage nach einer Systemalternative erneut angefacht. Insofern soll die „Unrechtsstaatsdebatte“ auch in dieser Hinsicht eine klare Botschaft vermitteln: Staatseigentum und Planwirtschaft haben schon einmal nicht funktioniert, sind also Teufelswerk.

Natürlich: Unterm Strich hat die Wirtschaft der DDR und der anderen stalinistischen Länder nicht gut genug funktioniert, um die Bedürfnisse der Bevölkerung ausreichend zu befriedigen. Und sie war schon gar nicht dem Westen - genauer: den führenden imperialistischen Ländern - überlegen.

Doch daraus den Schluss zu ziehen, dass Staatseigentum und Planung per se nicht funktionieren würden, ist falsch.



Falsch ist an der Kritik zunächst einmal, dass nicht hinterfragt wird, wie das Staatseigentum konkret aussah und wie die Planung funktionierte.

Gemäß Marx und allen anderen großen MarxistInnen sind es im ArbeiterInnenstaat bzw. im Sozialismus die ProduzentInnen und KonsumentInnen, also das Proletariat, das die Produktion kontrolliert, organisiert und plant. Dazu braucht es Strukturen wie Räte, Betriebskomitees, Gewerkschaften, Kontrollorgane usw.

In den stalinistischen Ländern gab es solche Organe nie oder sie wurden bewusst zerstört oder ihres sozialen Inhalts beraubt. Die Steuerung der Wirtschaft oblag einer bürokratischen Schicht, deren Entscheidungen nicht transparent, diskutierbar oder gar änderbar waren. Auf der Ebene der Verteilung von Ressourcen funktionierte diese Planung aber durchaus nicht so schlecht; doch sie erwies sich als zunehmend hilflos, als es darum ging, technische Innovationen zu fördern und in die Produktion zu überführen. Das Wissen, die Erfahrungen der ArbeiterInnen, also der am engsten mit der materiellen Produktion verbundenen Klasse, konnten so nicht zur Wirkung kommen.

Die permanente Gängelung und Bevormundung durch die Bürokratie, das Fehlen offenen gesellschaftlichen Meinungsstreits führten zudem zu einer immer größer werdenden Entfremdung der Klasse von dem Eigentum, das ihnen angeblich gehörte.

In der DDR wurde die Bourgeoisie entmachtet -durchaus entgegen der ursprünglichen strategischen Zielsetzung Stalins, in Mittel- und Osteuropa eine „neutrale“ Pufferzone zum Westen zu etablieren. Der Stachel des Profitmachens war als zentraler Motor des Wirtschaftens eliminiert, die Bourgeoisie als herrschende Klasse gestürzt worden. Doch der eigentliche Antrieb, die eigentliche Quelle des Wirtschaftens, ja überhaupt allen gesellschaftlichen Handelns im ArbeiterInnenstaat - die Bedürfnisse der ArbeiterInnenklasse bzw. der Massen - wurden nicht zum Stachel der neuen Gesellschaft.

Diese Rolle des „Motors“ der Entwicklung übernahm die Bürokratie - ohne ihr gerecht werden zu können.

Die Entmachtung, die Fesselung der ArbeiterInnenklasse als sozialer Kraft bedeutete, dass die DDR immer mehr verkrustete, erlahmte und schließlich - implodierte, letztlich weil das revolutionäre Subjekt der Veränderung und des Übergangs zum Sozialismus systematisch an der Bildung revolutionären Klassenbewusstseins gehindert wurde - und, solange die Bürokratie herrschte - daran gehindert werden musste.

Nicht „das Staatseigentum“, nicht „die Planung“, sondern deren stalinistische, bürokratische Formen und Methoden haben nicht funktioniert. Dazu kam u. a. , dass die internationale Kooperation und Arbeitsteilung im Ostblock aufgrund der Eigeninteressen der nationalen Bürokratien und der Vormachtstellung Moskaus ein niedrigeres Niveau hatten als der kapitalistische Weltmarkt.

## **Perspektive**

Trotzki, die Linksopposition und später die IV. Internationale hatten schon seit den 1920er Jahren die Fehlentwicklungen des aufsteigenden Stalinismus kritisiert und für eine revolutionäre und arbeiterInnendemokratische Alternative gekämpft. Gestützt auf diese Tradition und bereichert durch die Erfahrungen unter dem Stalinismus haben wir heute ein deutlich klareres Bild davon, welche Gefahren der Entwicklung eines ArbeiterInnenstaates drohen, aber auch, welche großartigen Möglichkeiten eine demokratische Planwirtschaft der Welt zu bieten hat. Angesichts der Krise und der durch den Kapitalismus immer größer werdenden globalen Probleme der Menschheit verbietet es sich fast, von einer Möglichkeit zu reden - die Planwirtschaft ist eine existenzielle Notwendigkeit für die Menschheit.

Gerade die Tatsache, dass die DDR kein kapitalistischer Staat mehr war, sondern eine Übergangsgesellschaft, deren Fortschreiten zum Sozialismus jedoch durch die Herrschaft einer bürokratischen Kaste strukturell blockiert war, verweist darauf, dass die Begriffe „Rechtsstaat“ oder „Unrechtsstaat“ höchst untauglich sind, die Verhältnisse des Landes zu erfassen.

Natürlich war die DDR, wie jeder Staat, einer, der unterdrückt. Aber er - war und daran muss eine marxistische Kritik der DDR ansetzen - ein Staat der Unterdrückung nicht nur jeder Opposition, sondern der ArbeiterInnenklasse.

Ist die BRD deshalb ein Rechtsstaat? Aber ja. Doch was bedeutet das schon?

Der Begriff des „Rechtsstaats“ wurde im Kampf gegen die feudale Aristokratie entwickelt und fand Eingang in die Verfassungen der bürgerlichen Staaten, insbesondere in die US-Verfassung. Die Staatsgewalt sollte als „Herrschaft des Gesetzes“ verstanden werden, nicht als die eines/r MonarchIn oder DespotIn. Das Gesetz habe „über allem zu stehen“.

Natürlich war das immer eine Ideologie, welche die realen Verhältnisse verschleiert und auf den Kopf stellt. Bequem konnten die „Rechtsstaaten“ so auch mit der Sklaverei leben. Vor allem aber blendet die Vorstellung vom Rechtsstaat die ökonomischen Grundlagen der Gesellschaft aus.

Die bundesdeutsche Demokratie ist hohl und heuchlerisch. In Wahrheit ist die Macht des Kapitals brutaler, größer und folgenreicher als die aller Stasi-Generäle zusammen. Das ist die Realität des heutigen „Rechtsstaats“. Einen Grund, ihn zu glorifizieren, ihm etwa „sozialistisch“ nachzueifern, gibt es nicht. Im Kapitalismus in der Krise, in einer

Gesellschaft des Niedergangs werden auch die „demokratischen“ Rechtsformen nicht mehr zur humanitären Blüte gelangen.

Trotzdem, oder gerade deshalb müssen auch RevolutionärInnen, ja alle aufrechten DemokratInnen und klassenbewussten ArbeiterInnen jede demokratische Errungenschaft gegen die Angriffe von Schäuble und Co. verteidigen. Aber nicht, weil wir einer Fiktion huldigen und irgendwelchen „Idealen“ des Rechtsstaats nachfeiern, sondern weil wir unsere Kampfbedingungen verteidigen müssen.

Wenn derzeit wieder über die „Wende“ in der DDR von 1989/90 geredet wird, dann wissen wir: der Kapitalismus hat seine Wende noch vor sich. Dann wird es nicht um einen halben Sozialismus in einem halben Deutschland gehen, sondern um die internationale sozialistische Revolution. Wenn es stimmt, dass jede Generation ihre revolutionäre Möglichkeit bekommt, dann ist die Zeit 20 Jahre nach der „Wende“ reif ...

---

## **Bolschewismus und Stalinismus**

*Leo Trotzki (1937), Revolutionärer Marxismus 52, November 2019*

Reaktionäre Epochen wie die unsere zersetzen und schwächen nicht nur die Arbeiterklasse und isolieren ihre Avantgarde, sondern drücken auch das allgemeine ideologische Niveau der Bewegung herab und werfen das politische Denken auf bereits längst durchlaufene

Etappen zurück.

Die Aufgabe der Avantgarde

besteht unter diesen Umständen vor allem darin, sich nicht von dem allgemeinen, rückwärts flutenden Strom davontragen zu lassen – es heißt gegen den Strom schwimmen. Wenn ein ungünstiges Kräfteverhältnis es nicht erlaubt, die früher eroberten politischen Positionen zu wahren, gilt es, sich wenigstens auf den ideologischen Positionen zu halten, denn sie sind der Ausdruck einer teuer bezahlten vergangenen Erfahrung. Dummköpfen erscheint eine solche Politik als „Sektierertum“. In Wirklichkeit bereitet sie nur einen gigantischen neuen Sprung vorwärts vor, zusammen mit der Welle des kommenden historischen Aufschwungs.

## **Die Reaktion gegen den Marxismus und gegen den Bolschewismus**

Große historische Niederlagen

rufen unvermeidlich eine Umwertung hervor, die sich im Allgemeinen in zwei Richtungen vollzieht. Auf der einen Seite trachtet das Denken der wahren Avantgarde, bereichert um die Erfahrung der Niederlagen und mit Zähnen und Klauen das Erbe des revolutionären Gedankens verteidigend, auf seiner Grundlage neue Kader für die künftigen Massenkämpfe heranzuziehen.

Auf der anderen trachtet das

über die Niederlage erschrockene Denken der Routiniers, Zentristen und Dilettanten, die Autorität der revolutionären Tradition zu zerstören, und kehrt unter dem Schein der Suche nach „Neuem“ weit zurück.

Man könnte eine Fülle von

Beispielen ideologischer Reaktion anführen, die übrigens zumeist die Form der

Prostration (Selbsterniedrigung) annimmt. Die gesamte Literatur der II. und III. Internationale wie ihrer zentristischen Satelliten vom Londoner Büro besteht im Grunde aus derartigen Beispielen. Nicht die Spur einer marxistischen Analyse. Nicht ein ernster Versuch, die Ursache einer Niederlage zu erhellen.

Nicht ein neues, eigenes Wort

über die Zukunft. Nichts als Schablone, Routine, Trug und vor allem Sorge um die eigene bürokratische Selbsterhaltung. Ein Dutzend Zeilen eines beliebigen Hilferding oder Otto Bauer genügen einem, um Verwesungsgeruch zu spüren.

Von den Theoretikern der

Komintern ganz zu schweigen. Der verherrlichte Dimitroff ist unwissend und banal wie ein Krämer in der Kneipe. Das Denken dieser Leute ist zu faul, um dem Marxismus zu entsagen: sie prostituieren ihn. Nicht sie interessieren uns jetzt. Kehren wir zu den „Neuerern“ zurück.

Der ehemalige österreichische

Kommunist Willy Schlamm widmete den Moskauer Prozessen eine Broschüre mit dem

sprechenden Titel „Diktatur der Lüge“. Schlamm ist ein begabter Journalist, dessen Interessen hauptsächlich auf Tagesfragen gerichtet sind. Die Kritik der Moskauer Schwindelprozesse sowie die Aufdeckung der psychologischen Mechanik

der „freiwilligen Geständnisse“ gelangen Schlamm vortrefflich. Doch nicht zufrieden damit, will er eine neue Theorie des Sozialismus aufstellen, die uns in Zukunft vor Niederlagen und Schwindel behüten soll.

Da aber Schlamm durchaus kein

Theoretiker und sogar sichtlich mit der Entwicklungsgeschichte des Sozialismus wenig bekannt ist, so kehrt er unter dem Anschein einer neuen Offenbarung ganz zum vormarxistischen Sozialismus zurück, dazu in dessen deutscher, d. h. rückständigster, süßlichster und widerlichster Art.

Schlamm verzichtet auf die Dialektik, auf den Klassenkampf, von der Diktatur des Proletariats gar nicht zu reden. Die Aufgabe der Umgestaltung der Gesellschaft läuft für ihn auf die Verwirklichung einiger „weniger“ Moralweisheiten hinaus, mit denen er die Menschen bereits unter der kapitalistischen Ordnung zu füttern sich anschickt.

In Kerenskis Zeitung „Neues Russland“ (ein altes Provinzblatt, herausgegeben in Paris) wird Willy Schlamms Versuch, den Sozialismus mit einer Spritze sittlicher Lymphe zu fetten, nicht nur mit Freude, sondern auch mit Stolz aufgenommen: Dem ganz richtigen Kommentar der Redaktion zufolge kommt Schlamm zu den Prinzipien des echt-russischen Sozialismus, der schon längst dem trockenen und engherzigen Klassenkampf die heiligen Grundsätze des Glaubens, der Hoffnung und der Liebe entgegenstellte.

Zwar stellte die Originaldoktrin der russischen „Sozialrevolutionäre“ in ihren Prämissen nur eine Rückkehr zum Sozialismus des vormärzlichen Deutschlands dar. Es wäre jedoch allzu ungerecht, von Kerenski eine nähere Bekanntschaft mit der Ideengeschichte zu fordern als von Schlamm. Viel wichtiger ist der Umstand, dass der mit Schlamm sich solidarisierte Kerenski als Regierungsoberhaupt der Urheber der Verfolgungen gegen die Bolschewiki als Agenten des deutschen Generalstabs war, d. h. den gleichen Schwindel organisierte, gegen den Schlamm heute mottenzerfressene metaphysische Absolute mobilisiert.

Der psychologische Mechanismus der gedanklichen Reaktion Schlamms und seinesgleichen ist sehr einfach. Eine gewisse Zeitlang nahmen diese Leute an einer politischen Bewegung teil, die auf den Klassenkampf schwor und in Worten an die materialistische Dialektik appellierte. In Österreich wie in Deutschland endete die Sache mit einer Katastrophe.

Schlamm zieht eine summarische

Schlussfolgerung: Dahin haben uns Klassenkampf und Dialektik gebracht! Und da die Auswahl der Offenbarungen durch die geschichtlichen Erfahrungen und ... die persönlichen Kenntnisse beschränkt ist, stößt unser Reformator auf der Suche nach Neuem auf bereits längst beiseite geworfenen Trödelkram, den er tapfer nicht nur dem Bolschewismus, sondern auch dem Marxismus entgegenstellt.

Auf den ersten Blick erscheint

die von Schlamm vertretene Abart der ideologischen Reaktion allzu primitiv (von Marx ... zu Kerenski), als dass es sich lohnte, dabei zu verweilen. Allein, tatsächlich ist sie ungemein lehrreich: Gerade dank ihrer Primitivität bildet sie ein allgemeines Kennzeichen aller anderen Reaktionsformen, vor allem derjenigen, die sich in dem summarischen Verzicht auf den Bolschewismus äußert.

## **Zurück zum Marxismus?**

Im Bolschewismus fand der

Marxismus seinen grandiosesten geschichtlichen Ausdruck. Unter dem Banner des

Bolschewismus wurde der erste Sieg des Proletariats errungen und der erste Arbeiterstaat errichtet. Diese Tatsachen wird keine Kraft der Welt mehr aus der Geschichte streichen. Aber da die Oktoberrevolution im gegenwärtigen Stadium zum Triumph der Bürokratie geführt hat, mit ihrem System der Unterdrückung, Raubherrschaft und Fälschung - zur „Diktatur der Lüge“, wie Schlamm treffend sagte - so sind viele formale und oberflächliche Geister zu der summarischen Schlussfolgerung geneigt: Man kann nicht den Stalinismus bekämpfen, ohne auf den Bolschewismus zu verzichten.

Schlamm geht, wie wir bereits

sagten, noch weiter: Der zum Stalinismus entartete Bolschewismus ist selbst aus dem Marxismus entstanden - man kann folglich nicht den Stalinismus bekämpfen



und dabei auf den Grundlagen des Marxismus bleiben. Die weniger Konsequenzen,  
aber Zahlreicheren sagen hingegen: „Man muss vom Bolschewismus zum  
Marxismus  
zurückkehren.“ Auf welchem Wege? Zu welchem Marxismus?

Bevor der Marxismus in der Form  
des Bolschewismus „Bankrott“ gemacht hat, erlitt er in der Form der  
Sozialdemokratie Schiffbruch. Die Losung „Zurück zum Marxismus“ bedeutet  
somit  
einen Sprung über die Epoche der II. und III. Internationale ... zur I.  
Internationale? Aber auch diese erlitt seinerzeit Schiffbruch. Es heißt also  
letzten Endes zurückkehren ... zu den gesammelten Schriften Marx' und Engels'  
... Diesen heroischen Sprung kann man machen, ohne sein Arbeitszimmer zu  
verlassen oder auch nur die Pantoffeln auszuziehen.

Wie aber dann von unseren  
Klassikern (Marx starb 1883, Engels 1895) zu den Aufgaben der neuen Epoche  
gelangen und dabei einige Jahrzehnte theoretischen und politischen Kampfes  
umgehen, darunter den Bolschewismus und die Oktoberrevolution? Niemand von  
denen, die Verzicht auf den Bolschewismus als eine historisch „bankrotte“  
Strömung vorschlagen, hat neue Wege gewiesen.

Die Sache läuft somit auf einen  
einfachen Ratschlag hinaus, das „Kapital“ zu  
studieren. Dagegen ist nichts einzuwenden. Aber das „Kapital“ haben  
auch die Bolschewiki studiert und dabei gar nicht schlecht. Das hat jedoch die  
Entartung des Sowjetstaates und die Inszenierung der Moskauer Prozesse nicht  
verhindert.

# Ist der Bolschewismus für den Stalinismus verantwortlich?

Ist es jedoch wahr, dass der Stalinismus ein gesetzmäßiges Produkt des Bolschewismus ist, wie es die gesamte Reaktion annimmt, wie es Stalin selbst behauptet und wie es die Menschewiki, Anarchisten und gewisse linke Doktrinäre, die sich für Marxisten halten, meinen?

„Wir haben ja immer gesagt“, sprechen sie, „seit dem Verbot der anderen sozialistischen Parteien, der Unterdrückung der Anarchisten, seit der Aufrichtung der Bolschewikidiktatur in den Sowjets konnte die Oktoberrevolution zu nichts anderem als zur Diktatur der Bürokratie führen. Der Stalinismus ist die Fortsetzung und zugleich der Bankrott des Leninismus.“

Der Fehler dieser Argumentation beginnt bei der stillschweigenden Gleichsetzung von Bolschewismus, Oktoberrevolution und Sowjetunion. Der historische Prozess, der im Kampf feindlicher Kräfte besteht, wird hier durch eine Entwicklung des Bolschewismus im luftleeren Raum ersetzt.

Indes ist der Bolschewismus nur eine politische Strömung, die zwar eng mit der Arbeiterklasse verknüpft, aber nicht mit ihr identisch ist. Aber außer der Arbeiterklasse existieren in der UdSSR über hundert Millionen Bauern, verschiedenartigste Völkerschaften, ein Erbe von Unterdrückung, Armut und Unbildung.

Der von den Bolschewiki errichtete Staat spiegelt nicht nur das Denken und Wollen der Bolschewiki

wider, sondern auch das Kulturniveau des Landes, die soziale Zusammensetzung der Bevölkerung, den Druck der barbarischen Vergangenheit und des nicht weniger barbarischen Weltimperialismus.

Den Entartungsprozess des Sowjetstaats als eine Evolution des reinen Bolschewismus darstellen, heißt, die soziale Wirklichkeit ignorieren namens eines einzigen durch die reine Logik von ihr abgesonderten Elementes.

Es genügt eigentlich, diesen elementaren Fehler beim Namen zu nennen, damit von ihm keine Spur mehr übrigbleibt. Der Bolschewismus selbst jedenfalls identifizierte sich nie mit der Oktoberrevolution noch mit dem aus ihr hervorgegangenen Sowjetstaat.

Der Bolschewismus betrachtet sich als einen Faktor der Geschichte, ihren „bewussten“ Faktor – einen sehr bedeutenden, aber nicht entscheidenden – „historischen Subjektivismus“ haben wir uns nie schuldig gemacht. Den entscheidenden Faktor auf dem gegebenen Fundament der Produktivkräfte sahen wir im Klassenkampf, dabei nicht bloß im nationalen, sondern im internationalen Maßstab.

Als die Bolschewiki an die Besitzertendenzen der Bauern Zugeständnisse machten, strenge Regeln für die Aufnahme in die Partei aufstellten, diese Partei von fremden Elementen säuberten, andere Parteien verboten, die NEP (Neue Ökonomische Politik) einführten, zu Übergabe von Betrieben in Konzessionen Zuflucht nahmen oder diplomatische Abkommen mit imperialistischen Regierungen trafen, zogen sie – die Bolschewiki – Teilschlüsse aus der Grundtatsache, die ihnen von Anfang an klar war, nämlich dass die Machteroberung, so wichtig sie an sich auch ist, die Partei durchaus nicht zum allmächtigen Herrn des historischen Prozesses machte.

Mit der Herrschaft über den Staat besitzt die Partei allerdings die Möglichkeit, mit einer ihr bis dahin nicht zugänglichen Kraft auf die Entwicklung der Gesellschaft einzuwirken, dafür aber unterliegt sie auch selbst einer verzehnfachten Einwirkung von Seiten aller übrigen Elemente dieser Gesellschaft.

Durch die direkten Schläge der feindlichen Kräfte kann sie von der Macht hinweggefegt werden. Bei langwierigen Entwicklungstempeln kann sie, sich an der Macht haltend, innerlich entarten. Gerade diese Dialektik des historischen Prozesses verstehen die sektiererischen Räsoneure nicht, die in der Fäulnis der Stalinbürokratie ein vernichtendes Argument gegen den Bolschewismus finden wollen.

Im Grunde sagen diese Herren: Schlecht ist die revolutionäre Partei, die nicht in sich die Garantie gegen ihre eigene Entartung enthält. Angesichts eines derartigen Kriteriums ist der Bolschewismus natürlich gerichtet: Einen Talisman hat er nicht. Doch dieses Kriterium ist eben falsch.

Das wissenschaftliche Denken verlangt eine konkrete Analyse: Wie und warum zersetzte sich die Partei? Niemand außer den Bolschewiki selbst hat bisher eine solche Analyse gegeben. Diese aber brauchten deswegen nicht mit dem Bolschewismus zu brechen.

Im Gegenteil, in ihrem Arsenal fanden sie alles Notwendige, um sein Schicksal zu erklären. Die Schlussfolgerung, zu der sie gelangten, lautete: Natürlich ist der Stalinismus aus dem Bolschewismus „erwachsen“, aber nicht logisch erwachsen, sondern dialektisch: nicht als revolutionäre Bejahung, sondern als thermidorianische Verneinung. Das ist durchaus nicht ein und dasselbe.

# Die Grundprognose des Bolschewismus

Allein, die Bolschewiki mussten

nicht erst die Moskauer Prozesse abwarten, um nachträglich die Ursachen für die Zersetzung der herrschenden Partei der UdSSR zu erklären. Sie sahen lange vorher die theoretische Möglichkeit einer solchen Entwicklungsvariante und sprachen beizeiten davon.

Erinnern wir uns an die

Prognose, die die Bolschewiki nicht nur am Vorabend der Oktoberrevolution, sondern schon einige Jahre vorher aufstellten. Die besondere Kräftegruppierung im nationalen und internationalen Maßstab führt dazu, dass das Proletariat in einem so rückständigen Land wie Russland zuerst an die Macht gelangen kann.

Doch eben diese

Kräftegruppierung lässt auch im Voraus erkennen, dass ohne einen mehr oder weniger baldigen Sieg des Proletariats in den fortgeschrittenen Ländern ein Arbeiterstaat in Russland nicht standhalten wird. Das auf sich angewiesene Sowjetregime wird zerfallen oder entarten, genauer: zuerst entarten, und dann zerfallen.

Ich persönlich habe mehr als

einmal darüber geschrieben, bereits seit 1905. In meiner **Geschichte der russischen Revolution** (siehe

den Anhang zum zweiten Band: „Sozialismus in einem Lande?“) sind diesbezügliche

Aussagen der Führer des Bolschewismus von 1917 bis 1923 gesammelt.

Alle laufen auf eines hinaus:

Ohne Revolution im Westen wird der Bolschewismus liquidiert werden, entweder von der inneren Konterrevolution oder durch Intervention von außen, oder durch

beides zusammen.

Lenin insbesondere hat oft darauf hingewiesen, dass die Bürokratisierung des Sowjetregimes keine technische oder organisatorische Frage ist, sondern der mögliche Beginn einer sozialen Entartung des Arbeiterstaates.

Auf dem XI. Parteikongress vom März 1922 sprach Lenin über die „Unterstützung“, welche gewisse bürgerliche Politiker im besonderen der liberale Professor Ustraljew, seit der Zeit der NEP Sowjetrussland angedeihen zu lassen beschlossen. „Ich bin für die Unterstützung der Sowjetmacht in Russland“, sagt Ustraljew, „weil sie den Weg betreten hat, der sie zu einer gewöhnlichen bürgerlichen Macht hinführen wird.“

Die zynische Stimme des Feindes zieht Lenin dem „süßlichen kommunistischen Geschwätz“ vor. Mit strenger Nüchternheit warnt er die Partei vor der Gefahr: Alle Dinge, von denen Ustraljew spricht, sind möglich. Das muss man klar sagen. Die Geschichte kennt Wendungen aller Arten: Sich auf Überzeugung, Ergebenheit und andere vorzügliche Seeleneigenschaften zu verlassen, ist in der Politik durchaus keine ernste Sache.

Die vorzüglichen Eigenschaften haben eine kleine Anzahl von Leuten, aber das historische Endergebnis bestimmen die gigantischen Massen, die, wenn die geringe Anzahl Leute ihnen nicht entgegenkommt, zuweilen mit dieser geringen Anzahl Leute nicht allzu höflich verfahren. Mit einem Wort: Die Partei ist nicht der einzige Entwicklungsfaktor und, in großen geschichtlichen Maßstäben, nicht der entscheidende.

„Es kommt vor, dass ein Volk ein

anderes Volk besiegt“, fuhr Lenin auf demselben Kongress fort – dem letzten, der mit seiner Teilnahme stattfand –, „...das ist sehr einfach und allen verständlich. Aber was geschieht mit der Kultur der Völker? Das ist nicht so einfach. Ist das Siegervolk dem besiegten Volk kulturell überlegen, so zwingt es ihm seine Kultur auf, ist es aber umgekehrt, so pflegt der Besiegte dem Sieger seine Kultur aufzuzwingen.

Ist nicht etwas Ähnliches in der Hauptstadt der RSFSR geschehen! Und ergab es sich nicht dort, dass 4.700 Kommunisten (fast eine ganze Division, und die allerbesten von allen) der fremden Kultur unterlagen?“

Das wurde Anfang 1922 gesagt, und zwar nicht zum ersten Mal. Die Geschichte wird nicht von wenigen, wenn auch „allerbesten“ Menschen gemacht; noch weniger: diese „besten“ können im Geiste der „fremden“, d. h. der bürgerlichen Kultur entarten. Nicht nur kann der Sowjetstaat vom sozialistischen Wege abgehen, sondern auch die bolschewistische Partei unter ungünstigen historischen Bedingungen ihren Bolschewismus einbüßen.

Aus dem deutlichen Verständnis dieser Gefahr entstand die Linke Opposition, die sich endgültig im Jahre 1923 bildete. Tagaus, tagein die Entartungssymptome registrierend, trachtete sie, dem heranrückenden Thermidor den bewussten Willen der proletarischen Avantgarde gegenüberzustellen. Allein, dieser subjektive Faktor erwies sich als unzureichend.

Die „gigantischen Massen“, die nach Lenin den Ausgang des Kampfes entscheiden, wurden der inneren Entbehrungen

und des zu langen Wartens auf die Weltrevolution müde. Die Massen verloren den Mut. Die Bürokratie bekam die Oberhand. Sie schüchterte die proletarische Avantgarde ein, trat den Marxismus mit Füßen, prostituierte die bolschewistische Partei. Der Stalinismus siegte. In Gestalt der Linken Opposition brach der Bolschewismus mit der Sowjetbürokratie und ihrer Komintern. Das ist der wirkliche Gang der Entwicklung.

Freilich, im formellen Sinne ist der Stalinismus aus dem Bolschewismus hervorgegangen. Die Moskauer Bürokratie fährt auch heute noch fort, sich Bolschewistische Partei zu nennen. Sie benutzt einfach die alte Banderole, um besser die Massen zu betrügen. Um so kläglicher sind die Theoretiker, die die Schale für den Kern und den Schein für das Wesen nehmen. Indem sie Stalinismus und Bolschewismus gleichsetzen, leisten sie den Thermidorianern den besten Dienst und spielen somit eine klare reaktionäre Rolle.

Bei der Entfernung aller anderen Parteien vom politischen Schauplatz müssen die entgegengesetzten Interessen und Tendenzen der verschiedenen Bevölkerungsschichten in dem einen oder anderen Grade in der herrschenden Partei zum Ausdruck kommen. In dem Maße, wie der politische Schwerpunkt sich von der proletarischen Avantgarde zur Bürokratie verschob, wandelte sich die Partei sowohl der sozialen Zusammensetzung wie auch der Ideologie nach.

Infolge des ungestümen Verlaufs der Entwicklung erlitt sie in den letzten fünfzehn Jahren eine sehr viel radikalere Entartung als die Sozialdemokratie während eines halben Jahrhunderts. Die heutige „Säuberung“ zieht zwischen Bolschewismus und Stalinismus nicht nur einen blutigen Strich, sondern einen ganzen Strom von Blut.



Die Ausrottung der gesamten alten Generation der Bolschewiki, eines erheblichen Teils der mittleren Generation, die am Bürgerkrieg teilgenommen hatte, und jenes Teils der Jugend, der die bolschewistischen Traditionen am ernstesten aufnahm, beweist nicht nur die politische, sondern durch und durch physische Unvereinbarkeit des Stalinismus und des Bolschewismus. Wie kann man das nicht sehen?

## **Stalinismus oder „Staatssozialismus“?**

Die Anarchisten ihrerseits wollen im Stalinismus ein organisches Produkt nicht nur des Bolschewismus und des Marxismus, sondern des „Staatssozialismus“ überhaupt sehen. Sie sind einverstanden, die patriarchalische, bakuninsche „Föderation der freien Gemeinden“ durch eine zeitgemäßere „Föderation der freien Räte“ zu ersetzen. Aber sie sind nach wie vor gegen den zentralisierten Staat.

In der Tat: der eine Zweig des „staatlichen“ Marxismus, die Sozialdemokratie, wurde, als sie an die Macht kam, eine offene Agentur des Kapitals. Der andere erzeugte eine neue privilegierte Kaste. Es ist klar: Die Quelle des Übels liegt im Staate.

Unter einem breiten historischen Gesichtswinkel kann man in dieser Überlegung ein Korn Wahrheit finden. Der Staat als Zwangsapparat ist zweifellos eine Quelle politischer und moralischer Verseuchung. Das gilt, wie die Erfahrung zeigt, auch für den Arbeiterstaat.

Man kann folglich sagen, der Stalinismus ist das Produkt eines Zustandes der Gesellschaft, wo diese es noch nicht vermochte, die Zwangsjacke des Staates abzustreifen. Doch diese These, die zur Beurteilung des Bolschewismus oder des Marxismus nichts liefert, kennzeichnet nur den allgemeinen Kulturstand der Menschheit und vor allem das

Kräfteverhältnis zwischen Proletariat und Bourgeoisie.

Nachdem wir uns mit den Anarchisten darüber geeinigt haben, dass der Staat, sogar der Arbeiterstaat, ein Erzeugnis der Klassenbarbarei ist, und dass die wahre menschliche Geschichte mit der Abschaffung des Staates beginnen wird, erhebt sich vor uns in all ihrer Macht die Frage: Welche Wege und Methoden sind imstande, letzten Endes zur Abschaffung des Staates zu führen? Die jüngste Erfahrung bezeugt, dass es jedenfalls nicht die Methoden des Anarchismus sind.

Die Führer des spanischen Arbeiterbundes (CNT), der einzigen bedeutenden anarchistischen Organisation auf der Erde, wurden in der kritischen Stunde bürgerliche Minister. Ihren offenen Verrat an der Theorie des Anarchismus erklärten sie mit dem Druck „außerordentlicher Umstände“.

Aber hatten nicht seinerzeit die Führer der deutschen Sozialdemokratie dasselbe Argument angeführt? Natürlich, der Bürgerkrieg ist kein friedlicher, kein gewöhnlicher, sondern ein „außerordentlicher Umstand“. Doch gerade auf diese „außerordentlichen Umstände“ bereitet sich jede ernsthafte revolutionäre Organisation vor.

Die Erfahrung Spaniens bewies nochmals, dass man in unter „normalen Umständen“ herausgegebenen Büchern den Staat „verneinen“ kann, dass aber die Bedingungen der Revolution keinen Raum für die „Verneinung“ des Staates lassen, sondern im Gegenteil die Eroberung des Staates verlangen.

Wir gedenken den spanischen

Anarchisten durchaus nicht vorzuwerfen, nicht mit einem Federstrich den Staat liquidiert zu haben. Die revolutionäre Partei ist, selbst wenn sie die Macht erobert hat (wozu die spanischen Anarchistenführer trotz des Heldentums der anarchistischen Arbeiter nicht imstande waren) durchaus noch nicht der allmächtige Herr der Gesellschaft.

Doch umso unerbittlicher klagen

wir die anarchistische Theorie an, die für friedliche Zeiten ganz tauglich schien, aber auf die man verzichten muss, sobald die „außerordentlichen Umstände“ ... der Revolution eintreten. In der alten Zeit begegnete man Generälen – wahrscheinlich begegnet man ihnen heute auch noch – die meinten, am schädlichsten für die Armee sei der Krieg. Kaum besser sind die „Revolutionäre“, die da klagen, die Revolution zerstöre ihre Doktrin.

Die Marxisten sind sich mit den

Anarchisten bezüglich des Endzieles, der Liquidierung des Staates, vollkommen einig. Der Marxismus bleibt „staatlich“ nur, soweit die Liquidierung des Staates nicht vermittels der einfachen Ignorierung des Staates erreicht werden kann.

Die Erfahrung des Stalinismus

widerlegt nicht die Lehre des Marxismus, sondern bestätigt sie auf umgekehrte Weise. Die revolutionäre Doktrin, die das Proletariat lehrt, sich in einer Lage richtig zu orientieren und sie aktiv auszunutzen, enthält selbstverständlich keine automatische Siegesgarantie. Doch dafür ist der Sieg nur mit Hilfe dieser Doktrin möglich. Diesen Sieg darf man sich außerdem nicht als einmaligen Akt vorstellen.

Es gilt, die Frage in der

Perspektive einer großen Epoche zu fassen. Der erste Arbeiterstaat auf niedriger wirtschaftlicher Grundlage und vom Imperialismus umzingelt –

verwandelt sich in die Gendarmerie des Stalinismus. Doch der wirkliche Bolschewismus erklärte dieser Gendarmerie den Kampf auf Leben und Tod.

Um sich zu halten, ist der Stalinismus gezwungen, heute geradezu einen Bürgerkrieg gegen den Bolschewismus unter dem Namen des „Trotzkismus“ zu führen, nicht nur in der UdSSR, sondern auch in Spanien. Die alte Bolschewistische Partei ist tot, aber der Bolschewismus erhebt überall seinen Kopf.

Den Stalinismus aus dem Bolschewismus oder aus dem Marxismus abzuleiten, ist ganz dasselbe, wie, im breiteren Sinne, die Konterrevolution aus der Revolution abzuleiten. Nach dieser Schablone bewegte sich stets das liberalkonservative und später das reformistische Denken. Die Revolution hat, kraft der Klassenstruktur der Gesellschaft, stets die Konterrevolution erzeugt.

Beweist das nicht, fragt der Pharisäer, dass die revolutionäre Methode irgendeinen inneren Fehler hat? Weder die Liberalen noch die Reformisten haben jedoch bisher „ökonomischere“ Methoden zu entdecken verstanden.

Aber wenn es auch nicht leicht ist, die Wirklichkeit des lebendigen historischen Prozesses zu verstehen, so ist es dagegen nicht schwer, den Wechsel seiner Wellen rationalistisch zu deuten, logisch den Stalinismus aus dem „Staatssozialismus“, den Faschismus aus dem Marxismus, die Reaktion aus der Revolution, mit einem Wort, die Antithese aus der These herzuleiten. Auf diesem Gebiet, wie auf vielen anderen, ist das anarchistische Denken der Gefangene des liberalen Rationalismus. Das echte revolutionäre Denken ist unmöglich ohne Dialektik.

# Die politischen „Sünden“ des Bolschewismus als Quelle des Stalinismus

Die Argumentation der

Rationalisten nimmt zuweilen, wenigstens äußerlich, konkreteren Charakter an. Den Stalinismus leiten sie nicht aus dem Bolschewismus in seiner Gesamtheit, sondern aus seinen politischen Sünden ab. (Einer der deutlichsten Vertreter dieses Typus des Denkens ist der französische Autor eines Buches über Stalin, B. Souvarine.) Von den Tatsachen und Dokumenten her stellen Souvarines Arbeiten eine lange, gewissenhafte Forschung dar.

Jedoch die Geschichtsphilosophie

des Verfassers überrascht durch ihre Vulgarität. Zwecks Erläuterung allen folgenden historischen Unheils sucht er nach dem Bolschewismus innewohnenden Fehlern. Der Einfluss der realen Bedingungen des geschichtlichen Prozesses auf den Bolschewismus existiert für ihn nicht. (Selbst H. Taine mit seiner Theorie des „Milieus“ stand Marx näher als Souvarine.) Die Bolschewiki – sagen uns Gorter, Pannekoek, einige deutsche „Spartakisten“ usw. – vertauschen die Diktatur des Proletariats gegen die Diktatur der Partei, Stalin vertauschte die Diktatur der Partei gegen die Diktatur der Bürokratie. Die Bolschewiki vernichteten alle Parteien außer ihrer eigenen, Stalin erstickte die bolschewistische Partei im Interesse der bonapartistischen Clique.

Die Bolschewiki anerkannten die

Notwendigkeit, an den alten Gewerkschaften und am bürgerlichen Parlament teilzunehmen. Stalin befreundete sich mit der Gewerkschaftsbürokratie und mit der bürgerlichen Demokratie. Derlei Gegenüberstellungen kann man nun anführen, so viel man will. Trotz ihrer äußerlichen Schlagkraft sind sie vollkommen leer.

Das Proletariat kann nicht

anders an die Macht gelangen als in der Person seiner Avantgarde. Schon die Notwendigkeit einer Staatsmacht entspringt dem ungenügenden Kulturniveau der Massen und ihrer Verschiedenartigkeit. In der zur Partei organisierten revolutionären Avantgarde kristallisiert sich das Freiheitsstreben der Massen. Ohne Vertrauen der Klasse zur Avantgarde, ohne Unterstützung der Avantgarde durch die Klasse kann von Machteroberung keine Rede sein. In diesem Sinne sind die proletarische Revolution und die Diktatur Sache der gesamten Klasse, aber nicht anders als unter der Führung der Avantgarde. Die Sowjets sind nur die organisierte Form der Verbindung zwischen Avantgarde und Klasse. Dieser Form einen revolutionären Inhalt geben kann nur die Partei. Das ist durch die positive Erfahrung der Oktoberrevolution und durch die negative Erfahrung anderer Länder (Deutschland, Österreich, schließlich Spanien) bewiesen.

Niemand hat praktisch gezeigt oder auch nur versucht, auf dem Papier zu erklären, wie das Proletariat ohne politische Führung durch die Partei, die weiß, was sie will, die Macht erobern könne. Wenn diese Partei die Sowjets politisch ihrer Führung unterwirft, so ändert diese Tatsache an sich ebenso wenig am Sowjetsystem wie die Herrschaft der konservativen Mehrheit am System des britischen Parlamentarismus.

Was das Verbot der anderen Sowjetparteien betrifft, so entsprang es jedenfalls nicht der Theorie des Bolschewismus, sondern war eine Maßnahme zum Schutz der Diktatur in einem rückständigen und erschöpften, von allen Seiten von Feinden umgebenen Land. Den Bolschewiki war von Anfang an klar, dass diese Maßnahme, die später durch das Verbot von Fraktionen innerhalb der herrschenden Partei selbst ergänzt wurde, eine gewaltige Gefahr ankündigte. Jedoch die Quelle der Gefahr lag nicht in der Doktrin oder Taktik, sondern in der materiellen Schwäche der Diktatur, in der Schwierigkeit der inneren und der Weltlage. Hätte die Revolution auch nur in Deutschland gesiegt, das Erfordernis, die anderen Sowjetparteien zu verbieten, wäre sofort hinfällig geworden. Dass die Herrschaft einer einzigen Partei juristisch zum Ausgangspunkt für das stalinistische totalitäre System diene, ist ganz unbestreitbar. Aber die Ursache dieser Entwicklung liegt nicht im Verbot der anderen Parteien als einer zeitweiligen Kriegsmaßnahme, sondern in

der Niederlagenreihe des Proletariats in Europa und Asien.

Dasselbe gilt für den Kampf

gegen den Anarchismus. In der heroischen Epoche der Revolution marschierten die

Bolschewiki mit den wirklich revolutionären Anarchisten Arm in Arm. Der Verfasser dieser Zeilen erörterte häufig mit Lenin die Frage, ob es nicht möglich sei, den Anarchisten gewisse Gebietsteile zu überlassen, damit sie im Einverständnis mit der betreffenden Bevölkerung mit ihrer Staatslosigkeit die Probe aufs Exempel machen. Doch die Bedingungen des Bürgerkriegs, der Blockade und des Hungers ließen keinen Raum für derartige Pläne.

Der Kronstädter Aufstand? Aber

die revolutionäre Regierung konnte selbstverständlich nicht den aufständischen Matrosen eine die Hauptstadt beschirmende Festung „schenken“, nur weil der reaktionären Bauern- und Soldatenmeuterei sich einige fragwürdige Anarchisten angeschlossen hatten. Die konkrete historische Analyse der Ereignisse lässt keinen heilen Fleck an den Legenden, die Unwissenheit und Sentimentalität um Kronstadt, Machno und andere Episoden der Revolution geflochten haben.

Es bleibt nur die Tatsache, dass

die Bolschewiki von Anfang an nicht nur Überzeugung, sondern auch Zwang anwandten, häufig von der schärfsten Art. Unbestreitbar ist auch, dass die aus der Revolution erwachsene Bürokratie darin ein Zwangssystem in ihren Händen monopolisierte. Jede Entwicklungsetappe, selbst wenn es sich um so katastrophenartige Etappen handelte wie Revolution und Konterrevolution, ergibt sich aus der vorhergehenden Etappe, wurzelt in ihr und trägt davon gewisse Züge.

Die Liberalen, einschließlich

des Paares Webb, behaupten stets, die bolschewistische Diktatur stelle nur eine Neuausgabe des Zarismus dar. Sie verschlossen dabei die Augen vor solchen

Kleinigkeiten wie der Abschaffung der Monarchie und der Stände, der Übergabe des Bodens an die Bauern, der Enteignung des Kapitals, der Einführung der Planwirtschaft, der atheistischen Erziehung usw.

Ganz ebenso verschließt das liberal-anarchistische Denken die Augen davor, dass die bolschewistische Revolution mit all ihren Unterdrückungsmaßnahmen eine Umwälzung der sozialen Verhältnisse im Interesse der Massen bedeutete, während Stalins thermidorianische Umwälzung der Sowjetgesellschaft im Interesse einer privilegierten Minderheit geschieht. Es ist klar, dass in den Gleichsetzungen des Stalinismus mit dem Bolschewismus nicht die Spur eines sozialistischen Kriteriums enthalten ist.

## **Fragen der Theorie**

Einer der wichtigsten Züge des Bolschewismus ist sein strenges und anspruchsvolles, ja kämpferisches Verhalten zu Fragen der Doktrin. Lenins 26 Bände werden auf immerdar ein Muster höchster theoretischer Gewissenhaftigkeit bleiben. Ohne diese seine Grundeigenschaft würde der Bolschewismus nie seine historische Rolle erfüllt haben.

Das direkte Gegenteil davon ist auch in dieser Beziehung der grobe und ungebildete, durch und durch empirische Stalinismus. Bereits vor mehr als zehn Jahren erklärte die Opposition in ihrer Plattform: „Seit Lenins Tod wurde eine ganze Reihe neuer Theorien geschaffen, deren einziger Sinn ist, theoretisch das Abgleiten der Stalingruppe vom Wege der internationalen proletarischen Revolution zu rechtfertigen.“

Vor einigen Tagen erst schrieb der amerikanische Sozialist Liston M. Oak, der an der spanischen Revolution



teilgenommen hat: „In Wirklichkeit sind die Stalinisten jetzt die äußersten Revisionisten Marx und Lenins – Bernstein hat auch nicht halb so weit zu gehen gewagt wie Stalin in der Revision von Marx.“

Das ist ganz richtig. Man muss nur hinzufügen, dass Bernstein wirklich theoretische Bedürfnisse hatte: Er versuchte redlich, die reformistische Praxis der Sozialdemokratie mit ihrem Programm in Einklang zu bringen. Die Stalinbürokratie aber hat nicht nur nichts mit dem Marxismus gemein, sondern ihr ist überhaupt jegliche Doktrin oder jegliches System fremd.

Ihre „Ideologie“ ist ganz und gar von einem Polizeisubjektivismus durchdrungen, ihre Praxis vom Empirismus der nackten Gewalt. Dem eigentlichen Wesen ihrer Interessen gemäß ist die Usurpatorenkaste ein Feind der Theorie. Sie kann weder vor sich noch anderen ihre soziale Rolle verantworten. Stalin revidiert Marx und Lenin nicht mit der Feder der Theoretiker, sondern mit den Stiefeln der GPU.

## **Fragen der Moral**

Über die „Amoral“ des Bolschewismus beschwerten sich gewöhnlich besonders die hochnäsigen Nullitäten, denen der Bolschewismus die billigen Masken abgerissen hat. Kleinbürger, Intellektuelle, demokratische, „sozialistische“, literarische, parlamentarische und andere Kreise haben ihre konventionelle Werte oder ihre konventionelle Sprache zwecks Verbergung des Fehlens jeglicher Werte.

Diese breite und buntscheckige Gesellschaft für gegenseitiges In-Schutz-Nehmen – „leben und leben lassen!“ – verträgt ganz und gar nicht die Berührung der marxistischen Lanzette auf ihrer empfindlichen

Haut. Die zwischen den verschiedenen Lagern hin- und herpendelnden Theoretiker, Schriftsteller und Moralisten waren und sind der Meinung, dass die Bolschewiki absichtlich die Meinungsverschiedenheiten übertreiben, zu loyaler Zusammenarbeit außerstande sind und durch ihre Intrigen die Einheit der Arbeiterbewegung stören.

Dem empfindlichen und übelnehmenden Zentristen schien es vor allem immer, dass die Bolschewiki ihn „verleumden“ - nur weil sie seine eigenen halben Gedanken bis zu Ende führten: Er selbst ist dazu ganz unfähig. Indessen ist nur diese kostbare Eigenschaft, nämlich Unduldsamkeit gegen jede Halbheit und jedes Ausweichen imstande, die revolutionäre Partei zu erziehen, die sich von keinen „außerordentlichen“ Umständen überrumpeln lässt.

Die Moral einer jeden Partei entspringt letzten Endes aus den historischen Interessen, die sie vertritt. Die Moral des Bolschewismus, die Selbstverleugnung, Uneigennutz, Mut, Verachtung für allen Flitter und Trug - die besten Eigenschaften der menschlichen Natur! - enthält, entspringt aus der revolutionären Unversöhnlichkeit im Dienste der Unterdrückten. Die Stalinbürokratie imitiert auch auf diesem Gebiet die Worte und Gesten des Bolschewismus.

Wo aber „Unversöhnlichkeit“ und „Unbeugsamkeit“ mit dem Polizeiapparat verwirklicht werden, der im Dienste einer privilegierten Minderheit steht, dort werden sie zu einer Quelle der Demoralisierung und des Gangstertums. Nicht anders als mit Verachtung kann man die Herren behandeln, die den revolutionären Heroismus der Bolschewiki mit dem bürokratischen Zynismus der Thermidorianer gleichsetzen.

Und auch heute noch zieht es,

trotz der dramatischen Tatsachen der letzten Periode, der Durchschnittsspießer vor zu meinen, im Kampfe zwischen dem Bolschewismus („Trotzkismus“) und dem Stalinismus handle es sich um Zusammenstöße persönlicher Ambitionen oder bestenfalls um den Kampf zweier „Schattierungen“ des Bolschewismus.

Den grössten Ausdruck verlieh dieser Ansicht Norman Thomas, der Führer der amerikanischen Sozialistischen Partei. „Es gibt wenig Grund, zu glauben“, schreibt er („Socialist Review“, Sept. 1937, S. 6), „dass wenn Trotzki statt Stalin gewonnen (!) hätte, es mit den Intrigen, Verschwörungen und dem Schreckensregime in Russland zu Ende wäre.“ Und dieser Mensch hält sich für einen Marxisten.

Mit demselben Recht könnte man sagen: „Es gibt wenig Grund, zu glauben, dass, wenn statt Pius, der XI., Norman, der I., auf den römischen Stuhl erhoben worden wäre, die katholische Kirche sich in ein Bollwerk des Sozialismus verwandelt haben würde.“ Thomas begreift nicht, dass es sich nicht um ein Match zwischen Stalin und Trotzki, sondern um den Antagonismus zwischen Bürokratie und Proletariat handelt.

Allerdings ist in der UdSSR die herrschende Schicht auch heute noch gezwungen, sich dem nicht vollkommen liquidierten Erbe der Revolution anzupassen, dabei gleichzeitig durch direkten Bürgerkrieg (blutige Säuberungen, Massenausrottungen der Unzufriedenen) einen Wechsel des sozialen Regimes vorbereitend. Aber in Spanien tritt die Stalinclique bereits heute offen als Schutzwehr der bürgerlichen Ordnung gegen den Sozialismus auf. Der Kampf gegen die bonapartistische Bürokratie verwandelt sich vor unseren Augen in Klassenkampf: zwei Welten, zwei Programme, zweierlei Moral.

Wenn Thomas glaubt, der Sieg des

sozialistischen Proletariats über die niederträchtige Vergewaltigerkaste werde das Sowjetregime nicht politisch und moralisch regenerieren, so zeigt er damit nur, dass er trotz all seinen Vorbehalten, Schweifwedeleien und frommen Seufzern der Stalinbürokratie viel näher steht als den Arbeitern. Wie alle anderen, die den Bolschewismus der „Amoral“ zeihen, hat sich Thomas einfach nicht bis zur revolutionären Moral erhoben.

## **Die Tradition des Bolschewismus und die Vierte Internationale**

Für die „Linken“, die den Versuch machten, zum Marxismus unter Umgehung des Bolschewismus „zurückzukehren“, lief die Sache gewöhnlich auf einzelne Allheilmittel hinaus: Boykott der alten Gewerkschaften, Boykott des Parlaments, Schaffung „echter“ Sowjets. All das konnte im Fieber der ersten Tage nach dem Krieg außerordentlich tief erscheinen. Aber heute, im Lichte der gemachten Erfahrung, haben diese Kinderkrankheiten sogar als Kuriosa ihr Interesse verloren.

Die Holländer Gorter und Pannekoek, einige deutsche „Spartakisten“, die italienischen Bordigisten erklärten sich unabhängig vom Bolschewismus nur, weil sie einen seiner Züge künstlich übertrieben seinen anderen Zügen gegenüberstellten. Von diesen „linken“ Tendenzen blieb nichts übrig, weder praktisch noch theoretisch: ein indirekter, aber wichtiger Beweis dafür, dass der Bolschewismus für unsere Epoche die einzige Form des Marxismus ist.

Die bolschewistische Partei bewies in der Tat eine Paarung höchster revolutionärer Kühnheit mit politischem Realismus. Sie stellte zum ersten Mal das Verhältnis zwischen Avantgarde und Klasse her, das allein den Sieg zu sichern vermag. Sie zeigte in der Erfahrung, dass das Bündnis des Proletariats mit den unterdrückten Massen des ländlichen

und städtischen Kleinbürgertums nur möglich ist durch den politischen Sturz der traditionellen Parteien des Kleinbürgertums. Die bolschewistische Partei zeigte der gesamten Welt, wie man einen bewaffneten Aufstand durchführt und die Macht ergreift.

Die da der Parteidiktatur eine Abstraktion von Sowjets gegenüberstellen, sollten begreifen, dass die Sowjets nur dank der Führung der Bolschewiki sich aus dem reformistischen Sumpf auf das Niveau einer Staatsform des Proletariats erhoben. Die bolschewistische Partei verwirklichte eine richtige Paarung der Kriegskunst mit marxistischer Politik im Bürgerkrieg.

Selbst wenn es der Stalinbürokratie gelänge, die wirtschaftlichen Grundlagen der neuen Gesellschaft zu zerstören, die unter Führung der bolschewistischen Partei gemachte Planwirtschaftserfahrung wird für immer in die Geschichte eingehen als eine der größten Schulen für die gesamte Menschheit. All das können nur Sektierer nicht sehen, die, gekränkt über die erhaltenen blauen Flecke, dem historischen Prozess den Rücken kehren.

Doch das ist nicht alles. Die bolschewistische Partei konnte ein so grandioses „praktisches“ Werk nur deshalb leisten, weil sie jeden ihrer Schritte mit der Theorie beleuchtete. Der Bolschewismus hat diese nicht geschaffen. Der Marxismus gab sie. Aber der Marxismus ist eine Theorie der Bewegung, nicht des Stillstands. Nur Aktionen grandiosen geschichtlichen Ausmaßes konnten die Theorie selbst bereichern.

Der Bolschewismus lieferte einen wertvollen Beitrag zum Marxismus durch seine Analyse der imperialistischen Epoche als einer Epoche von Kriegen und Revolutionen; der bürgerlichen

Demokratie in der Epoche des faulenden Kapitalismus; des Verhältnisses zwischen  
Generalstreik und Aufstand; der Rolle der Partei, der Sowjets und der  
Gewerkschaften in der Epoche der proletarischen Revolution; durch seine Theorie  
des Sowjetstaates, der Übergangswirtschaft, des Faschismus und Bonapartismus  
in  
der Epoche des kapitalistischen Verfalls; schließlich durch die Analyse der  
Bedingungen für die Entartung der bolschewistischen Partei und des  
Sowjetstaates selber.

Möge man eine andere Stimme  
nennen, die den Schlussfolgerungen und Verallgemeinerungen des  
Bolschewismus  
etwas Wesentliches hinzuzufügen hätte. Vandervelde, de Brouckère, Hilferding,  
Otto Bauer, Leon Blum, Zyromski, von Major Attlee und Norman Thomas gar  
nicht  
zu reden, leben theoretisch von den abgestandenen Resten der Vergangenheit.  
Die  
Entartung der Komintern kommt am deutlichsten darin zum Ausdruck, dass sie  
theoretisch auf das Niveau der II. Internationale herabgerutscht ist. Alle Arten  
von Zwischengruppen (die Unabhängige Arbeiterpartei Großbritanniens, die  
POUM  
und dergleichen) passen jede Woche neue zufällige Auszüge von Marx und Lenin  
ihren jeweiligen Bedürfnissen an. Von diesen Leuten können die Arbeiter nichts  
lernen.

Ernstes Verhalten zur Theorie,  
zusammen mit der gesamten Tradition Marx' und Lenins, haben sich nur die  
Erbauer der Vierten Internationale zu eigen gemacht. Mögen die Spießer darüber  
lächeln, dass zwei Jahrzehnte nach dem Oktobersieg die Revolutionäre wieder auf  
die Position bescheidener propagandistischer Vorbereitung zurückgeworfen sind.

Das Großkapital ist in dieser  
Frage wie in anderen viel scharfsichtiger als die kleinbürgerlichen Spießer,

die sich für Sozialisten oder Kommunisten ausgeben: Nicht von ungefähr verschwindet das Thema der Vierten Internationale nicht aus den Spalten der Weltpresse. Das brennende historische Bedürfnis nach einer revolutionären Führung

verspricht der IV. Internationale ein außergewöhnlich schnelles Wachstumstempo.

Die wichtigste Garantie ihrer künftigen Erfolge ist der Umstand, dass sie nicht abseits vom großen historischen Weg entstand, sondern organisch aus dem Bolschewismus erwuchs.

---

# **Revolution und Konterrevolution in der DDR, Teil 2: Vom Herbst 89 zur Wiedervereinigung**

*Bruno Tesch, Neue Internationale 242, November 2019*

Im [ersten Teil](#) haben wir uns mit Entstehung und Niedergang der DDR beschäftigt. Im zweiten Teil widmen wir uns der Entwicklung bis zur Restauration des Kapitalismus.

Vom Sommer 1989 bis zur Wiedervereinigung erlebte die DDR eine tiefe politisch-revolutionäre Krise, die schließlich in einer sozialen Konterrevolution mündete. Im Sommer hatte eine nicht mehr zu bremsende Massenabwanderung eingesetzt. Im Herbst kam es dann zu Massendemonstrationen, die sich gegen die Untragbarkeit der repressiven Zustände wandten und nach politischen Reformen verlangten. Bis zum November 1989 befand sich die Bewegung in der Offensive. Der Parteiapparat und die

Staatssicherheitsorgane mussten Schritt für Schritt zurückweichen. Daran zeigte sich, wie morsch das Regime schon war. Daran konnten selbst die Palastrevolution und die Absetzung Honeckers im Oktober als Parteichef nichts mehr retten. Auch die UdSSR war nicht mehr bereit, das Staatsgefüge zu stützen.

Der Zusammenbruch eines Teils der Nachkriegsordnung im Osten, eine politisch-revolutionäre Krise in der DDR konnte nur zu drei Resultaten führen: bürokratische Konterrevolution, politische Revolution oder soziale Konterrevolution.

## Grundfragen

Gerade wenn wir die zentralen Aufgaben der politischen Revolution in der DDR – die Eroberung der Staatsmacht und Reorganisation der Planwirtschaft – betrachten, wird unmittelbar deutlich, dass diese von Beginn aufs Engste mit der ArbeiterInnenklasse und sozialen Revolution im Westen verbunden waren. Wie hätte die DDR-Wirtschaft reorganisiert werden sollen und können, wenn nicht im engen Verbund mit den Klassenbrüdern und -schwestern im Westen?

Daher war die Losung einer Vereinigten Sozialistischen Räterepublik in ganz Deutschland eine zentrale Frage vom Beginn der Massenbewegung in der DDR an.

Sie musste jedoch konkret übersetzt werden in Schritte zum sofortigen Aufbau von direkten Verbindungen zwischen den Gewerkschaften, betrieblichen AktivistInnen in Ost und West, in ein Aktionsprogramm zur Lösung der dringendsten Aufgaben auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet, das mit der Losung einer revolutionären ArbeiterInnenregierung verbunden werden musste. Unsere



Vorläuferorganisation, die Liga für eine revolutionär-kommunistische Internationale, hat von Beginn an die Frage der revolutionären Wiedervereinigung sehr konkret aufgeworfen und gleichzeitig die Notwendigkeit dargelegt, jede Rekapitalisierung der DDR einschließlich einer kapitalistischen Wiedervereinigung entschieden zu bekämpfen.

Die Frage der Wiedervereinigung war von Beginn an virulent, obwohl sie in den ersten Wochen der Mobilisierung gegen die Bürokratie nicht offen gestellt wurde. Das hing damit zusammen, dass gerade in den Stellungnahmen des Großteils der kleinbürgerlichen „BürgerInnenbewegung“ die Forderungen im Wesentlichen auf demokratische Reformlosungen beschränkt waren. Aber diese Ziele mussten auch von RevolutionärInnen in dieser Phase aufgegriffen und zugespitzt werden. Das trifft besonders auf Losungen wie Organisationsfreiheit, Reisefreiheit, Pressefreiheit zu.

Zugleich zeigte sich von Beginn an auch die politische Schwäche der BürgerInnenbewegung darin, dass ihr größter Teil die Krise in der DDR im Wesentlichen als „Demokratiefrage“ betrachtete und weitgehend blind war gegenüber der Notwendigkeit, gerade auch eine Antwort auf die tiefer liegende Krise der bürokratischen Planung zu geben.

## **Gründe für konterrevolutionären Umschwung**

Wo die BürgerInnenbewegung und besonders ihr linker Flügel ökonomische Konzepte entwickelten, stellten sie der bürokratischen Planwirtschaft jedoch entweder nur eine Spielart des utopischen „Dritten Weges“ zwischen Kapitalismus und Kommunismus oder eine Form des „Marktsozialismus“ entgegen. Das traf auch auf die linkesten Strömungen wie Vereinigte Linke zu,

die in der „Böhlener Plattform“ einer Form der „ArbeiterInnen selbstverwaltung“ nach jugoslawischem Muster das Wort redete.

Hinzu kam, dass die BürgerInnenbewegung insgesamt politisch eine Reformperspektive des SED-Staates vertrat. Der Druck der Massenbewegung führte Ende 1989 zur Installation der sogenannten „Runden Tische“, die der perspektivlosen und konfusen Opposition ein Forum boten, vor allem aber der noch herrschenden SED-Bürokratie zupasskamen.

Sie erlaubten allen um die Tische versammelten Kräften, die Massen zu demobilisieren, auf die Arbeit in den „neuen“ Gremien zu vertrösten. Die zunehmende Orientierung auf bürgerliche parlamentarische Wahlen zur Volkskammer trug ebenfalls dazu bei, die politische Energie von der Straße an die Wahlurnen zu verlagern.

Die BürgerInnenbewegung übergab die Initiative an die teilweise aus ihr, teilweise aus den Blockparteien entstandenen, offenen bürgerlichen Parteien und die Sozialdemokratie einerseits, an die SED-PDS andererseits.

Die tieferen Ursachen des „Umkippen“ der Bewegungsrichtung bestanden in folgenden Faktoren:

- Erschöpfung der Potentiale der bürokratischen Planwirtschaft;
- Fehlen einer politischen Führung, die eine Alternative für die Avantgarde der ArbeiterInnenbewegung mit der Perspektive des revolutionären Sturzes des SED-Regimes und einer revolutionären Wiedervereinigung hätte weisen können;

- weitgehende Zerstörung des Klassenbewusstseins des Proletariats

Dennoch entstanden in der Frühphase der Bewegung Strömungen wie die Vereinigte Linke, die sich auf eine landesweite Bekanntheit und einen Anhang unter der Intelligenz und Teilen der bewussten ArbeiterInnenschaft berufen konnte und einige hundert AktivistInnen und zehntausende AnhängerInnen umfasste. Außerdem kam es zu politischer Oppositionsbildung in den Gewerkschaften - z. B. in der Initiative Unabhängige Gewerkschaften - und, vor allem Ende 1989, zu einer tiefen politischen Krise in der SED.

In diesen politischen Bewegungen nach links hätten RevolutionärInnen eingreifen müssen und AnhängerInnen für die Bildung einer wirklich revolutionären Partei finden können. Die Entwicklung wurde noch dadurch erschwert, dass die ArbeiterInnenklasse nicht nur nicht als bewusstes politisches Subjekt auftauchte, sondern auch betriebliche und kommunale Formen proletarischer Selbstorganisation sehr rar blieben.

## **Revolutionäre Aufgaben 1989**

Revolutionäre Agitation und Propaganda musste sich auch stark auf die Notwendigkeit der Schaffung von räteähnlichen Strukturen und Kampforganen der Arbeiter und Arbeiterinnen konzentrieren und diese mit der Notwendigkeit der Errichtung einer demokratischen Planwirtschaft verbinden. Eine solche wäre jedoch unmöglich gewesen ohne den revolutionären Sturz der SED, die Zerschlagung des Staatsapparates, die Forderung nach Abzug der sowjetischen Armee, nach Entwaffnung von Polizei, Armee, Betriebskampfgruppen und der Übergabe ihrer Waffen in die Hände von ArbeiterInnenmilizen.

Ein zweiter zentraler Punkt war der Kampf gegen demokratische Illusionen. Dazu war es angesichts des fehlenden Klassenbewusstseins des Proletariats unbedingt notwendig, die Kritik des Charakters der bürgerlichen Demokratie und die Propagierung des Rätessystems mit Forderungen zu verbinden, die die Hoffnungen in die bürgerliche Demokratie einem Test unterzogen hätten und gleichzeitig dazu angetan waren, den Schaden dieser Illusionen zu minimieren.

Eine solche Herangehensweise war um so dringlicher, als der politisch-revolutionäre Prozess November/Dezember 1989 seinen Schwung verloren hatte, die spontane Massenmobilisierung mehr und mehr unter die Fuchtel offen restorationistischer Führungen geriet und auch SED, SED-PDS (später die PDS) unter Krenz, Modrow und Gysi auf den Kurs der kapitalistischen Wiedervereinigung umschwenkten. Sie willigten ein, im März 1990 bürgerliche Parlamentswahlen abzuhalten.

## **Demobilisierung und Rechtsentwicklung**

Die „Runden Tische“ waren in dieser Hinsicht für alle bürgerlichen, kleinbürgerlichen und bürokratischen Kräfte ein Mittel, sich dem Druck der ArbeiterInnen zu entziehen. In dieser Phase wurde von der westdeutschen Bourgeoisie und der SPD auch die Frage der kapitalistischen Wiedervereinigung offensiver ins Treffen geführt.

Durch die allgemeine Orientierung auf Parlamentswahlen war die Massenbewegung damit von der Straße weg vor die Fernsehschirme verbannt. Anfang 1990 war es noch die SPD, die nun die Hoffnungen der ArbeiterInnenklasse und der Mittelschichten in der DDR auf sich zog. Aber sie vertrat einen Wiedervereinigungsplan, der weder die historisch-strategischen Interessen des deutschen Imperialismus voll

befriedigte noch den Werktätigen der DDR eine vernünftige Perspektive bot: Wiedervereinigung in zehn Jahren (womit die SPD in trauter Gemeinsamkeit mit den MonetaristInnen der Deutschen Bundesbank gegen das „Abenteuer Wiedervereinigung“ stand).

Die zögerliche Haltung der SPD hatte nichts mit anti-imperialistischen Überlegungen zu tun, sondern spiegelte ihre soziale Basis in der westdeutschen ArbeiterInnenaristokratie wider, die borniert, aber nicht zu Unrecht fürchtete, die Zeche für die Expansion des deutschen Imperialismus zahlen zu müssen. Statt gemeinsam mit den Klassenbrüdern und -schwestern im Osten in die Offensive zu gehen, blieb die ArbeiterInnenklasse im Westen gegenüber den Ereignissen passiv, skeptisch, abwartend. Die SPD redete einer Variante der kapitalistischen Wiedervereinigung das Wort, deren Kosten allerdings nur die ostdeutschen ArbeiterInnen hätten begleichen müssen.

Diese sahen sich daher zu Recht von der SPD im Stich gelassen. Dass die DDR-Wirtschaft mit bürokratischer Planung light nicht aus der Krise gebracht werden konnte, wusste auch der/die unpolitischste DDR-ArbeiterIn.

Eine einigermaßen große kämpfende Propagandagruppe revolutionärer KommunistInnen hätte in dieser Phase zumindest der Avantgarde eine politische Orientierung geben können. Es existierte aber kein solcher Kern.

Die Haltung der westdeutschen ArbeiterInnenbewegung, die Politik der SPD, aber selbst die Position eines Teils der „radikalen“ Linken, dass die Revolution (und Konterrevolution) in der DDR ausschließlich eine Angelegenheit der DDR-Bevölkerung sei, führten nicht nur zum stetigen Terrainverlust im Osten, sondern sicherten dem Imperialismus auch ein ruhiges Hinterland.

# Kohls Sieg

Andererseits hatte die BRD-Regierung unter Kohl als einzige Kraft die weltgeschichtlichen Potentiale der Situation nicht nur begriffen, sondern auch sehr selbstbewusst im Interesse der langfristigen Perspektiven des deutschen Imperialismus die Initiative ergriffen. Der „ideelle Gesamtkapitalist“ hat in dieser Situation auch ganze Sektoren des deutschen Kapitals, nicht zuletzt die Bundesbank, zur Seite geschoben und Kurs auf eine rasche kapitalistische Wiedervereinigung genommen. Wenige Wochen vor der letzten Volkskammerwahl ging der westdeutsche Imperialismus in die Offensive. Die Ost-CDU, nunmehr Marionette der Bonner Regierung, gewann die Wahl. Der eigentliche Sieger hieß Kohl.

Keine einzige größere Partei, die zur Wahl stand (auch nicht die SED-PDS), hegte auch nur die Absicht, die kapitalistische Wiedervereinigung und Abwicklung der DDR zu verhindern. Entscheidende ökonomische Mechanismen – darunter die Gründung der Treuhand und die Vorbereitung der Wirtschafts- und Währungsunion vom Juli 1990 – waren schon unter der Regierung Modrow auf den Weg gebracht worden. Nun folgte die endgültige Zerstörung des degenerierten ArbeiterInnenstaats DDR mit der Wirtschafts- und Währungsunion. Die Wiedervereinigung im Herbst war dann bloß der staatliche Nachvollzug dieser Regelung.

Besonders skandalös war das Verhalten des DGB:

Im Herbst 1989 verhielt er sich passiv, stumm und gleichgültig gegenüber den Klassengeschwistern in der DDR. Kaum aber war die Vereinigung unter bürgerlich-kapitalistischen Vorzeichen ausgehandelt, vollzog er als Erstes den ‚Vereinigungsprozess‘ durch Übernahme des FDGB (Gewerkschaftsverband der DDR).

Der DGB liquidierte dabei kurzerhand alle bestehenden verbrieften Errungenschaften der DDR-ArbeiterInnenklasse und kassierte außerdem klammheimlich gleich noch den letzten Beschluss des FDGB, der ein Vetorecht

der

Gewerkschaften gegen arbeiterInnenfeindliche Gesetze forderte. Die DGB-BürokratInnen betätigten sich also als willfährige Speerspitze des bundesdeutschen Imperialismus.

## **Nein zur kapitalistischen Vereinigung!**

Zu den letzten Volkskammerwahlen konnten RevolutionärInnen keine der antretenden Parteien unterstützen. Sie waren in einer ganz entscheidenden Stunde einer Wahl, die im Grunde eine Abstimmung über die Existenz der Errungenschaften der DDR war, allesamt auf der falschen Seite der Barrikaden. Die soziale Konterrevolution nahm dadurch auch wie in den meisten osteuropäischen Ländern eine bürgerlich-demokratische Form an.

Im Frühjahr 1990 hätte das Schwergewicht der Intervention revolutionärer KommunistInnen auf folgende Punkte konzentriert werden müssen: die Verteidigung der existierenden Errungenschaften, den Kampf gegen den beginnenden Ausverkauf der DDR-Wirtschaft an das Kapital, ein klares Nein zur kapitalistischen Wiedervereinigung bei gleichzeitiger Herstellung enger Verbindung zu den ArbeiterInnen im Westen (besonders in jenen Konzernen und Banken, die sich anschickten, den Osten zu „erobern“), den Kampf für volle demokratische Rechte für die ArbeiterInnenbewegung und die Schaffung von den Belegschaften verantwortlichen Kampforganen, die bei einer Generalisierung und Zuspitzung der Abwehrkämpfe zu landesweiten räteähnlichen Organen, zu OrganisatorInnen von Massenstreiks gegen Kapital und Bürokratie, gegen NATO und sowjetische Truppen ausgebaut werden mussten.

Solche Organe hätten gleichzeitig die Grundlage für eine revolutionäre ArbeiterInnenregierung bilden können, für die

Zerschlagung der Reste des SED-Staatsapparates und die Errichtung einer proletarischen Räterepublik in Deutschland. Eine solche Entwicklung hätte die revolutionäre Wiedervereinigung mit unzweifelhaft progressiver Dynamik auf die Tagesordnung gesetzt. Vor allem aber hätte der Zusammenbruch der alten Weltordnung mit einem Fanal für die Ausweitung der Revolution nach Ost- und Westeuropa begonnen.

Dass es nicht so gekommen ist, lag zweifellos an ungünstigen politischen Voraussetzungen und der geringen Zeitspanne, die für die Entstehung proletarischen Klassenbewusstseins und für eine grundlegende Umgruppierung der Kräfte in der ArbeiterInnenbewegung genutzt werden hätte müssen. Die kapitalistische Wiedervereinigung war eine historische Niederlage für die ArbeiterInnenbewegung in Deutschland und eine besonders schwere für das Proletariat in der ehemaligen DDR.

Es ist kein Zufall, dass seit den frühen 1990er Jahren fast alle zentralen Angriffe auf die Errungenschaften im Westen durch „Probelaufe“ und „Vorstöße“ im Osten gestartet worden sind. Die Deindustrialisierung und der Verlust an gewerkschaftlicher Kampferfahrung und -bereitschaft des Proletariats in den neuen Bundesländern haben die ArbeiterInnenklasse in der ganzen BRD geschwächt. Gleichzeitig wurde die weltpolitische Rolle des deutschen Imperialismus gestärkt. Die ArbeiterInnenbewegung in Deutschland steht seit 30 Jahren einem Klassengegner gegenüber, der sich viel besser aufgestellt hat, als es die Betrachtung der rein territorialen Ausdehnung wiedergibt.

---



# Revolution und Konterrevolution in der DDR - Teil 1: Entstehung und Niedergang

*Bruno Tesch, Neue Internationale 141, Oktober 2019*

2019/2020 jährt

sich die Todeskrise der DDR, die schließlich in der Restauration des Kapitalismus, Wiedervereinigung und Stärkung des deutschen Imperialismus mündete.

In dieser Ausgabe der Neuen Internationale skizzieren wir Entstehung und Niedergang der DDR, also die Ursachen, die 1989/90 zu Revolution und Konterrevolution führten.

## Nachkriegsordnung

Bereits vor der

Niederwerfung des deutschen Faschismus wurden Pläne zur territorialen Neuordnung in Mitteleuropa entworfen. Nach dem Sieg der Alliierten traten jedoch

die grundlegenden Gegensätze zwischen den Systemen, der nunmehr von den USA als

zentraler imperialistischen Macht geführten „freien“ Welt einerseits und dem degenerierten ArbeiterInnenstaat Sowjetunion andererseits, hervor.

Die Absichten

von Teilen der US-Bourgeoisie zur Zerstückelung und der Morgenthau-Plan von 1944 zur Deindustrialisierung Deutschlands wurden daher recht rasch zugunsten einer modifizierten imperialistischen Strategie fallengelassen: dem Marshallplan

(European Recovery Program). Danach sollten die von der Roten Armee besetzten Gebiete durch gezielte Wirtschaftshilfe dem Einfluss der Kreml-Bürokratie entrissen werden. Das gelang jedoch nicht. So wurden die geopolitisch und ökonomisch unverzichtbaren Westzonen Deutschlands mittels Marshallplan zum Bollwerk und Brückenkopf gegen den Stalinismus ausgebaut.

Die stalinistischen Pläne waren von Sicherheitsdenken geleitet: Deutschland sollte als entmilitarisiertes, neutrales, jedoch durchaus bürgerlich geführtes und ungeteiltes Land als Pufferstaat gegen den imperialistischen Westen dienen. Dieser Plan Moskaus wurde aber durch den Aufbau eines westdeutschen Separatstaates durchkreuzt. Folglich blieb auch hier keine Wahl mehr, die Kreml-Bürokratie musste nachziehen und auf ihrem Besatzungsgebiet einen ArbeiterInnenstaat als Schutzzone etablieren.

Somit geriet Deutschland zum zentralen Ort der Blockkonfrontation. Schließlich führte die Teilung des Landes auch zu einer Aufteilung der ArbeiterInnenbewegung unter die Apparate von SED und SPD, die - wenn auch mit unterschiedlichen Mitteln - ein politisches Monopol über „ihren“ Teil der Bewegung ausübten. Zweifellos hatten beide ein beachtliches Eigeninteresse daran und an der Säuberung der Bewegung von allen widerspenstigen Elementen. Zugleich waren sie aber auch verlängerte Arme der führenden politisch-militärischen Kräfte „ihres“ Blocks zur Kontrolle der jeweiligen ArbeiterInnenklasse.

## **Degenerierter ArbeiterInnenstaat**

Die stalinistische Sowjetbürokratie ging in der späteren DDR nicht wie teilweise in Osteuropa über den Umweg der anfänglichen Mitbeteiligung bürgerlicher

Parteien

vor. Die Militäradministration der Roten Armee bestimmte direkt die Politik. Sie schob jeglicher freier Entfaltung der ArbeiterInnenbewegung im Osten einen Riegel vor. Die eigenständigen Volkskomitees wurden aufgelöst, das Streikrecht abgeschafft. Als verlängerter Arm dieser Politik diente die bürokratisch kontrollierte Vereinigung der beiden großen ArbeiterInnenparteien SPD und KPD zur SED (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands). Erst nach dieser politischen Entmündigung der ArbeiterInnenbewegung war die Bahn frei für die Gründung eines degenerierten ArbeiterInnenstaates, der Deutschen Demokratischen Republik (DDR).

Zwar bestanden deren

ökonomische Grundlagen in der Unterordnung der Binnenwirkungen des kapitalistischen Wertgesetzes durch die Nichtverfügbarkeit eines freien Arbeitsmarktes,

die Enteignung des kapitalistischen Privatbesitzes an den Produktionsmitteln und die Vorgabe eines Wirtschaftsplans und eines staatlichen

Außenhandelsmonopols. Doch die DDR-Staatsmaschinerie war und blieb vom Typus

her bürgerlich, ein abgehobener allmächtiger Apparat. In ihm bildete sich eine wuchernde Schicht heraus, die sich als unterdrückende Kaste über die ArbeiterInnenklasse erhob. Dieses Gebilde war unreformierbar und stellte, auch wenn es der Wirkung des Wertgesetzes Grenzen setzte, letztlich ein Hindernis beim Aufbau zu einer sozialistischen Gesellschaft dar. Es ist kein Wunder, dass es später keinerlei Widerstand gegen die Restauration des Kapitalismus leistete - vor allem aber entfremdete es die Lohnabhängigen über Jahrzehnte von „ihrem“ Staat und der Planwirtschaft und verhinderte die Entwicklung aller Ansätze proletarischer Selbstorganisation und damit auch die Entfaltung des Klassenbewusstseins.

## **ArbeiterInnenaufstand**

## und Mauerbau

Trotz dieser

Einschnürung der Eigenständigkeit der ArbeiterInnenklasse flammte noch einmal ein Funke auf. Er entzündete sich an der Einführung des Neuen Kurses durch die DDR-Parteiführung 1953. Dieser brachte den nichtproletarischen Schichten Erleichterungen und Vorteile, der ArbeiterInnenklasse hingegen eine Erhöhung der Arbeitsnormen. Dies führte zu einem spontanen Aufstand, der in Berlin ausbrach und sich auf das Gebiet der gesamten DDR ausbreitete. Neben Forderungen nach Rücknahme der Normenerhöhungen wurden auch politische, darunter nach Wiedervereinigung erhoben. Von Teilen der Klasse, z. B. den StahlarbeiterInnen in Hennigsdorf und Velten, wurden auch Losungen wie jene nach einer „MetallarbeiterInnenregierung“ erhoben, die das Streben nach revolutionärem Sturz des Stalinismus zum Ausdruck brachten.

Der Aufstand

konnte mit Hilfe der stationierten Sowjetarmee niedergeschlagen werden. Die Westalliierten und deutschen Westparteien hatten das Geschehen eher passiv aus der Entfernung beobachtet oder blockiert, weil sie genau wie die stalinistische Bürokratie nichts mehr fürchteten als eine unkontrollierte Störung des Status quo und die Eigentätigkeit der ArbeiterInnenklasse.

Die Normenerhöhung

wurde zwar zurückgenommen, erkaufte aber mit einer politischen Friedhofsruhe und Festigung der Macht der SED-Bürokratie.

Nicht zufällig

fiel gerade das folgende sinnbildhafteste Ereignis der deutschen Teilung, der Bau der Berliner Mauer, in eine Zeit, als die internationalen Beziehungen auf

dem Gefrierpunkt angelangt waren und der Kalte Krieg in einen heißen atomaren (Kubakrise) umzuschlagen drohte.

1961 markierte

einen Wendepunkt in den innerdeutschen Verhältnissen. Ende der 1950er Jahre wurde das Auseinanderklaffen des Lebensstandards zwischen Ost und West immer

spürbarer und die DDR drohte an qualifizierten industriellen Arbeitskräften, die in die BRD abwanderten, auszubluten. Dagegen unternahm die Parteiführung in

bürokratischer Manier eine Grenzschießung des letzten Nadelöhrs, das durch die Viermächtevereinbarung in Berlin bestand.

Auch ein revolutionärer

ArbeiterInnenstaat hätte die nachkapitalistischen Eigentumsverhältnisse schützen müssen, aber niemals um den Preis, die Bevölkerung in einer geschlossenen Anstalt mit Freigangsregelung nur in die „sozialistischen Bruderländer“ zu verwahren. So aber schien die deutsche Spaltung auf Dauer buchstäblich betonierte zu sein.

Zwar erholte

sich die DDR bis Mitte der 1960er Jahre wirtschaftlich auf der Woge einer extensiven

Ausdehnung der Planwirtschaft wie einer noch günstigen Weltkonjunktur, doch in den Augen der internationalen ArbeiterInnenbewegung hatte sich das stalinistische Regime politisch endgültig diskreditiert und besonders in der BRD dem Antikommunismus auch unter den Lohnabhängigen immens Vorschub geleistet.

# „Normalisierung“ der innerdeutschen Beziehungen

Zugleich wurde im Westen der Antikommunismus praktisch zur Staatsdoktrin. Nach der Niederlage der ArbeiterInnenbewegung im Kampf um die Sozialisierung der Grundstoffindustrien und der Einführung des Betriebsverfassungsgesetzes wurde auch die KPD im Westen politisch an den Rand gedrängt und schließlich verboten. Unter der sozialliberalen Regierung vollzog der deutsche Imperialismus jedoch eine Veränderung seiner Ost-Strategie. Die DDR sollte nicht mehr einfach dämonisiert, sondern der westliche Einfluss durch Verträge und Handel ausgebaut werden.

1972 wurde der Grundlagenvertrag zwischen beiden deutschen Staaten unterzeichnet. Das BRD-Kapital erkaufte sich mittels der neuen SPD-Ostpolitik durch formale Zugeständnisse der politischen Nichteinmischung, die das Sicherheitsbedürfnis der DDR-Bürokratie bedienten, größeren ökonomischen Bewegungsspielraum in der DDR.

Die scheinbare politische Anerkennung war allerdings bald begleitet von einer neuen imperialistischen Offensivstrategie der „Totrüstung“ der ArbeiterInnenstaaten, die zusätzlich die Wirtschaft der DDR neben den abgestumpften bürokratischen Planmechanismen in Mitleidenschaft zog. So ließ sich der Milliarden Swing-Kredit von 1983/1984 als einvernehmliche Hilfe anbahnen und erhöhte damit wiederum die Abhängigkeit von der BRD, da die RGW (Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe)-Zusammenarbeit des

Ostblocks längst nicht mehr griff, sondern zum Klotz am Bein wurde.

Aus der

Schuldenfalle und der damit verbundenen Produktionsspirale für die Erbringung von Devisen auf Kosten der Gütererzeugung für den Inlandsbedarf konnte sich die DDR schließlich mit herkömmlichen bürokratischen Methoden nicht mehr aus eigener Kraft befreien, so dass der BRD-Imperialismus die restaurative Wiedervereinigung über diesen Umweg objektiv vorbereiten half.

## **Aushöhlung der wirtschaftlichen Grundlagen**

Die Existenz der

DDR stand und fiel in Wirklichkeit mit zwei Faktoren. Erstens mit der Stabilität der Nachkriegsordnung. Zweitens damit, den ArbeiterInnen in der DDR eine wirtschaftliche und politische Perspektive glaubhaft darlegen zu können. Die stalinistische Herrschaft konnte sich nicht nur auf Repression stützen, sondern enthielt ein Element des Kompromisses besonders mit den oberen Schichten der Angestellten und Staatsverwaltung.

Die DDR fiel

jedoch trotz Honeckers Wende 1971 zur Konsumgüterproduktion ökonomisch immer

mehr zurück. Gerade die industrielle ArbeiterInnenklasse spürte diese Entwicklung: stetige Verschlechterung des Zustands der Produktionsmittel, immer

stärkerer Verschleiß, immer größere Produktion für den Export bei gleichzeitigem Engpass an Gütern im Inneren, Stagnation der Lebensbedingungen, immer stärkeres relatives Zurückbleiben gegenüber dem Westen.

In einem internen Bilanzpapier des Politbüros der SED hieß es: „Die Zinszahlungen ... betragen 1989 voraussichtlich 5 Milliarden Mark. Das ist mehr als der gesamte Jahreszuwachs des Warenfonds im Jahre 1989. Das hängt mit nicht realisierbaren Kaufwünschen, besonders nach langlebigen und hochwertigen Konsumgütern zusammen (Pkw, HiFi-Anlage u. ä.).“

Daraus ergibt sich, dass die Kernschichten der ArbeiterInnenklasse in der DDR mit dem System der bürokratischen Planung schon abgeschlossen hatten, bevor es 1989/1990 geschichtlich zur Disposition stand. Selbst die Bürokratie hatte die Hoffnung verloren, dass dieses System durch eine reformierte Variante der SED-Herrschaft wieder in Schwung zu bringen sei.

## 1989

Vom Sommer 1989 bis zur Wiedervereinigung erlebte die DDR eine tiefe politisch-revolutionäre Krise, die schließlich in einer sozialen Konterrevolution mündete. Im Sommer hatte eine nicht mehr zu bremsende Massenabwanderung eingesetzt. Im Herbst kam es dann zu Massendemonstrationen, die sich gegen die Untragbarkeit der repressiven Zustände wandten und nach politischen Reformen verlangten. Bis zum November 1989 befand sich die Bewegung in der Offensive. Der Parteiapparat und die Staatssicherheitsorgane mussten Schritt für Schritt zurückweichen. Daran zeigte sich, wie morsch das Regime schon war. Daran konnte selbst die Palastrevolution und die Absetzung Honeckers im Oktober als Parteichef nichts mehr retten. Auch die UdSSR war nicht mehr bereit, das Staatsgefüge zu stützen.



Der

Zusammenbruch eines Teils der Nachkriegsordnung im Osten, eine politisch-revolutionäre Krise in der DDR konnte nur zu drei Resultaten führen: bürokratische Konterrevolution, politische Revolution oder soziale Konterrevolution.

In der [nächsten Ausgabe](#) werden wir uns mit der Entstehung der Bewegung, ihrer ersten, aufsteigenden Phase wie auch ihren inneren Widersprüchen und Schwächen beschäftigen, die es ermöglichten, dass eine halbe politische Revolution in eine ganze Konterrevolution umschlug.

---

# **Lesben- und Schwulenbefreiung - 50 Jahre Stonewall- Rebellion**

*Dave Stockton, Neue Internationale 239, Juli/August 2019*

Um 1:30 Uhr am Morgen des 28. Juni 1969 stürmten Polizeikräfte der NYPD unter der Leitung des Vizeinspektors Seymour Pine das Stonewall Inn in der Christopher Street in Mannhattans Greenwich Village. „Wir übernehmen den Platz!“

Die PolizistInnen befahlen den KundInnen, sich in Reihen aufzustellen und ihre Personalausweise parat zu halten. Viele wurden verbal misshandelt, einige grob behandelt und verhaftet. Andere wurden aus der Bar geschleppt und die Bullen begannen, sie in Autos zu verfrachten.

Die Bar war ein beliebter Treffpunkt für das gesamte Spektrum der Homosexuellenszene, darunter Männer, Lesben, Trans-Personen und solche, die

sich heute als queer oder nicht-binär identifizieren. Stonewall war ein Ort, an dem die Menschen tanzen, sich nach Belieben kleiden und küssen konnten, ohne verspottet, belästigt oder hinausgeschmissen zu werden, wie es in „Hetero“-Bars der Fall war. Wie andere schwule Treffpunkte wurde sie jedoch wegen dieser damals rechtswidrigen Aktivitäten unter der Kontrolle der Mafia geführt, deren Mitglieder sowohl die Kundschaft ausnutzten wie auch beschützten. Dies und die Tatsache, dass SexarbeiterInnen dorthin „drängten“, lieferten der Polizei mehrere Vorwände, regelmäßig Razzien durchzuführen, aber auch Bestechungsgeld einzustreichen.

Doch am 28. Juni ändert sich die Situation. Als Gäste von der Polizei angegriffen und beleidigt wurden, begannen sie sich zu wehren - zum Erstaunen der PolizistInnen. Die Menge, die sich in der Christopher Street versammelt hatte, begann laut zu protestieren, zu spotten und dann die Polizei zu behindern. Der Auslöser war nach den meisten Berichten der heftige Widerstand einer Lesbe dagegen, in ein Polizeifahrzeug geschoben zu werden.

Bald flogen Gegenstände und „New Yorks Feinste“ - die Polizei - fand sich auf einmal zurückgedrängt und im Stonewall Inn belagert durch eine Menschenmenge, die zu Hunderten ihren Frust entlud. Die Auseinandersetzungen dauerten drei Nächte lang an, einige sagen, länger.

Nicht nur schwule Männer, sondern auch Lesben, Trans-Frauen und TransvestitInnen sowie obdachlose junge Menschen, die im Christopher Park lebten, traten bei den Unruhen an die Spitze. Zwei beteiligte Trans-Aktivistinnen, die Latina Sylvia Rivera und die schwarze Marsha P. Johnson, gründeten 1970 eine Organisation namens STAR, die Street Transvestite Action Revolutionaries (der Begriff „Transgender“ war damals nicht üblich).

# Die Auswirkungen von Stonewall

Auch 50 Jahre später steht Stonewall für all jene, die gegen Unterdrückung aufgrund ihrer Sexualität und Geschlechtsidentität kämpfen, die nicht den patriarchalen heterosexuellen Normen entsprechen. Wie der Internationale Frauentag (8. März) und die noch älteren ArbeiterInnenfeiern am 1. Mai ist der 28. Juni in vielen Ländern und zu vielen Zeiten zu einem Tag des Kampfes geworden trotz der Versuche, ihn durch Staat und sogar Polizei zu integrieren.

In vielen Städten der Welt wie in Istanbul werden Menschen, die versuchen, Pride Events zu organisieren, bis heute, mit brutaler, manchmal mörderischer Unterdrückung konfrontiert. Das ist ein guter Grund dafür, dass der Christopher Street Day in Ländern, die heute demokratische Rechte für LGBTIA-Menschen zumindest formal garantieren, nicht an die Unternehmen oder die Liberalen, geschweige denn an die Polizei ausgeliefert werden sollte, nur um zu zeigen, „wie weit wir gekommen sind“. Das sind wir allein schon jenen schuldig, denen nach wie vor extreme Repression, Schläge und Mord, Illegalität, Gefängnis oder gar die Todesstrafe drohen, nur weil sie schwul, lesbisch oder trans sind.

Es ist also ein guter Zeitpunkt, sich daran zu erinnern, wie die von der Stonewall-Rebellion inspirierte „Homosexuellenbewegung“ weit über die respektable Lobbyarbeit und die „Homosexuellengesetzesreformkampagnen“ der vorhergehenden Jahrzehnte hinausging.

Die 1950er Jahre waren eine besonders schwere Zeit für alle LGBTIA-Menschen. Der Angriff auf Linke durch den McCarthyismus beinhaltete auch eine Hexenjagd, die als Lavendelschreck bekannt war. Guy George Gabrielson, der Vorsitzende des republikanischen Nationalkomitees, behauptete beispielsweise, dass „sexuell Perverse, die in den letzten Jahren unsere Regierung infiltriert haben, vielleicht so gefährlich wie die tatsächlichen KommunistInnen“ seien.

# „Die Unzucht“ in den USA

Menschen konnten entlassen werden, wenn ihre Sexualität oder Geschlechtsidentität von ihren „ArbeitgeberInnen“ entdeckt wurden. In den Schulen, in der Armee, in den Kirchen, im öffentlichen und politischen Leben, ganz zu schweigen von der Familie, war die Enthüllung meist verheerend. Und jene, die „enttarnt“ wurden, wurden oft misshandelt, auf die „Toilette“ gezwungen, von Angst und psychischer Bedrängnis heimgesucht.

Verschiedene Bundesstaatengesetze verboten das öffentliche Tanzen mit gleichgeschlechtlichen PartnerInnen und erzwangen das Tragen von mindestens drei Teilen „geschlechtsadäquater“ Kleidung. Die Polizei nutzte diese Gesetze, um diejenigen zu belästigen und einzuschüchtern, die sie überschritten, und überfiel regelmäßig Clubs, die von Schwulen, Lesben, Transgendern oder -vestitInnen besucht wurden.

Homosexualität wurde noch bis 1973 von der American Psychiatric Association als psychische Störung definiert. PsychiaterInnen sahen ihre Aufgabe darin, Schwule oft mit der schrecklichen Aversionstherapie zu „heilen“. Die Kirchen – und die USA waren und bleiben ein Land, in dem die Kirchen trotz der verfassungsmäßigen Trennung vom Staat enormen Einfluss ausüben – , wiesen ebenfalls die „Unzucht“ als eine der abscheulichsten Sünden zurück.

So dachten viele LGBTIA-Menschen, dass, wie sie sich selbst fühlten, eine schändliche Perversion und/oder eine Todsünde sei. Viele junge Menschen wurden von ihren Familien verstoßen oder verließen ihr Zuhause für ein Leben auf der Straße. Viele begingen Selbstmord. Brutale Prügel („queer bashing“) und Morde waren nicht nur häufig, sondern wurden auch gerade von der Polizei nicht ernst genommen (ähnlich wie häusliche Gewalt).

# Coming Out

Stonewall inspirierte eine Reihe von öffentlichen Aktionen in den USA und darüber hinaus. Es fiel auf fruchtbaren Boden wegen der massiven Antikriegs-, der Black-Power- und Antirassismusbewegung und der Sit-ins und Teach-ins, die in den Jahren zuvor an Hochschulen abgehalten wurden. Die sexuelle Befreiung wurde zu einem großen, öffentlichen Thema. Obwohl vieles davon, wie FeministInnen betonten, auch sexistisch war, öffnete es den Weg für die Wiedergeburt der radikaleren Ideen der 1970er Jahre. In den USA führte Stonewall zur Gründung der Gay Liberation Front (GLF) und zum Erscheinen der Zeitung „Come Out“.

Die GLF nahm rasch radikale Positionen ein, die ihre Solidarität mit der Black Panther Party und Kämpfen gegen den Vietnamkrieg zum Ausdruck brachten.

Und die „Panthers“, die damals mit mörderischer Unterdrückung durch den US-Bundesstaat konfrontiert waren, antworteten positiv.

Schwulenbefreiung bedeutete notwendigerweise Befreiung von Selbstunterdrückung, vom Leben auf Klosetts. Die von der GLF vorgeschlagenen Mittel waren, dass immer mehr Schwule ihr „Coming out“ (Selbsterklärung) vollziehen sollten, damit Homophobie herausgefordert und überwunden wird.

Diese

Strategie beruhte auf dem Mut des Einzelnen - natürlich unterstützt von lokalen Gruppen.

Carl Wittmans „Ein schwules Manifest“, das kurz vor Stonewall geschrieben, aber erst im Januar 1970 veröffentlicht wurde, verurteilte den männlichen Chauvinismus und die Familie als Unterdrückung sowohl für Frauen wie für schwule Männer. Das Manifest erklärte, dass Frauen, die für ihre Befreiung kämpfen, „unsere engsten Verbündeten sind“ und schlug die Notwendigkeit eines lesbischen Caucus (Recht auf gesonderte Treffen nur für Lesben) vor. In Bezug

auf das Verhältnis der Bewegung zur ArbeiterInnenklasse war es vorsichtiger, aber nicht feindselig.

Tatsächlich war Wittman ein Linker, aber seine Vorsicht muss im Kontext einer Zeit betrachtet werden, in der ArbeiterInnenparteien reaktionäre Positionen zu Homosexualität und nicht-konformen Geschlechteridentitäten eingenommen hatten – und zwar nicht nur die sozialdemokratischen Parteien, sondern vor allem auch die stalinistischen Staaten, die Homosexualität unter Strafe stellten und als „westliche Perversion“ betrachteten.

## **Veränderung**

Die neuen militanten Bewegungen dehnten sich auf viele Länder aus und halfen, die Aufhebung einer Reihe von brutal repressiven und diskriminierenden Gesetzen zu erzwingen.

Sie waren radikal, verbanden die Kritik an der bürgerlichen Familie mit der an reaktionären Geschlechternormen und Idealen von Männlichkeit und Weiblichkeit.

Sie versuchten bewusst, sich mit der zweiten Welle des Feminismus, der antirassistischen Bewegung zur Befreiung der Schwarzen und der antiimperialistischen Opposition gegen imperialistische Kriege zu vereinen oder in sie zu integrieren.

In vielen Ländern konnten wichtige Verbesserungen und wenigstens rechtliche Gleichstellung durchgesetzt werden. Aber einige VeteranInnen der Bewegung haben die Gelegenheit des 50. Jahrestages genutzt, um die Aufmerksamkeit auf einige der Schattenseiten zu lenken.

Der langjährige Aktivist und Historiker Martin Duberman (Autor von „Stonewall“, Penguin Books, 1. Auflage, 1993) veröffentlichte 2018 das Buch: „Has the Gay Movement Failed?“.

Er kritisiert „die jüngste assimilatorische Agenda der Bewegung - Eherecht und Erlaubnis, offen in der Armee zu dienen...“ und stellt sie in Gegensatz zur „...- weitaus umfassenderen Agenda, die die Front der Homosexuellenbefreiung zu ihrer Gründerzeit unmittelbar nach den Stonewall-Aufständen nach diesen Unruhen charakterisiert hatte. GLF hatte zu einem harten, umfassenden Angriff auf sexuelle und geschlechtsspezifische Normen, auf imperialistische Kriege und kapitalistische Gier und auf die schändliche Misshandlung von rassistischen und ethnischen Minderheiten aufgerufen.“

Und es hat dazu geführt, dass die großen - ja utopischen - Perspektiven der GLF von 1970-1973 für reformistische und liberale Ziele aufgegeben wurden, die sich auf die Forderung nach Integration in die Gesellschaft und ihre Institutionen konzentrieren, die einst angeprangert wurden.

Dasselbe gilt natürlich für viele der radikalen Bewegungen der 1960er und 1970er Jahre. Eine erste revolutionäre und utopische Phase wich schließlich einem Prozess der Zersplitterung und Fragmentierung, der zu sehr reformistischen und bürgerlichen Zielen führt.

Wie der Feminismus der zweiten Welle konzentrierte sich die Befreiung der Homosexuellen stark auf die Bekämpfung der Auswirkungen der Unterdrückung für die Einzelnen. „Bewusstseinsbildung“, „Outen“, „Schaffen von Subkulturen“, „gemeinsame Lebensweisen“ usw. - obwohl notwendig und gerechtfertigt - wurden den sozialen und Klassenkämpfen dieser Zeit entgegengesetzt. In Großbritannien wurde dies vorübergehend und inspirierend durch die Unterstützung des

Bergarbeiterstreiks durch Lesben und Schwule überwunden. Damit wurde ein echter Durchbruch für die britischen Gewerkschaften und ihre Mitglieder sowie für die Labour Party erzielt.

## Fazit

MarxistInnen sollten sich positiv und kritisch auf diese frühe Periode der Schwulen- und Frauenbefreiungsbewegung Anfang der 1970er Jahre beziehen. Tatsächlich half diese Bewegung den MarxistInnen, den umfassenden radikalen Impuls eines Marxismus wieder zu entdecken, der von Sozialdemokratie und Stalinismus bürokratisch erstickt und mit einer im Kern kleinbürgerlichen Zukunftsvision mit „proletarischer“, heteronormativer Familie verkommen war.

Sie hätte jedoch auch an der Erkenntnis des Marxismus anknüpfen müssen, dass reaktionäre Geschlechterrollen sexuelle Unterdrückung auf einer patriarchalischen Familie beruhten, die Frauen stark auf Kindererziehung und Hausarbeit beschränkt. Es ist die Verteidigung dieser Arbeitsteilung, die auch für frühere Formen der Klassengesellschaft von wesentlicher Bedeutung ist, im Kapitalismus, die ideologische Kontrolle und im buchstäblichen Sinn Überwachung der binären Geschlechterrollen und die Verfolgung derjenigen, die sie überschreiten, erfordert.

Aber um dieses System auszumerzen, bedarf es der radikalen Beseitigung kapitalistischer Ausbeutung und dann der Aufhebung der privaten Familieneinheit und ihres Haushalts. Die grundlegende Akteurin, die für eine solche Transformation notwendig ist, ist die ArbeiterInnenklasse – männliche und weibliche – Schwule und Hetero- sowie Menschen aller Geschlechtsidentitäten.



Natürlich spielen diejenigen, die die Last der Unterdrückung tragen, eine zentrale Rolle bei ihrer Bekämpfung. Aber sie können dies nicht allein oder isoliert tun. Sie brauchen die soziale Kraft der ArbeiterInnenklasse, der Mehrheit. Aber diese wiederum kann sich nur dann für diese Aufgabe wappnen, wenn sie sich als Verfechterin aller Menschen erweist, die unter diesen Unterdrückungen leiden.

---

# China: Tian'anmen, 30 Jahre danach

*Peter Main, Infomail 1057, 3. Juni 2019*

In den frühen

Morgenstunden des 4. Juni 1989 stießen Panzer und Infanterie der Volksbefreiungsarmee auf den riesigen Platz des Himmlischen Friedens vor, der vor der „Verbotenen Stadt“ Pekings, dem Regierungssitz, liegt. Der Platz selbst wurde von zehntausenden AnhängerInnen der „Demokratiebewegung“ besetzt, hauptsächlich von StudentInnen, die dort mehrere Wochen lang campiert hatten. Die Panzer stoppten ihren Vormarsch nicht, ihre Spurketten zerstörten die Zelte und überrollten viele, die nicht entkommen konnten. Viele weitere starben, als Truppen das Feuer direkt in die Menge eröffneten.

Als sich die

Nachricht vom Massaker von Tian'anmen verbreitete, formierten sich Proteste von

Millionen in allen großen Städten Chinas. Generalstreiks brachten einen Großteil des Landes zum Erliegen. Das Kriegsrecht, das am 18. Mai in Peking verkündet wurde, wurde auf das gesamte Land ausgedehnt, und alle

Mobilisierungen wurden so grausam unterdrückt wie in der Hauptstadt. Im Juli war jeglicher Widerstand gebrochen. Die verbleibende Aktivität beschränkte sich auf das Verstecken von AktivistInnen und den Versuch, die Toten und die Vermissten zu dokumentieren.

## Vorgeschichte

Die Bewegung, die so blutig endete, besaß ihre Vorläuferin in der Mobilisierung der „Mauer der Demokratie“ ein Jahrzehnt zuvor. So wie diese spiegelte sie eine Spaltung in der Führung der Kommunistischen Partei Chinas, KPCh, in der Wirtschaftspolitik wider. 1978 endete die Debatte mit dem Sieg der Vorschläge von Deng Xiaoping, das Wachstum durch „Marktreformen“ des Systems der staatlichen Planung zu stimulieren. Bis Mitte der 1980er Jahre hatten diese jedoch widersprüchliche Ergebnisse erbracht. Die Wiedereinführung der privaten Landwirtschaft hatte die Jahresproduktion um bis zu 13 Prozent erhöht und das Wachstum der privaten Leichtindustrie angefacht, aber eine erhöhte Autonomie der Leitung in der staatlichen Industrie hatte keine nennenswerte Entwicklung gebracht.

Die Debatte darüber, wie dieser Widerspruch gelöst werden konnte, hatte nicht nur die FührerInnen der KP Chinas beschäftigt. In den Universitäten und den Ministerien gerieten ExpertInnen, von denen einige an „westlichen“ Universitäten studieren durften, über das weitere Vorgehen in Streit. Solche Argumente fanden natürlich ihren Weg in die Zeitschriften und damit in die Hörsäle und Seminarräume. Hu Yaobang, der Generalsekretär der KP Chinas, ermutigte solche Debatten und machte deutlich, dass er nicht nur mehr „vermarktende“ Reformen, sondern auch eine politische Entspannung befürwortete.

Im Januar 1987 wurde Hu durch Zhao Ziyang ersetzt, aber dies führte nicht zu einer sofortigen

Änderung der Politik. Im September 1988, als sich die Parteiführung nicht auf eine Preisreform einigen konnte, wurde die Situation noch verschärft. Diese Lähmung auf höchster Ebene konnte nicht öffentlich gemacht werden, aber sie war hinreichend bekannt, insbesondere unter der Intelligenz.

Was das Thema in die Öffentlichkeit brachte und die Demokratiebewegung auslöste, war der Tod von Hu Yaobang bzw. seine Beerdigung im April 1989. Die Beisetzung eines hochrangigen Parteivorsitzenden war eine öffentliche Veranstaltung, die jedoch vor allem für StudentInnen zu einer Gelegenheit wurde zu demonstrieren, und die Unterstützung eines Mann zum Ausdruck zu bringen, der sich für politische Debatten und sogar Pluralismus eingesetzt hatte. Es wurden Forderungen nach einer freien Presse, nach Maßnahmen gegen korrupte BeamInnen und nach der Anerkennung unabhängiger studentischer Organisationen laut. Die Demos wurden von den Pekinger EinwohnerInnen begeistert angefeuert, und dies sorgte, gepaart mit der offiziellen Trauer um Hu, für das Ausbleiben von Repression.

## **Ausweitung und Besetzung**

Ermutigt durch diese Erfahrung riefen die StudentInnen eine Demonstration zum Gedenken an die „Bewegung des vierten Mai“ von 1919 aus (Proteste gegen den Versailler Vertrag, der China nicht die Aufhebung der „Ungleichen Verträge“ und 21 Forderungen Japans brachte). Zehntausende folgten dem Aufruf und die Demonstration betrat den Platz des Himmlischen Friedens ohne die erwartete offizielle Opposition. Mehr noch, Zhao Ziyang selbst erklärte öffentlich, dass vieles, was die StudentInnen wollten, im Einklang mit der Parteipolitik stand.

Nichtsdestotrotz

änderte sich nichts und die StudentInnen beschlossen, weitere Demonstrationen zu veranstalten, um den sowjetischen Staats- und Parteichef Michail Gorbatschow am 15. Mai zu begrüßen. Gorbatschow selbst wurde mit der Einführung von „Glasnost“

und „Perestroika“, Offenheit und Umbau in der Sowjetunion in Verbindung gebracht, und die Botschaft der StudentInnen an die KPCh-Führung hätte kaum deutlicher sein können.

Die

Menschenmassen auf dem Platz des Himmlischen Friedens waren so groß, dass Gorbatschow

durch einen Seiteneingang ungesehen in die Verbotene Stadt gebracht werden musste. Nun begann die dauerhafte Besetzung des Platzes. Hunderte von StudentInnen begannen einen Hungerstreik, um ihren Forderungen Nachdruck zu

verleihen. Drei Tage später lehnte der Ständige Ausschuss des Politbüros, die tägliche Führung der Partei, Zhao's Vorschlag für Konzessionen an einige der Forderungen der StudentInnen ab. Nachdem er diese besucht hatte, wurde er aus dem Amt entfernt und am nächsten Tag erklärte Li Peng, der Premierminister, in Peking das Kriegsrecht.

Die sofortige

Reaktion war ein massiver Protest der Pekinger Einwohnerschaft. Mehr als eine Million Menschen besetzten nun den Platz. Streiks lähmten die ganze Stadt und verhinderten, dass Truppen das Zentrum erreichten. Am Abend wurde die Organisation Autonomer ArbeiterInnen Pekings gegründet. Zwei Wochen lang hielt diese

Situation an. Außerhalb von Peking wuchs die Demokratiebewegung in den Provinzstädten, und viele beschlossen, Delegationen von StudentInnen und ArbeiterInnen in die Hauptstadt zu entsenden.

Es war ihre

Ankunft auf dem Platz des Himmlischen Friedens, verbunden mit der

zunehmenden

Verbrüderung zwischen lokalen Garnisonstruppen und den DemonstrantInnen, die

Deng, den „obersten Führer“, davon überzeugten, dass die gesamte Bewegung endgültig gestoppt werden musste. Ende Mai gab es einen separaten und ganz eigenen „ArbeiterInnenabschnitt“, der die nordwestliche Ecke des Platzes einnahm. Das erste Zeichen dessen, was kommen sollte, war die gewaltsame Verhaftung der FührerInnen der Autonomen ArbeiterInnenorganisation am 31. Mai.

In den nächsten zwei Tagen brachen wiederholte Versuche, das Zentrum Pekings mit unbewaffneten Truppen zu besetzen, angesichts der Verbrüderung zusammen.

Inzwischen waren jedoch Truppen aus fernen Provinzgarnisonen in der Hauptstadt

angekommen, die in der Nacht vom 3. auf den 4. Juni zur Räumung des Platzes eingesetzt wurden.

## **Charakter des Massakers**

Damals und

seither haben die FührerInnen der KP Chinas das Massaker von Tian'anmen als notwendige Unterdrückung eines „konterrevolutionären Aufstands“ gerechtfertigt.

Dass es sich nicht um einen Aufstand handelte, geht aus dem Charakter der Ereignisse hervor: Kein Aufstand dauert mehr als einen Monat und beinhaltet Aktionen in jeder Großstadt. Aber war die Bewegung konterrevolutionär? Für MarxistInnen, und die FührerInnen der KPCh sagen, dass sie MarxistInnen sind, würde das einen bewussten Versuch bedeuten, den Kapitalismus in China wiederherzustellen, d. h. das Planungssystem zu demontieren, das staatliche Außenhandelsmonopol abzuschaffen und das staatliche Eigentum zu privatisieren.

Keine dieser

Maßnahmen stand in den Forderungen der Demokratiebewegung, die sich stattdessen

auf demokratische Rechte konzentrierte: Pressefreiheit; Versammlungsfreiheit; für ein pluralistisches politisches System; das Recht, Organisationen wie Gewerkschaften und studentische Verbände zu bilden. Darüber hinaus beschränkte

sich die Bewegung, weit vom Versuch entfernt, den Staatsapparat zu stürzen, darauf,

diesen Apparat aufzufordern, diese Rechte als Reformen einzuführen. Höchstens war dies eine massenhafte, radikale, demokratische Protestbewegung.

Mit der Gründung

von proletarischen Organisationen wie der Autonomen ArbeiterInnenorganisation in Peking, der Verbrüderung mit den SoldatInnen und der Spaltung in der Führung

der herrschenden Partei verfügte die Bewegung sicherlich über das Potenzial, sich zu einer Revolution gegen die Parteidiktatur zu entwickeln, die wir als politische Revolution bezeichnen würden, die die bestehenden planwirtschaftlichen

Strukturen zwar massiv von unten reformieren, aber nicht zerschlagen und durch kapitalistische ersetzen würde. Das wäre vergleichbar gewesen mit den vielen Revolutionen der „Volksmacht“, die wir gegen Diktaturen in kapitalistischen Ländern erlebt haben, die auch den kapitalistischen Charakter der Wirtschaften unbeeinträchtigt ließen. Allerdings wurde die Bewegung in China in Blut ertränkt, bevor sie dieses Potenzial entwickeln konnte.

## **Konterrevolutionäre Politik der KPCh**

Zu beachten ist,

dass Deng Xiaoping, derselbe „oberste Führer“ der KPCh, 1992 selbst den Abbau des Planungssystems, die Abschaffung des staatlichen Außenhandelsmonopols

und

die Privatisierung und Trustbildung eines Großteils der staatlichen Industrie vorgeschlagen hat. Um das Funktionieren des neuen Systems sicherzustellen, hat das Regime auch das Recht der ArbeiterInnen auf Arbeit, Wohnung, Krankenversicherung und Bildung für ihre Kinder abgeschafft. So waren es die Führung und der Apparat der Kommunistischen Partei Chinas, die die wirklich konterrevolutionäre Kraft verkörpern, und sie konnten nur ihre Wiederbelebung des Kapitalismus vollenden, weil sie auf dem Platz des Himmlischen Friedens die Fähigkeit der ArbeiterInnenklasse, sich selbst und ihre Interessen zu verteidigen, zerstörte.

Bis zum heutigen

Tag wird die Partei keine erneute Bewertung der Ereignisse von 1989 zulassen. Das mag auf den ersten Blick seltsam erscheinen: Der durch die „Kulturrevolution“ verursachte Schaden wurde kritisiert, und selbst Mao Zedong wird als „fehlerhaft“ eingestuft. Der Punkt ist, dass es sich dabei um interne Streitigkeiten innerhalb des bürokratischen Apparats handelte, auf dem die Partei beruht, und die „Neubewertungen“ wurden von der siegreichen Fraktion vorgenommen. Die Demokratiebewegung konnte aufgrund der Spaltungen innerhalb der Bürokratie zu einem landesweiten Ausmaß wachsen, war aber als Bewegung eine Bedrohung für die gesamte Parteidiktatur. Daher würde alles andere als eine vollständige Verurteilung die Leugnung der „führenden Rolle der Partei“ bedeuten.

Die anhaltende

Feindseligkeit der bürokratischen Partei gegenüber demokratischen Beschränkungen ihrer eigenen Macht zeigt sich deutlich an ihrer brutalen Unterdrückung nationaler Minderheiten wie der Uiguren von Xinjiang, der stetigen Erosion der BürgerInnenrechte in Hongkong und dem Einsatz modernster Technologien zur Überwachung der gesamten Bevölkerung, ohne dass diese Zugang zu Informationen erhält. Diese Maßnahmen selbst garantieren praktisch, dass

demokratische Forderungen in jeder zukünftigen Massenbewegung eine zentrale Rolle spielen werden.

Es gilt jedoch

noch eine weitere Lektion zu ziehen. Die bürokratische Diktatur stellte den Kapitalismus wieder her, um ihre eigene Herrschaft zu bewahren, als ihre Kontrolle der Wirtschaftsplanung Wachstumsraten gegen Null erzielte. So wie sie kein grundlegendes Engagement für die Planwirtschaft zeigte, so verfügt sie auch über keins für das spontane Funktionieren des kapitalistischen Wettbewerbs, ganz zu schweigen von den demokratischen politischen Institutionen, die manchmal mit dem Kapitalismus verbunden sind. Dies eröffnet die Möglichkeit von Interessenkonflikten zwischen der Bürokratie und der KapitalistInnenklasse, die sie ins Leben gerufen hat. Bislang haben sich Chinas KapitalistInnen damit begnügt, die bürokratische Herrschaft zu akzeptieren, weil sie Gewinne garantierte, aber mit der Entstehung von global bedeutsamem Kapital könnte sich dies mit der Zeit ändern.

Unter dem Druck

des verlangsamten Wirtschaftswachstums und des Handelskrieges von Trump wird

die Annahme in Frage gestellt, dass die Partei die Garantin für soziale Stabilität ist, auch von denen, die in der Vergangenheit davon profitiert haben. In einem solchen Szenario sollte die ArbeiterInnenbewegung, die bereits existiert, der aber alle Rechte verwehrt werden, ihr großes soziales Gewicht in den Kampf für demokratische Forderungen einbringen. Wie 1989 könnte eine solche

Bewegung sehr schnell auf nationaler Ebene wachsen. Ihr Erfolg wird davon abhängen, ob die ArbeiterInnenklasse ihre eigenen Organisationen bildet, vor allem eine politische Partei, die von allen Fraktionen der Bürokratie und allen Strömungen innerhalb der KapitalistInnenklasse unabhängig ist. Ihr Ziel sollte der Sturz des gesamten Systems der bürokratischen Diktatur und ihre Ersetzung durch eine ArbeiterInnenregierung sein, die auf den Kampforganisationen der ArbeiterInnenklasse basiert und ihnen gegenüber rechenschaftspflichtig ist.



---

# 100 Jahre Münchner Räterepublik

*Jürgen Roth, Neue Internationale 236, April 2019*

Am 7. November 1918 wurde der König davongejagt. Spontan entstand ein ArbeiterInnen-, Soldaten- und Bauern-/Bäuerinnenrat. Bayern wurde zum „Volksstaat“ erklärt. Die provisorische Regierung bestand aus 3 unabhängig-, 4 mehrheits-sozialdemokratischen und einem parteilosen Minister. Ministerpräsident war Kurt Eisner (USPD). Sie stützte sich auf einen provisorischen Nationalrat, in dem die Räte neben den alten Landtagsfraktionen und diversen Berufsorganisationen vertreten waren.

Die USPD verfolgte auch in München ihre bekannte Linie, die Räte in die zukünftige Verfassung zu inkorporieren. Die Anordnung „Organisation und Befugnisse der Arbeiterräte“ vom 17.12.1918 gestand den Räten ausdrücklich keine Vollzugs- oder Kontrollgewalt zu. Im Gegenteil, sie verfügte noch die Trennung der ArbeiterInnen- von den Soldatenräten, unterstellte die Bauern-/Bäuerinnenräte dem Innenministerium und wies den ArbeiterInnenräten untergeordnete Amtspflichten als Hilfsorgane der Bürokratie zu. Justiz, Polizei und Beamtenapparat blieben intakt.

Die MehrheitssozialdemokratInnen hatten mit Unterstützung aller GegenrevolutionärInnen die Landtagswahlen am 12. Januar 1919 durchgesetzt und die zentristische Verzögerungstaktik Eisners durchkreuzt. Die USPD verlor dabei enorm. Die MSPD wurde zweitstärkste Partei. Die KPD beteiligte sich nicht.

Der Zusammentritt des Landtags verzögerte sich angesichts der ungeklärten Lage, solange die Machtfrage noch nicht entschieden war. In Bayern war die nicht demobilisierte Reichswehr immer noch die bewaffnete Macht. Versuche der Bildung von Bürgerwehren hatten die A&S-Räte verhindert. Nur die Republikanische Soldatenwehr in München unter Aschenbrenner hatte sich für die Zwecke der alten Ordnungsparteien als zuverlässig genug erwiesen.

## **Die Ermordung Eisners**

Der populärste Mann Bayerns wurde am 21.2.1919 erschossen, als der Landtag zusammentreten sollte. Der Attentäter Graf Arco-Valley war Reaktionär und mit Innenminister Erhard Auer (MSPD) befreundet. Der Zorn der Massen schlug die Abgeordneten in die Flucht. In mehreren Städten traten die ArbeiterInnen in den Generalstreik. Der durch VertreterInnen der SPD und Gewerkschaften neu konstituierte Zentralrat übernahm die Regierungsgeschäfte. Levien (KPD) u. a. schieden daraufhin aus ihm aus. Der ZR kam zu einer „Grundlage der Einigung“: die Räte sollten verfassungsmäßig verankert werden, ein sozialistisches Ministerium entstehen, das bis zur neuen Verfassung gemeinsam mit einem/r vom Bauern-/Bäuerinnenbund zu stellenden LandwirtschaftsministerIn regieren sollte. Je 1 Mitglied der 3 Rätessparten sollte beratendes Stimmrecht im Ministerrat genießen, das stehende Heer durch eine republikanische Schutzwehr ersetzt werden. Die „Verfassungsmäßigkeit der Räte“ - abhängig von der Zustimmung durch die große Mehrheit der GegenrevolutionärInnen im Landtag - war der Köder für die Massen.

## **Der Rätekongress**

Er tagte vom 25.2. bis zum 8.3.1919. Neben endlosen Debatten versuchten sich SPD und USPD auf einen Weg aus dem Schwebezustand

heraus zu einigen, in dem der Rumpf der alten Regierung neben dem ZR regierte (Nürnberger Kompromiss). Der Landtag wählte am 17. März eine neue Regierung unter Hoffmann (MSPD). Ausgestattet mit weitreichenden Befugnissen und Rückendeckung durch die ZR-Mehrheit hing sie weiter in der Luft. Die bürgerlichen Parteien duldeten sie als Bollwerk gegen den Bolschewismus.

Die SPD wollte zunächst eine offene Koalition mit den Bürgerlichen vermeiden, um die Massen nicht an Unabhängige und KommunistInnen zu verlieren. Außer Versprechen über „Vorbereitungen zur Sozialisierung“ hatte Hoffmanns Ministerium aber nichts anzubieten.

Die Riesenstreiks im Ruhrgebiet, in Mannheim, Stuttgart, die drohenden Ausstände in anderen Gebieten, die Ausrufung der ungarischen Räterepublik, militärische Erfolge der sowjetischen Roten Armee wirkten sich auch in Bayern aus. Die Sympathie mit den KommunistInnen, an deren Spitze der Anfang März nach München entsandte Leviné stand, nahm zu, wenn auch die Partei nicht in gleichem Tempo ausgebaut werden konnte.

## **Die Scheinräterepublik**

Am 3.4. forderte eine Versammlung der MSPD (!) in Augsburg die Ausrufung der Räterepublik. Der „linke“ Sozialdemokrat und ZR-Vorsitzende Niekisch fuhr mit dieser Forderung ins Münchner Kriegsministerium. Einige Minister waren sich bereits mit den Führungen der MSPD, USPD und den AnarchistInnen einig. SPD, USPD und KPD sollten paritätisch die MinisterInnen stellen, die Regierung Hoffmann werde sich damit abfinden. Die KommunistInnen schlossen prinzipiell die Zusammenarbeit mit der MSPD in einer Regierung aus, aber auch eine am grünen Tisch künstlich geschaffene

Räterepublik ohne Massenaktion. Die Verhältnisse in Deutschland und insbesondere Bayern seien dafür nicht reif. Sie wurden als VerräterInnen am Proletariat denunziert. Um vorher noch Nordbayern zu gewinnen, sollte die Proklamation der Räteherrschaft auf den 7.4. verschoben werden. Die Regierung Hoffmann verzog sich nach Bamberg, nahm ihr wichtigstes Instrument - die Notenpresse - mit. Ihr Kriegsminister Schnepfenhorst, der in Nordbayern für die Räterepublik trommeln wollte, fuhr nach Nürnberg und kam später mit den Nosketruppen zurück.

Der Erklärung der KPD lag folgende Einschätzung zugrunde: für AnarchistInnen, Unabhängige und MehrheitssozialistInnen verkörperte die Räterepublik nicht etwas grundsätzlich Neues, eine Revolution der Gesellschaft, sondern einen rein formellen Regierungswechsel. Die Ministerriege würde in einer bürgerlichen Republik, die mit etwas „Räteöl“ in Form der „Mitbestimmung“ durch einzelne RäteministerInnen gesalbt war, weiter wie bisher verfahren können.

AnarchistInnen und USPD hofften auf ein „sozialistisches Ministerium“, das unabhängig vom Landtag würde arbeiten können. Schnepfenhorsts Verhalten bewies, dass es sich für ihn bei der Unterstützung für die Proklamation der Räterepublik um einen Trick handelte, eine Provokation, um alle konterrevolutionären Kräfte aufzurütteln, weiße Garden zu bilden.

Die „Münchner Rote Fahne“ nannte die Scheinrepublik ein „Werk abhängiger und unabhängiger Kompromissler und phantastischer Anarchisten“. Der alte Beamten-, Polizei- und Justizapparat blieb unbehelligt, „sozialisiert“ wurden Universität und Presse (!), letztere aber nicht mal zensiert. Die Bankkonten der Reichen wurden erst gesperrt, als die Frage der Lohnauszahlung drängte. Auch bei der Bewaffnung der Arbeiterschaft wurde gestümpert; 600 Gewehre waren die ganze „bewaffnete Staatsmacht“. Das Bürgertum wurde nicht entmachtet. Die Räteregierung wurde

nur

in Oberbayern anerkannt. Die KPD erklärte trotzdem ihren festen Willen, selbst die Scheinräterepublik gegen die Reaktion zu verteidigen.

## **Die 2. Räterepublik - eine echte ArbeiterInnenregierung**

Am Sonntag, dem 13. April, verhaftete die Republikanische Schutzwehr einige Minister, besetzte öffentliche Gebäude und überfiel eine Sektionsversammlung der KPD. Diese rief zu den Waffen. Am Abend war der gegenrevolutionäre Putschversuch gescheitert. Betriebs- und Kasernenräte tagten. Ein 15-köpfiger Aktionsausschuss aus SozialdemokratInnen, Unabhängigen und KommunistInnen löste den ZR der Scheinräteregierung ab.

Die KommunistInnen beherrschten den Ausschuss allerdings durch ihre revolutionäre Erfahrung, ihr klares Programm für die Machtübernahme. Nicht dass sie die Aussichten für die Überlebensfähigkeit der Rätewelt jetzt günstiger einschätzten, entschied ihren Eintritt in die 2. Räteregierung. Die revolutionären ArbeiterInnen - gerade erst siegreich - würden aber gegen den anmarschierenden Feind so oder so kämpfen müssen. Wenn die KPD sich an ihre Spitze stellte, dann minimierte das die demoralisierenden Auswirkungen einer Niederlage.

Die bewaffnete Macht ging von der regulären auf die Rote Armee unter Kommando des Matrosen Rudolf Eglhofer über. Die Ordnungsgewalt übten Rote Garden aus, nachdem die bürgerliche Polizei entwaffnet wurde. Die Stadtverwaltung wurde den Betriebsräten übertragen, die Räteregierung durch Neuwahlen der A&S-Räte bestätigt. Die bürgerliche Justiz wurde durch ein Revolutionstribunal ersetzt. Zur Sicherung der Ernährung wurden Beschlagnahmeaktionen durchgeführt, jede Kontenabhebung wurde kontrolliert. Während des Generalstreiks erschienen nur die „Mitteilungen des Vollzugsrats“, nachher die Organe der ArbeiterInnenpresse. Die bürgerliche

Presse blieb verboten. Telefon und Telegraph wurden ständig überwacht. Die Betriebe begannen mit der Sozialisierung von unten. Auch militärisch gab es Erfolge zu verzeichnen.

Doch die inneren Streitigkeiten mit der USPD wuchsen. Toller, Klingelhöfer und Maenner sprachen sich vor den Betriebsräten am 26. April gegen die KommunistInnen und für eine Kapitulation vor der Hoffmann-Regierung aus. KPD und Rote Armee trotzten der Absetzung der KommunistInnen durch die eingeschüchterten Räte und kämpften bis zum 3. Mai. Dann hatten die KonterrevolutionärInnen endgültig München erobert.

## **KPD-Politik**

Wesentliche Elemente des Bolschewismus schlugen sich in der Politik der jungen Organisation im Unterschied z. B. zur wesentlich stärker verankerten Bremer KPD nieder. Kritik an reformistischen, anarchistischen, populistischen und zentristischen Konzeptionen und deren führenden VerfechterInnen paarte sich mit flexibler Einheitsfronttaktik (Verteidigung der 1. „Räterepublik“). Es wurde betont, dass sich die KPD nur an einer echten ArbeiterInnenregierung beteiligen würde wie an der 2. Räterepublik vom 14.-27. April 1919.

Ihr gelang lediglich unter dem Druck der Ereignisse und der Zeit nicht mehr der entscheidende nächste Schritt zu ihrem Ziel: Etablierung einer Münchner Kommune - die Auflösung der Reste der Reichswehr im Stadtgebiet. Sie widersetzte sich auch ihrer Abwahl durch die Räte am 27. April und stellte die Führung der militärischen Operationen gegen die Weißen. Die bayrische KPD hat damit mehr Weitblick und Mut, mehr Verantwortungsbewusstsein vor der Revolution bewiesen als die ZweiflerInnen an der Richtigkeit des Eintritts in die 2. Räteregierung in der KPD-Zentrale.

Eugen Leviné stellte nach seiner Ankunft in München deren Politik zunächst sicher, damit die örtliche KPD keine Abenteuerpolitik wie beim sog. Spartakusaufstand oder der Ausrufung der Bremer Räterepublik betrieb. Andererseits schloss die lokale Organisation ebenso richtig die Beteiligung an einer unechten, bürgerlichen ArbeiterInnenregierung aus, wie sie die Bremer Räterepublik verkörperte.

## Schwächen

Ihre Schwächen blieben wie im übrigen Reich: unklare bzw. unzureichende Wahlberechtigungskriterien für die Räte (Benachteiligung von Frauen, keine Beschränkung des Wahlrecht in den Soldatenräten auf die proletarischen Mannschaftsdienstgrade), Unverständnis von revolutionärem Parlamentarismus (Ausnutzen der Parlamentstribüne, keine Forderung nach einer Konstituante). In der verfassunggebenden Versammlung hätte die KPD ein Programm für die Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparates einbringen und an einen der wenigen positiven Beschlüsse des 1. Reichsrätekongresses anknüpfen müssen, die sog. Hamburger Punkte (disziplinarische und Kommandogewalt in der Armee bei den Räten, Wahl der Kommandeure etc.).

Diese Schritte zur Abschaffung des stehenden Heeres, zu einer echten Volksbewaffnung hätten nur unter einem Räteregime, nach Aufbau und Sieg roter Arbeiterinnenmilizen eingeleitet werden können. Die Verknüpfung der Demokratiefrage mit den Hamburger Punkten hätte ein einigendes Band zwischen AnhängerInnen einer Rätediktatur und SPD- wie USPD-Mitgliedern, aber auch weitverbreitetem kleinbürgerlichen Antimilitarismus schmieden und damit den möglichen Wendepunkt in Richtung Revolution in

Permanenz in ganz Deutschland darstellen können.

---

# 100 Jahre Bremer Räterepublik

*Jürgen Roth, Neue Internationale 235, Februar 2019*

Jede Revolution

kennt Situationen des Voranstürens der kämpferischsten Elemente, der Avantgarde der ArbeiterInnenklasse. Die revolutionäre Ungeduld bildet eine Triebkraft dieser Entwicklungen, eine andere das Kalkül der Konterrevolution, diese Schichten in einen vorschnellen „Entscheidungskampf“ zu drängen, um sie isoliert leichter schlagen zu können. Der sog. Spartakusaufstand und die Münchner Räterepublik sind wohl die bekanntesten Phänomene dieser Art in der deutschen Revolution. Ihren Niederlagen folgten blutige Repression, Tod und Mord und die Konsolidierung der Konterrevolution.

Während

„Spartakusaufstand“ und Münchner Räterepublik, die Ermordung von KommunistInnen

wie Luxemburg, Liebknecht, Leviné weithin bekannt sind, fristet die Bremer Räterepublik eher ein Schattendasein.

## Sonderentwicklung

Es macht daher

Sinn, sich vorweg die Sonderentwicklung der Bremer ArbeiterInnenbewegung vor Augen zu halten, die schon während des Krieges einen vergleichsweise starken



und bewussten revolutionären Flügel in Form der „Bremer Linksradi­kalen“ hervorbrachte.

Während des

Krieges entwickelte sich das Kräfteverhältnis zwischen den Flügeln im Sozialdemokratischen Verein Bremen (SPD) anders als im übrigen Deutschland. Bereits im Januar 1915 wurde ein Diskussionskreis vornehmlich oppositioneller FunktionärInnen gegründet – der „Indianerclub“. Schon 1916 wurden etliche Parteirechte aus ihren Ämtern abgewählt. Sie schufen daraufhin die Zeitung „Bremer Correspondenz“ (Januar-Dezember 1916), während die Linksradi­kalen ihre

Wochenschrift „Arbeiterpolitik“ auflegten (24.6.1916-Frühjahr 1919). Am 1.12.1916 beschloss die linke Mehrheit eine Beitragssperre gegenüber dem Reichsparteivorstand. Dieser schloss daraufhin die Bremer Organisation aus. Die lokale Parteirechte gründete im Dezember 1916 eine Sonderorganisation, Vorläuferin der späteren MSPD, der (Reichs-)Mehrheitssozialdemokratie. Der Reichsparteivorstand übergab ihr das lokale Parteiorgan „Bremer Bürgerzeitung“ (BBZ).

Im Mai gründete

Alfred Henke die Bremer Organisation der Unabhängigen (USPD), die damit aus der

mit den Linken gemeinsamen Partei ausscher­ten. Diese gründeten sich am 23.11.1918 als „Internationale Kommunisten Deutschlands“ (IKD) neu, gaben ab 27.11.1918 die Tageszeitung „Der Kommunist“ heraus und schlossen sich der KPD an.

In Zimmerwald

und Kienthal standen die Bremer Linksradi­kalen aufseiten der Bolschewiki. Vergleichbar den Revolutionären Obleuten im Reich und im Unterschied zum Spartakusbund verfügten sie durch ein gut ausgebautes Vertrauensleutesystem über entscheidenden Einfluss auf die 10.000 ArbeiterInnen der Weserwerft, dem bedeutendsten Industriebetrieb der Stadt.

# Der Kampf um Bremen: Räte konstituieren sich

Nach

Massenversammlungen am 4. und 5. 11. brach am 6.11. der revolutionäre Sturm los. Der am Morgen gewählte ArbeiterInnenrat (AR) der Weserwerft befreite Militärgefangene aus dem Gefängnis in Oslebshausen, Matrosenmeuterer entwaffneten auf dem Bahnhof die Begleitmannschaft. Am Abend kündigte der USDP-Linke

Frasunkiewicz die Bildung eines ArbeiterInnen- und Soldatenrats (AuSR) an. Am 9.11. mussten die Offiziere auf Druck der WerftarbeiterInnen den Soldatenrat (SR) räumen. Der Senat (die bürgerliche Stadtregierung) bewilligte gleiches Wahlrecht zum Parlament, gegen das er noch am 6.11. sein Veto eingelegt hatte. Dieses verspätete Zugeständnis rettete ihn aber nicht, er wurde am 14.11. abgesetzt.

Am 24.11.

stimmte der AuSR zwar gegen die proletarische Diktatur, aber für die Bewaffnung der IndustriearbeiterInnenschaft und die Verwandlung der BBZ in sein eigenes Presseorgan. Doch der letzte Beschluss wurde nicht umgesetzt, da die MSPD mit Auszug drohte. Mit Unterstützung durch den Soldatenrat übernahm schließlich am

21.12. die USPD die BBZ und bootete so auch die KPD aus.

Die Banken

bereiteten dem Rat Kreditschwierigkeiten. Am 9.12. lehnte er zwar einen Antrag auf volle Wiedereinsetzung von Senat und Bürgerschaft (Stadtparlament) ab, eine Antwort auf die Erpressung durch die Banken hatte er aber nicht.

Das am 11.12.

eingezogene Reserve-Infanterie-Regiment 213 versuchte der offen

konterrevolutionäre Bürgerausschuss auf seine Seite zu ziehen. Doch dem SR gelang dessen Demobilisierung. Am 30.12. gelangte das 75. Infanterie-Regiment (ca. 600 Mann) vor der Stadt an und erhob konterrevolutionäre Forderungen, konnte jedoch von aufständischen ArbeiterInnen und Matrosen entwaffnet werden.

Am 6.1.1919

fanden die AR-Wahlen statt, die die MSPD mit 113 Mandaten gewinnen konnte (USPD: 64, KPD: 62). Die Beschränkung des Wahlrechts auf die in den 3 Parteien organisierten Mitglieder, statt es auf alle proletarischen Schichten und ihre wahlmündigen Angehörigen zu erweitern, war ein rechter USPD-Einfall und ein schwerer Fehler, den auch die KPD mitzuverantworten hatte. Ursprünglich gedacht, um Manipulationen der passiven Schichten der Lohnabhängigen durch die Sozialdemokratie zu verhindern, vermochte die MSPD das Wahlverfahren für sich zu nutzen, indem es die Partei für alle und jeden öffnete.

Das

Rätewahlrecht führte nicht nur zum massenhaften Zustrom in die Parteien, darunter auch unzuverlässiger Elemente in die KPD. Vor allem schloss es andererseits die unorganisierte Masse der ProletarierInnen von revolutionären Entscheidungen aus, statt sie aktiv einzubeziehen. Der bestmöglichen Entwicklung revolutionären Klassenbewusstseins unter breitesten Schichten wurde somit ein Bärendienst erwiesen!

## **Die Räterepublik**

Am 10.1. endete

eine riesige, teils bewaffnete, von der KPD organisierte Demonstration vor dem Rathaus. Ihre Forderungen lauteten: „Nieder mit Ebert-Scheidemann und hinaus mit ihren Wortführern aus dem Arbeiter- und Soldatenrat in Bremen! Restlose

Abdankung des Senats! Einsetzung von Volkskommissariaten! Ausscheiden aller bürgerlichen und rechtssozialistischen Elemente aus dem Soldatenrat!“ (Illustrierte Geschichte der deutschen Revolution, Frankfurt/Main 1970, Verlag Neue Kritik, S. 339) Der AuSR stimmte ohne die ausscheidenden MSPDlerInnen den Forderungen zu und wählte einen „Rat der Volkskommissare“ aus je 3 Vertretern von KPD und USPD. Zur Ergänzung der Räteexekutive wurde ein Vollzugsrat aus 9 USPD- und 6 KPD-Mitgliedern eingesetzt. Bremen wurde zur selbstständigen sozialistischen Republik ausgerufen, die Entwaffnung aller bürgerlichen Elemente binnen 24 Stunden angeordnet, die bürgerliche Presse unter Vorzensur gestellt, das Standrecht verhängt. Der auf dem Sterbelager liegende führende Kopf der Bremer KPD, Johann Knief, trat gegen eine Überschätzung der Berliner Ereignisse auf und warnte vor einer lokalen, verfrühten Machtergreifung! Zu Recht, wie sich zeigen sollte.

## **Die Gegenrevolution**

Kreditsperre mit der Forderung nach Wiedereinsetzung von Senat und Bürgerschaft, Demonstrationen gegen die Aufhebung des Religionsunterrichts und andere Schulreformen, Drohung mit Streik durch ÄrztInnen und BeamtInnen bewiesen: die gegenrevolutionären Bestrebungen im Bürgertum bekamen Oberwasser. Das Volkskommissariat wich zurück. Es hob die Vorzensur und den Belagerungszustand auf. Die Wahlen zur Nationalversammlung gingen am 19.1. unbehelligt über die Bühne. Am 21.1. beschloss der AuSR, Wahlen für eine bremische, bürgerlich-parlamentarische Volksvertretung am 9.3. auszuschreiben. Die KommunistInnen gaben die Abstimmung angesichts der Unstimmigkeiten in ihrer Fraktion frei. Am 21.1. hatte die Partei zum lokalen Generalstreik gegen die Finanzmanöver aufgerufen, der

jedoch

ins Leere gehen musste, nachdem der Rat die Staatsmacht für sich reklamierte, der Generalstreik also keinen gegenrevolutionären Adressaten mehr hatte.

All das sind nur

Beispiele dafür, dass die lokal isolierte Republik praktisch vom ersten Tag an in die Defensive geriet. Recht bald suchte sie nach einer Verhandlungslösung zum Rückzug – doch die Konterrevolution wollte keinen Kompromiss, sondern ein Exempel statuieren.

Noske wollte den

besonders für die Wasserkante gefährlichen Brandherd Bremen löschen. Hier war schließlich die Bewaffnung der Arbeiterinnen trotz der bereits erfolgten Zugeständnisse an die bürgerliche Demokratie aufrechterhalten worden! Am 30.1.

ordnete er den Truppenvormarsch auf Bremen an. Der Große AR in Hamburg und der

SR des 9. Armeekorps drohten zwar mit Maßnahmen zur Unterstützung Bremens. Aber

mittlerweile hatte man sich auf die Entwaffnung der ArbeiterInnenklasse geeinigt. Das 9. Armeekorps sollte dafür sorgen, dass die abgelieferten Gewehre „treuhänderisch“ verwaltet werden.

Am 2.2.

erklärten sich die Bremer Volksbeauftragten mit der Unterschrift Ertingers (KPD) zum Rücktritt und zur Übergabe der Waffen an eine gemäß der Stimmenverhältnisse zu den Nationalratswahlen neugebildete Regierung bereit. Dies akzeptierte die Reichsregierung jedoch nicht.

Die Armee war

den 500 Leuten, die als ernsthafte VerteidigerInnen Bremens zu werten waren, haushoch überlegen. Militärisch kapitulierte der Rat am 4. Februar. Rückzugsgefechte

bis Bremerhaven und Cuxhaven zogen sich in den nächsten Tag hinein. Die Niederlage war jedoch besiegelt. Anders als die Münchner Räterepublik endete sie noch relativ unblutig, ohne Massenerschießungen. War der Bremer Räterepublik die „Macht“ recht leicht zugefallen, so verdeutlichen Verlauf und Ende, dass sie verfrüht kam, sie zu keinem Zeitpunkt in der Lage war, die Revolution auch zu verteidigen und weiterzutreiben. Die Reaktion war durch die Deklaration eines Rates längst nicht besiegt, die Sozialdemokratie verfügte noch immer über einen beachtlichen Einfluss in der ArbeiterInnenklasse. Die USPD erwies sich als jene Partei, deren Halbheiten sich in den Maßnahmen der Räterepublik am deutlichsten ausdrückten.

## **Lehren aus der Politik der Bremer IKD/KPD**

Dabei hatte die Bremer Linke durchaus Stärken einzubringen. Sie trennte sich eher von den ReformistInnen und ZentristInnen als die Spartakusgruppe. Doch mangelte es ihr an taktischer Flexibilität, Disziplin, aber auch an Prinzipienfestigkeit und Klarheit.

Am weitsichtigsten agierte sicherlich Johann Knief. Er verstand die Gefahr lokaler Aufstandsversuche, die in der Situation nach dem fehlgeschlagenen „Spartakusaufstand“ ihr revolutionäres Feuer nicht einfach aufs ganze Reich ausbreiten konnten.

Die Münchner KPD unter Eugen Leviné war jedoch konsequenter, was die Weigerung der Teilnahme an der 1. Räterepublik betraf. In Bremen beteiligte sich die KPD hingegen an einer Koalition mit der USPD, die eben nicht wie eine echte ArbeiterInnenregierung die Zerschlagung des bürgerlichen Staats anstrebte, sondern bestenfalls die

Doppelherrschaft in der Armee verteidigte und Polizei, BeamtenInnenschaft und Justiz gänzlich intakt ließ. Es handelte sich um eine äußerst linke Variante einer bürgerlichen ArbeiterInnenregierung: KPD/USPD statt MSPD/ USPD im Reich.

Die örtliche KPD

rührte nicht an der Doppelkonstruktion von AuSR. Die proletarischen Mannschaftsdienstgrade der Armee hätten sich an den Wahlen zu einheitlichen ArbeiterInnenräten beteiligen müssen. Die deutschen Soldaten waren keine Bauern in Uniform wie in Russland. Sie setzte nicht an gemeinsamen Forderungen mit mehrheitssozialdemokratischen ArbeiterInnen an, die in der Aufforderung an die SPD zum Bruch mit der Bourgeoisie und „Alle Macht den Räten!“ führten. Ihr Ausschluss aus dem AuSR war ein schwerer Fehler.

Auch die

ökonomische (Banken) und betriebliche Ebene blieb unterbelichtet, v. a. fehlte das Element ArbeiterInnenkontrolle als entscheidendes Bindeglied zwischen zahlreichen Teilforderungen und dem Kampf für ArbeiterInnenmacht.

Schließlich

lehnte sie zwar abstrakt die Wahlen zur Nationalversammlung ab und stellte ihnen die Räte entgegen, aber sie war taktisch unfähig und unwillig, die Wahlen und die verfassunggebende Versammlung für den Kampf um die Räte- und die Diktatur des Proletariats auszunutzen. Somit kam es auch zur Paradoxie, dass die gegen die Nationalversammlung gerichtete Räterepublik die Wahlen zu ebendieser auch in Bremen ruhig abhalten ließ.

All das spiegelt

wider, dass die Räterepublik selbst auf ihrem Höhepunkt nie wirklich die Doppelmacht in der Stadt lösen konnte. Das war sicherlich nicht einfach ein „Fehler“ der KPD, sondern erwuchs aus den objektiven Schwierigkeiten und auch

Grenzen einer „lokalen“ Rätewacht. Anders als der Münchner jedoch mangelte es der Bremer KPD an Bewusstheit dieses Verhältnisses – sie war somit selbst eher getriebene als treibende Kraft.